



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

81. Sitzung (öffentlich)

20. Januar 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Charlotte Quik (CDU) (stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit von SCHLAU NRW (Präsentation s. Anlage 1)** **8**
 - Gespräch mit Kira Splitt (Landeskoordination SCHLAU NRW) und Benjamin Kinkel (Geschäftsführer Queeres Netzwerk NRW e. V.)
 - Wortbeiträge

- 2 Jahresbericht 2021 der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderschutzkommission)** **21**
 - Bericht
der Vorsitzenden der Kinderschutzkommission
Vorlage 17/6309
 - Wortbeiträge

3 Sexualisierte Gewalt im Sport – Intervention stärken, fachspezifische Beratungs- und Betreuungsangebote ausbauen und Opfer konsequent schützen! **27**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13076

Stellungnahme 17/4695
Stellungnahme 17/4712
Stellungnahme 17/4699

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 17/13076 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

4 Kinder in Frauenhäusern stärken – Blinde Flecken der Landesregierung beseitigen! **29**

Antrag
Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14259

Ausschussprotokoll 17/1655 (Gespräch mit sachverständigen Gästen am 02.12.2021)

Stellungnahme 17/4603
Stellungnahme 17/4606
Stellungnahme 17/4532

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/14259 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

5 Belastungen von Kindern und Jugendlichen endlich ernst nehmen! 33

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13775

Ausschussprotokoll 17/1607 (Anhörung vom 02.11.2021)

Stellungnahme 17/4433
Stellungnahme 17/4466
Stellungnahme 17/4446
Stellungnahme 17/4441
Stellungnahme 17/4444
Stellungnahme 17/4454
Stellungnahme 17/4440
Stellungnahme 17/4437

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/13775 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

6 Zukunft der Care-Arbeit in NRW sichern – Fachkräftemangel jetzt bekämpfen! 47

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14256

Ausschussprotokoll 17/1607 (Anhörung vom 02.11.2021)

Stellungnahme 17/4445
Stellungnahme 17/4470
Stellungnahme 17/4456
Stellungnahme 17/4461
Stellungnahme 17/4455
Stellungnahme 17/4457
Stellungnahme 17/4458
Stellungnahme 17/4469
Stellungnahme 17/4459
Stellungnahme 17/4453

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/14256 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

7 Aktuelle Lage in der Corona-Krise im Kontext des Ausschusses/Quovadis Kitabetrieb? **50**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4470
Vorlage 17/5151

in Verbindung mit:

9 Welches Handlungskonzept hat die Landesregierung, um mit den deutlich gestiegenen psychischen Belastungen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Pandemie umzugehen?

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6145

in Verbindung mit:

10 Welche Rolle spielt die Sensitivität bei der Ausschreibung von Schnelltests für Kinder? (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6343

in Verbindung mit:

11 Teststrategie in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung in Bezug auf Omikron (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6341

in Verbindung mit:

- 12 Umgang mit vollständig geimpften Kindern in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und bei Freizeitangeboten** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6342

in Verbindung mit:

- 13 Fortgang der Impfkampagne der 5–11-Jährigen in NRW** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6288

– Wortbeiträge

- 8 NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik entwickeln!**

75

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14941

Ausschussprotokoll 17/1673 (Anhörung vom 09.12.2021)

Stellungnahme 17/4636
Stellungnahme 17/4622
Stellungnahme 17/4632
Stellungnahme 17/4609
Stellungnahme 17/4644
Stellungnahme 17/4628
Stellungnahme 17/4643
Stellungnahme 17/4604
Stellungnahme 17/4637
Stellungnahme 17/4647

– keine Wortbeiträge

Die Beratung wird verschoben.

14 Europäisches Jahr der Jugend (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3]*) **76**

– Wortbeiträge

15 Verschiedenes **77**hier: **Landeskinderschutzgesetz NRW und Änderung des Kinderbildungsgesetzes**Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16232 – Neudruck

* * *

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Ich darf darum bitten, alle Ton- und Bildaufnahmen einzustellen. Ein besonders herzlicher Gruß gilt natürlich neben allen Ausschussmitgliedern, die hier vor Ort oder im Stream bei uns sind, unserem Staatssekretär Herrn Bothe – Herrn Minister Dr. Stamp dürfen wir später begrüßen –, den Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung, dem Sitzungsdokumentarischen Dienst und allen Zuhörerinnen und Zuhörern.

Wir sind hier zur 81. Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend in der 17. Legislaturperiode zusammengekommen. Ich darf heute in Vertretung für den Kollegen Jörg die Sitzung leiten. Er kann krankheitsbedingt nicht bei uns sein. Insofern darf ich auch in seinem Namen zu unserer ersten Sitzung in diesem Jahr, auch wenn wir aus der Dekade raus sind, noch einmal alle guten Wünsche für 2022 übermitteln, insbesondere Gesundheit, die sicherlich in allen Lebensbereichen derzeit angezeigt ist.

Der Parlamentarische Krisenstab hat sich auf Abstimmung in Fraktionsstärke zunächst bis zum 19. März 2022 verständigt. Außerdem wird die Sitzung, wie gerade schon gesagt, per Livestream übertragen. Ein kurzer Hinweis noch zur Maskenpflicht: Der Parlamentarische Krisenstab empfiehlt aktuell, auch in Sitzungsräumen eine FFP2-Maske auch am Platz zu tragen. Es ist jedem freigestellt. Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich meine aufbehalten werde, und hoffe, dass ich trotzdem gut zu verstehen bin.

Die Einladung zur heutigen Sitzung ist Ihnen mit der Nummer E 17/2179 zugegangen. Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung sind mir bislang nicht zugegangen. Gerne frage ich einmal in die Runde, ob wir es so halten wollen, wie es bis dato auch oft geübte Praxis war, dass wir die Tagesordnungspunkte mit der Coronathematik zusammenfassen wollen. Das wären de facto die Punkte 7, 9, 10, 11, 12 und 13. Wollen wir das so handhaben oder regt sich da Widerspruch? – Das kann ich so nicht erkennen. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

1 **Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit von SCHLAU NRW** (Präsentation s. Anlage 1)

- Gespräch mit Kira Splitt (Landeskoordination SCHLAU NRW) und Benjamin Kinkel (Geschäftsführer Queeres Netzwerk NRW e. V.)

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Wir freuen uns sehr, dass wir heute dazu zwei Gäste begrüßen dürfen. Mein ganz besonders herzlicher Gruß gilt an der Stelle Kira Splitt von der Landeskoordination SCHLAU NRW und Benjamin Kinkel als Geschäftsführer des Queeren Netzwerks NRW. Wunderbar, dass Sie bei uns sind.

Sie haben uns ein paar Folien mitgebracht. Wir freuen uns, dass Sie uns diese jetzt zeigen, und danach auf eine spannende Diskussion. Ich bedanke mich ganz ausdrücklich bei Ihnen, dass Sie bei uns sind, und gebe Ihnen gerne das Wort.

Benjamin Kinkel (Queeres Netzwerk NRW e. V.): Sehr geehrte Frau Quik! Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Bothe, vielen Dank für die Einladung in den Ausschuss. Wir freuen uns, dass wir da sind. Ich bin Benjamin Kinkel, Geschäftsführer des Queeren Netzwerks NRW. Wir sind der Selbsthilfeverband für queere Themen in Nordrhein-Westfalen.

Kira Splitt (SCHLAU NRW): Auch ich freue mich sehr über die Einladung. Ich bin Kira Splitt. Ich bin seit 2019 die Landeskoordination von SCHLAU NRW, das Projekt, was wir heute vorstellen können. Ich habe selbst SCHLAU lange in Bonn gemacht als junge Ehrenamtliche, war dann in Bonn auch Teamkoordination und jetzt seit 2019 auf der Landesebene für das Projekt zuständig.

Wir haben ein paar Folien mitgebracht. Wir geben einen kurzen Einblick in das Projekt und freuen uns dann gerne auf Ihre Rückfragen, vielleicht einfach dann nach Ihren Interessenslagen.

Die Kernidee von SCHLAU ist, dass Begegnungsräume entstehen können, die von Jugendlichen, die selbst eine Coming-Out-Erfahrung haben, für Jugendliche gestaltet werden. Hier auf der Karte haben wir die Lokalprojekte mitgebracht, die wir in NRW haben. Unser Leitsatz ist: Es soll nicht über uns gesprochen werden, also nicht über queere Menschen, sondern mit queeren Menschen. Zentral ist, dass es bei jedem SCHLAU-Workshop neben methodischer Arbeit auch darum geht, biografische Fragen zu beantworten. Jugendliche haben in jedem Workshop die Möglichkeit, jungen LSB-TIQ-Ehrenamtlichen ihre Fragen zu stellen. Für viele junge Menschen, in Jugendgruppen, in Schulklassen, in KonfirmandInnen-Gruppen ist das so die erste Möglichkeit, mit queeren Personen in einen Austausch zu kommen.

SCHLAU NRW ist ein zentraler Baustein auch im Landesaktionsplan „Impulse für queeres Leben in NRW“. Sie sehen das auf der Landkarte: Wir sind eine große Plattform für queeres, junges Engagement in NRW. Meine Aufgabe ist es, gemeinsam mit zwei Kolleginnen in der pädagogischen Fachstelle die Projekte zu begleiten, das Landesnetzwerk zu begleiten und Beratung und Vernetzung für die SCHLAU-Teams anzubieten.

SCHLAU NRW, also wir als Fachstelle, bieten Qualifizierungen und Fortbildungen für die Ehrenamtlichen an, Kompetenz und Erfahrungsaustausch und auch eine Qualitätssicherung für die Arbeit. – Hier noch ein Bild von einer EinsteigerInnen-Schulung, einer Grundqualifizierungsschulung. Jedes Jahr haben wir 60 neue Ehrenamtliche, die wir für SCHLAU qualifizieren und die dann in den Lokalprojekten aktiv sind.

Dann dachten wir, wir bringen einen Einblick mit in einen SCHLAU-Workshop, in unsere Methodensammlung. Wir haben letztes Jahr im Oktober unsere neue SCHLAUE Kiste veröffentlicht. Die Methodensammlung ist in den letzten zwei Jahren umfassend überarbeitet worden. Die SCHLAUE Kiste umfasst unterschiedliche Methoden des Erfahrungs- und Erlebnislernens aus der Antidiskriminierungspädagogik, aus der Menschenrechtsarbeit, und die Methoden laden zu Gesprächen ein, sie eröffnen Diskussionsräume und sind ein erster Einstieg in das Thema.

Mit unserer Arbeit möchten wir die Akzeptanz für Unterschiedlichkeit fördern. Wir möchten dazu beitragen, dass Austauschräume entstehen, dass Menschen ohne Angst verschieden sein können und dass junge Menschen auch lernen, mit Zivilcourage gegen Diskriminierung einzustehen.

Wir verorten uns in der Peer-to-Peer-Education, weil es ein Jugendbildungsnetzwerk ist, also junge Menschen bieten sich und ihre Erfahrungen an für die Jugendlichen in den unterschiedlichen Settings, in denen SCHLAU eingeladen werden kann.

Dann dachten wir, es gibt auch einen guten Einblick, ein paar Fragen von SchülerInnen oder ein paar Fragen von Jugendlichen mitzubringen. Eine Frage könnte zum Beispiel sein – das ist eine Originalfrage aus einem Workshop – „woran merkt man, dass man schwul oder lesbisch ist?“ oder „küssen queere Personen sich auch in der Stadt, in der Öffentlichkeit, oder wird das dort irgendwie verheimlicht?“ Und eine Frage, die noch mal das Themenfeld geschlechtliche Vielfalt abbildet: „Wann hast du dich eigentlich entschieden, trans zu sein?“ Das sind typische Fragen von jungen Menschen, die an unsere SCHLAU-TeamerInnen gestellt werden.

Benjamin Kinkel (Queeres Netzwerk NRW e. V.): An der Stelle übernehme ich einmal. Das vielleicht zur Transparenz: Ich habe sieben Jahre die Landeskoordination von SCHLAU gemacht, habe auch selber ehrenamtliches Engagement geleistet, viele Jahre im Projekt in Münster. Deswegen: Ich sitze nicht nur als Geschäftsführung hier, sondern auch als genau eine SCHLAU-Person, die lange selber diese Arbeit gemacht hat.

Jetzt spannend: Wie wirkt denn dieses Netzwerk SCHLAU NRW in Nordrhein-Westfalen? Wir haben Ihnen mitgebracht die Entwicklung der Jahre 2017 bis 2019. Da sehen Sie, dass im Jahr 2019 in etwa 500 Workshops NRW-weit etwa 12.500 Jugendliche erreicht wurden in den unterschiedlichsten Settings. Also das sind Sportvereine, das sind KonfirmandInnen-Gruppen, das sind Jugendzentren, das sind Schulen. Unser Thema ist immer: Wir gehen dahin, wo Jugendliche leben und lernen, wenn sie uns einladen. Das alles ist nur möglich über ein großes ehrenamtliches Engagement. Wir haben aktuell etwa 250 Ehrenamtliche in Nordrhein-Westfalen, die diese Arbeit landesweit machen.

Jetzt könnten Sie fragen, was ist denn mit den Fragen 2020 und 2021? – Wir alle wissen, dass die Pandemie gerade ist. Deswegen sind die Zahlen natürlich nach unten gegangen, weil vor allem auch viele Jugendangebote, aber auch Schulen geschlossen waren. Deswegen halten wir die Zahlen gerade nicht für aussagekräftig. Wichtig ist zu sagen, dass es auch durch die Landeskoordination und durch unsere Arbeit und Begleitung möglich war, das Netzwerk stabil zu halten. Keine einzige ehrenamtliche Gruppe ist während Corona kaputtgegangen. – Hier noch mal ein Bild aus einer ganz typischen Workshop-Situation.

Jetzt noch mal ein paar Fakten. Wir haben die SCHLAU-Qualitätsstandards. Das ist deshalb wichtig, weil wir nicht irgendeine Arbeit machen, sondern die ist partizipativ mit den Jugendlichen, aber auch mit den Gruppen, die wir besuchen, entwickelt worden. In diesen Standards ist festgeschrieben, was qualitativ in jedem SCHLAU-Workshop laufen muss, für uns also ein ganz wichtiger Baustein der Qualitätssicherung. Daneben sehen Sie unser Schutzkonzept, auch das partizipativ entwickelt, was ja einfach ein ganz wichtiges Thema ist in der Jugendbildungsarbeit. Das heißt, auch da ist SCHLAU gut aufgestellt.

Seit vielen Jahren wissen wir, dass SCHLAU wirkt, dass diese Begegnungsräume wirken, dass sie bei Jugendlichen einen Unterschied machen. Dennoch sind wir sehr froh, dass 2019 die Organisation PHINEO uns in einem einjährigen Projekt noch mal geprüft hat, kann man so sagen, und wir am Ende das Siegel „Wirkt“ bekommen haben, dass SCHLAU also tatsächlich die Ziele, die es hat, mit Jugendlichen auch gut erreichen kann.

Kira Splitt (SCHLAU NRW): Zum Schluss vielleicht: Was sind die Herausforderungen, oder wohin bewegt sich SCHLAU? Wie geht es weiter? Wir sehen den ländlichen Raum als Herausforderung. Die SCHLAU-Projekte sind derzeit in den städtischen Ballungsgebieten angesiedelt. Wir möchten gerne die SCHLAU-Projekte ausbauen. Wir möchten, dass es nicht mehr abhängig vom Wohnort ist, ob Jugendliche Zugang zu queerer Antidiskriminierungsarbeit haben oder nicht.

Ein Weg dahin könnte auch Digitalisierung sein. Wir sind da im letzten Jahr erste Schritte gegangen und haben geschaut, wie sich SCHLAU Bildungsarbeit im digitalen Raum nutzen lässt, welche Methoden sich gut übertragen lassen.

Eine andere Herausforderung oder auch ein weiteres, wichtiges Ziel unserer Fachstellenarbeit ist die Stärkung der Lokalprojekte vor Ort, der 19 Teams. Wir nehmen zunehmend wahr, wie wichtig es ist, dass es dort hauptamtliche Teamkoordinationen gibt. Es ist total super, dass da 250 Ehrenamtliche diese Bildungsarbeit machen. Aber diese jungen Menschen müssen begleitet werden, sie müssen regelmäßig geschult werden, und das ist sehr wichtig und gut. Wir merken auch in den Kommunen, in denen es Finanzierungen gibt, wie toll sich da SCHLAU noch mal anders und weiterentwickeln kann, wenn es hauptamtliche Fachkräfte gibt, die diese Arbeit begleiten und da einfach ein Ehrenamtsmanagement gewährleisten.

So weit gerne erst mal von uns in einem ersten Impuls und die ersten Bilder von SCHLAU NRW. Wir freuen uns auf Ihre Fragen.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Frau Splitt und Herr Kinkel. Ich glaube, das war schon sehr eindrücklich, was Sie uns vorgestellt haben. Ich gehe davon aus, dass die Kolleginnen und Kollegen das ähnlich sehen und habe schon Wortmeldungen wahrgenommen. Herrn Müller habe ich als erstes auf der Redeliste.

Frank Müller (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Da möchte ich mich sehr gerne anschließen. Ich gehe auch tatsächlich davon aus, dass die Wertschätzung in diesem Kreis sehr hoch sein wird. Wir alle kennen auch SCHLAU Projekte aus eigener Anschauung und wissen sehr gut einzuschätzen, wie wirksam es ist, im Prinzip auch ohne Prüfsiegel. Aber es ist immer gut, so etwas zu haben.

Ich habe zwei Nachfragen zu dem Themenkreis. Das bezieht sich ein Stück weit auf die Frage von Vorbehalten auch gegenüber den Projekten. Wir alle wissen, dass es möglicherweise sein kann, dass man nicht überall offene Türen einrennt, und dass es teilweise auch schwierig ist, an der einen oder anderen Schule so ein Projekt beispielsweise durchzuführen, wobei solche Projekte dann auch nicht immer auf ungeteilte Unterstützung stoßen oder auf Vorbehalte bei Lehrkräften, Eltern, aber vielleicht auch beim Schulträger treffen.

Insofern wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie einfach noch mal ein Stück weit ausführen könnten: Gibt es Vorbehalte? Ich gehe davon aus, die gibt es. Welcher Art sind sie, und was würden Sie sich möglicherweise auch wünschen, um ein Stück weit auch noch mal stärkere Rückendeckung zu bekommen an dieser Stelle? Das wäre das Eine.

Das Zweite – das haben Sie auch schon angesprochen – ist das Thema Digitalisierung. Auch da noch mal mit vielen Leerstellen im Raum. Wir erreichen ja bei Weitem nicht so viele Schulen, wie wir sie gerne erreichen würden. Das gilt für die Pandemie, das gilt aber tatsächlich, das muss man auch sagen, wahrscheinlich für die Zeit ohne Corona, dass es durchaus, gemessen an den Zahlen, sehr beeindruckend ist. Aber wenn man mal die Anzahl der Schulen in Nordrhein-Westfalen und die Anzahl der Klassen und der Schülerinnen und Schüler am Ende zugrunde legt, dann erreichen wir tatsächlich nicht den Kreis, den wir oder den Sie auch erreichen wollen mit dem Projekt. Insofern könnte das ein Schlüssel auch für die Zeit nach der Pandemie sein. Da wäre ich Ihnen noch mal dankbar, wenn Sie darlegen könnten, welche Form von Unterstützung Sie da noch zusätzlich benötigen würden im Projekt, um das auch zu realisieren. – Vielen Dank.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Danke, Herr Müller. – Frau Splitt, Herr Kinkel, wäre das in Ordnung für Sie, wenn wir einmal die Fragen sammeln? – Wunderbar. Dann gehen wir weiter mit Frau Paul, dann würden Herr Freynick und Herr Kamieth folgen und dann Frau Dworeck-Danielowski als Fünfte, danke.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank auch von mir für den Bericht. In der Tat, dass das SCHLAU-Projekt empfehlenswert ist und dass es wirkt, das ist vielen von uns, glaube ich, auch schon vorher bekannt gewesen, aber vielleicht mögen Sie einfach noch mal etwas dazu auch ausführen, was im Grunde

genommen dort geprüft und empfohlen wurde, was es eben auch ausmacht und was das auch mit Blick auf die Frage, die der Kollege Müller gestellt hat, der Akzeptanz für Auswirkungen hat, wenn man noch mal mit Siegel geprüft ist. Kann man dann vielleicht anders darauf zugehen, hat man andere Zugänge?

Sie haben auch ausgeführt, vor welchen Herausforderungen Sie stehen. Das war schon im Grunde genommen im ersten Chart mit zu sehen, weil man einfach sieht, auf der Karte ist zu sehen: Alles in den Ballungsgebieten, im ländlichen Raum gibt es nicht so viele Gruppen. Da aber auch noch mal die Frage – Sie haben schon ein bisschen gesagt, dass Sie das als große Herausforderung sehen –, was heißt das möglicherweise auch nochmal für zusätzliche Bedarfe, die daraus entstehen?

Sie haben auch erläutert, dass dort, wo es auch ein hauptamtliches Ehrenamtsmanagement, also durch die Unterstützung der Kommune gibt, viele Dinge noch mal einen anderen Drive bekommen.

Es ist auch eine Frage von Weiterentwicklung und Professionalisierung. Natürlich lebt das Projekt davon, ehrenamtlich zu sein und Peer-to-Peer zu sein. Aber im Sinne von Weiterentwicklung und Professionalisierung: Wie sind da bei einem immer größer werdenden Projekt auch die Gedanken, und wo würden Sie die Perspektiven da sehen und wo sind da gegebenenfalls auch noch weitere Bedarfe, die sich daraus ableiten lassen?

Die Frage der Digitalisierung ist schon angesprochen worden. Sicherlich haben Sie da in den letzten zwei Jahren unfreiwillig Erfahrungen sammeln dürfen, die aber hoffentlich auch nutzbar gemacht werden können für die weitere Verbreitung. Herr Kollege Müller hat schon darauf hingewiesen.

Dann haben Sie jetzt auch einen sehr starken Schwerpunkt gelegt – oder vielleicht haben wir es auch nur reininterpretiert – auf die Frage der Schulen. Aber es ist ja nicht nur für Schulen möglich, mit SCHLAU zu kooperieren. Wenn Sie dazu etwas sagen könnten, wie da so die Buchungsstrukturen und Buchungszahlen sind, und wo sich gegebenenfalls auch aus Ihrer Arbeit heraus weitere Netzwerke gebildet haben. Denn es geht zum einen natürlich um die Frage konkreter Workshops, aber möglicherweise auch um die Frage von Sensibilisierung und gemeinsamem Überlegen, wie auch dauerhaft die Frage sexueller und geschlechtlicher Vielfalt implementiert werden kann in Schule, in Jugendarbeit und in Bildungsarbeit. – Danke.

Jörn Freynick (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Frau Splitt, Herr Kinkel, vielen Dank für Ihren Vortrag und dass Sie SCHLAU noch mal erneut wieder in den Landtag so präsent gebracht haben. Ich glaube, dass das Projekt SCHLAU eine sehr große Unterstützung insgesamt hier aus dem Landtag auch erfährt, aber auch in den letzten Jahren von der Landesregierung. Es gab die Aufnahme in den Kinder- und Jugendförderplan. Vielleicht könnten Sie beim Stichwort Kinder- und Jugendförderplan noch mal die Zusammenarbeit mit der Landesregierung darstellen. Wie funktioniert das, wie sehen Sie das auch für die Zukunft in den nächsten Jahren, wie die Zusammenarbeit aussehen wird?

Vielleicht können Sie an der Stelle auch gerne schon weitere Projekte oder weitere Ideen formulieren, in welche Richtung es in den nächsten Jahren auch gehen soll. Die Digitalisierung haben Sie an der Stelle ja auch schon genannt. Es ist natürlich im Moment in aller Munde, wie mit der Pandemie umzugehen ist. Das stellt Sie sicherlich auch vor große Herausforderungen. Vielleicht gibt es auch abseits von dem digitalen Thema noch Herausforderungen, die Sie im Rahmen der Pandemie uns vielleicht nochmal schildern könnten.

Als letzte Frage würde mich auch interessieren, wie Sie – das ist jetzt mal ganz allgemein gesprochen, vielleicht löst sich das an der Stelle auch ein Stück weit noch von SCHLAU – die derzeitige Lage von LSBTI-Menschen in Europa und in Deutschland insgesamt im Moment einschätzen. Wie ist die Lage, wie stark ist das Thema Diskriminierung im Moment auch zu sehen? Wie ist vielleicht auch die Prognose, wie sich das in den nächsten Jahren entwickeln könnte? – Vielen Dank.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Herr Kamieth.

Jens Kamieth (CDU): Schönen Dank, Frau Vorsitzende. Schönen Dank auch an Sie beide für den Bericht und dafür, dass Sie uns hier heute zur Verfügung stehen für ergänzende Fragen oder Anmerkungen. Auch mich interessiert natürlich – Thema Digitalisierung ist angesprochen worden: Wie viel fand da tatsächlich statt, und wie bewerten Sie auch die Chancen, die die Pandemie da im Grunde genommen bringt? Stichwort ländlicher Raum.

Ich habe die Karte natürlich eingangs gesehen. Ich komme selbst aus Siegen, und dann ist östlich von Siegen das Wittgensteiner Land, wo es Jugendlichen praktisch unmöglich ist, in einen größeren Ort zu kommen. Bietet da nicht die Digitalisierung auch Chancen, um Jugendliche auf dem Land zu erreichen?

Vielen Dank auch für Ihren Jahresbericht, durch den wir schon mal einen schönen Überblick bekommen konnten. Da würde mich noch mal interessieren der Aktionsplan „Queeres Leben NRW“. Wie kommen Sie damit zurecht? Wie beurteilen Sie den Mitelaufwuchs, gerade jetzt auch vor den besonderen Herausforderungen, denen wir uns seit leider schon zwei Jahren stellen? Ist das gut, was der Aktionsplan bietet? Wie ist die Situation da? – Danke.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Frau Dworeck-Danielowski!

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, und auch vielen Dank an Sie beide, dass Sie uns das hier noch mal persönlich vorgestellt haben. Ich habe zwei Fragen dazu. Auf Ihrer Homepage gibt es einmal auch die Möglichkeit, dass sich Schüler auch im Nachgang an einen Workshop noch einmal per E-Mail an Sie wenden können, um Feedback zu geben. Mich würde interessieren, wie das genutzt wird, denn ich könnte mir vorstellen, dass manche dann auch jenseits der Klassengemeinschaft vielleicht noch mal Bedarf haben, etwas mitzuteilen oder zu fragen.

Darüber hinaus: Bei Ihren Standards steht auch, dass die Mitarbeiter eine Selbstverpflichtungserklärung abgeben können und/oder ein erweitertes Führungszeugnis. Gerade jetzt unter dem Aspekt Kinderschutz und Kinderschutzkonzepte, gerade auch in der Kinder- und Jugendarbeit würde mich interessieren, warum „und/oder“ und wie es dann in der Praxis aussieht, ob die Mehrheit der Menschen, die dort beschäftigt sind oder mithelfen, auch ehrenamtlich freiwillig dieses erweiterte Führungszeugnis vorlegen, oder warum das nicht obligatorisch ist. – Danke.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen. – Herr Staatssekretär Bothe hatte noch um das Wort gebeten.

StS Andreas Bothe (MKFFI): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Weil das eben auch schon gefragt worden ist: Die Landesregierung ist gerne Partner von SCHLAU. Wir arbeiten gut und eng und sehr vertrauensvoll zusammen, gerade gestern Nachmittag wieder in einem Austausch auch mit Herrn Minister.

Eben ist auch nach der Finanzierung gefragt worden. Es ist schon gesagt worden, dass die Finanzierung von SCHLAU jetzt über den Kinder- und Jugendförderplan des Landes läuft und die Fördersumme sich im Jahr 2022 auf 235.198 Euro beläuft. Ich freue mich in diesem Zusammenhang auch ganz besonders darüber, dass es uns gemeinsam gelungen ist, die Mittel, die im Kinder- und Jugendförderplan zur Verfügung stehen, auch zu dynamisieren, sodass da eine Auskömmlichkeit auch für die Zukunft gegeben sein dürfte.

Ich wollte noch mal zwei Aspekte ganz kurz ansprechen. Erstens den Aspekt, dass SCHLAU, das haben wir eben gehört, gut durch die Pandemie gekommen ist. Wir haben gerne auch durchfinanziert, auch wenn einzelne Projekte vielleicht nicht in der gewohnten Form stattfinden konnten. Ich freue mich ganz besonders darüber, dass SCHLAU eben auf die Potenziale der Digitalisierung setzt. Das ist für uns als Landesregierung auch ein großes Thema, beispielsweise auch im Zusammenhang mit der Evaluierung der familienpolitischen Leistungen. Insofern werden wir auch diesen Prozess gerne eng begleiten.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Dann gerne zurück an Sie zurück, Frau Splitt und Herr Kinkel, mit der Bitte um Beantwortung.

Kira Splitt (SCHLAU NRW): Vielen Dank für die vielen Fragen. Ich beginne mal mit der Nachfrage, wo SCHLAU ist und ob das primär im Kontext von Schule ist. Die Frage kann ich klar mit „nein“ beantworten. SCHLAU geht überall da hin, wo Jugendliche sind und wo SCHLAU eingeladen wird. Das ist auch Schule, weil das eine organisierte Form ist, wo feste Gruppen zusammenkommen. Das ist aber genauso die offene Jugendarbeit, das sind Sportvereine, das sind kirchliche Gruppen wie KonfirmandInnen-Gruppen und auch FSJ-Gruppen. Deswegen, ganz klar: Wir sind ein Bildungsprojekt, ein Antidiskriminierungsprojekt, das von Jugendlichen für Jugendliche gestaltet wird, überall in den Räumen, in denen sich Jugendliche aufhalten.

Dann zum Punkt „Digitalisierung“: Wir haben uns sehr gefreut, dass die Initiative da von unseren jungen Ehrenamtlichen kam, die gesagt haben: „Lasst uns doch diese Krise als Chance nutzen, lasst uns doch mal schauen: lässt sich ein neuer Baustein von SCHLAU gestalten, nämlich ein digitaler Baustein?“ Diese Initiative haben wir als Landesnetzwerk und als SCHLAU NRW-Fachstelle aufgegriffen und haben im letzten Jahr geschaut, gemeinsam mit einer Digitalagentur, die viele Kompetenzen im Bereich queere Bildungsarbeit bzw. digitale Bildungsarbeit mitbrachte: Was ist da möglich, welche Aspekte von SCHLAU lassen sich gut auch digital nutzen?

Gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe von jungen SCHLAU-Ehrenamtlichen und dieser Digitalagentur haben wir uns einfach die Methodensammlung angeguckt und haben überlegt, was ist da möglich? Wir können sagen, die SCHLAUE Arbeit lässt sich auf jeden Fall in den digitalen Raum überführen. Wir sehen da ein ganz großes Potenzial, auch über die Pandemie hinaus.

Ländlicher Raum wurde schon genannt, aber auch anderes. Es sind häufig Barrieren, die gegeben sind. Es sind Ehrenamtliche. Die Strecken, die da überwunden werden können, um einen Workshop zu geben, sind begrenzt. Ich glaube, wir können auch deutlich flexibler SCHLAU Workshops anbieten, wenn es ein digitales Format geben wird. Wir als SCHLAU NRW stehen da jetzt in den Startlöchern. Wir wollen gerne loslegen. Wir haben beim Kinder- und Jugendförderplan einen Antrag gestellt in der Digitalisierungsförderposition und warten jetzt darauf, dass zusätzliche Mittel für uns bereitstehen und wir uns da weiter auf den Weg machen können, um unsere queere Bildungsarbeit in den digitalen Raum zu überführen.

Die Jugendlichen, die SCHLAU gestalten, haben da sehr große Lust drauf, sind sehr digital-affin, haben auch in den letzten Jahren viel schon digital arbeiten müssen und haben das mit angestoßen, dass wir das als neuen Baustein unserer Antidiskriminierungsarbeit in Betracht ziehen.

Vielleicht mache ich noch kurz weiter mit den Vorbehalten gegen unsere Arbeit, oder was uns da auch entgegenkommt an Sorgen. Von Ihnen kam ja die Frage. Ja, wir erleben als SCHLAU-Projekte auch, dass Lehrkräfte, sozialpädagogische Fachkräfte oder auch Eltern Rückfragen haben – was ist SCHLAU, was macht SCHLAU? – und unsere Antwort darauf ist maximale Transparenz. Wir haben die Qualitätsstandards, wir geben einen Einblick in unsere Methodensammlung. Wir stellen die gerne auch vor, wenn es bei pädagogischen Fachkräften im Vorfeld Rückfragen gibt. Es gibt auf unserer Homepage auch noch mal ein Handout, was so typische kritische Sorgen oder Rückfragen aufgreift, die wir beantworten, einfach noch mal unser Selbstverständnis, wo verortet sich SCHLAU? Und wir sind immer gesprächsbereit, dass sowohl wir als SCHLAU-Fachstelle als auch die lokalen Teamkoordinationen sich allen Fragen erst mal stellen und da in die Auseinandersetzung gehen.

Gleichzeitig gab es auch schon Angriffe auf unsere Arbeit. Zuletzt ist es ein bisschen ruhiger geworden. 2016 war ein bisschen eine trubelige Zeit, und da gab es von rechts-populistischer Seite schon die Angriffe, die dazu führen sollten, unsere Arbeit zu schwächen, die Bereitschaft, sich ehrenamtlich für SCHLAU zu engagieren, zu verringern. Wir können klar sagen: Das ist nicht gelungen. Wir haben so viele Ehrenamtliche wie nie zuvor. Wir geben so viele Workshops wie nie zuvor. Und auch jetzt in der

Pandemie sind mehr Ehrenamtliche zu SCHLAU gekommen als jemals zuvor. Sie haben die Entwicklungen unserer Workshopzahlen gesehen. Das zeigt einen sehr positiven Trend.

Dennoch haben 2016 die Angriffe auf unsere Arbeit gezeigt, dass das auch herausfordernd sein kann, gerade, wenn die Teams rein ehrenamtlich aufgestellt sind und keine hauptamtliche Teamkoordination haben, weil da Verunsicherung bei den Ehrenamtlichen entstehen kann, wenn sie Diskriminierung und auch zum Teil Hass ausgesetzt sind bei der ehrenamtlichen Arbeit, dem ehrenamtlichen Engagement, das sie leisten.

Da wäre auch ganz klar unsere Antwort: Es braucht in den lokalen Teams Fachkräfte, Hauptamtlichkeit, die die Ehrenamtlichen auch in solchen Zeiten gut begleiten.

Benjamin Kinkel (Queeres Netzwerk NRW e. V.): Dann mache ich mal weiter mit der Frage zum Kinderjugendförderplan und dem Aktionsplan der Landesregierung. Das haben wir gestern auch dem Herrn Minister gesagt. Der Kinderjugendförderplan hat unseres Erachtens tatsächlich neue Maßstäbe gesetzt, wenn es darum geht, queere Bedarfe zu berücksichtigen, und zwar da, wo sie hingehören, nämlich im Bereich der Jugendpolitik an der Stelle.

Mit der Förderposition 4.5 ist es jetzt seit einiger Zeit schon möglich, dass Projekte speziell für den queeren Bereich beantragt werden können. Außerdem ist sowohl SCHLAU als auch die Fachstelle Queere Jugend in der Strukturförderung angekommen. Da kann ich tatsächlich zurückmelden, auch für unsere Mitgliedsgruppen, eine hohe Zufriedenheit mit dem Kinder- und Jugendförderplan.

Das Thema, das jetzt ansteht nach der Wahl ist die Titelgruppe 68, junge Menschen nach Flucht. Auch da ist in den letzten Jahren sehr viel Gutes passiert. Es gibt acht ehrenamtliche Gruppen mittlerweile in NRW, queere Menschen nach Flucht, queere junge Menschen nach Flucht. Diese Arbeit muss auf jeden Fall fortgesetzt werden.

Herr Kamieth, Sie haben noch die Frage gestellt grundsätzlich, auch vielleicht über das Thema Jugend hinaus. Ich glaube, die Landesregierung ist mit dem Aktionsplan einen ganz wichtigen Schritt gegangen und hat gute Maßnahmen umgesetzt. Was ich als Rückmeldung geben kann, ist, wir wünschen uns, dass die Maßstäbe, die der Kinder- und Jugendförderplan tatsächlich gesetzt hat, im Sinne eines Querschnitts auch in anderen Ministerien noch entschlossen umgesetzt wird. Ich glaube, das kann ich einmal so sagen.

Dann war noch die Frage nach der Wirksamkeit. Wir beziehen uns, wissenschaftlich gesehen, auf die Kontakthypothese. Die ist aus der Psychologie. Da gibt es ganz viele Merkmale, da, wo Menschen zusammenkommen, werden Vorurteile abgebaut. Das ist letztlich ja auch die Grundidee von SCHLAU. Dennoch freuen wir uns, dass es dieses PHINEO-Wirkt-Siegel jetzt vor zwei Jahren gegeben hat. Das ist eine Organisation, die gemeinnützige Organisationen oder Initiativen wie SCHLAU begleitet, ein Jahr guckt – wie arbeiten die, erreichen die ihre Ziele, ist das wirksam? Dass wir am Ende dieses Siegel bekommen haben, ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Schritt. Frau Paul, das war ja auch eine Frage: Ja, das wirkt.

Das wirkt bei Menschen, die uns einladen, das wirkt auch natürlich bei Eltern, wenn die sehen, Mensch, da hat sich mal eine Organisation unabhängig damit beschäftigt und gesagt, das ist wirklich eine gute Arbeit, die da geleistet wird. Das Gleiche gilt übrigens auch dafür, dass die Landesregierung SCHLAU schon so lange fördert. Also auch das ist etwas, wo wir sagen können, das bewirkt etwas bei Menschen, die uns einladen, oder auch bei Eltern. Das ist wichtig, weil das etwas mit Akzeptanz zu tun hat.

Kira Splitt (SCHLAU NRW): Dann gab es die Frage, „wie ist das mit den Führungszeugnissen“, weil das im Schutzkonzept steht. Darauf haben Sie sich bezogen. In NRW wird von allen Ehrenamtlichen, die SCHLAU machen, ein erweitertes Führungszeugnis eingefordert. Also es ist Standard bei SCHLAU, dass alle Ehrenamtlichen das vorzuweisen haben zu Beginn ihres Engagements bei SCHLAU. Deswegen ist es auf jeden Fall sichergestellt.

Bezüglich der Frage nach Feedbackmöglichkeiten: Es ist auch Teil unseres Schutzkonzeptes, dass die Jugendlichen, die einen SCHLAU-Workshop besuchen, unterschiedliche Möglichkeiten haben, Feedback zu formulieren. Nach jedem SCHLAU-Workshop gibt es die Möglichkeit, offenes Feedback zu formulieren und auch anonym Feedback zu geben, also direkt an die TeamerInnen, die den Workshop gegeben haben.

Es ist auch möglich für die Jugendlichen, nach einem Workshop SCHLAU NRW zu schreiben und Feedback zu formulieren, einfach, dass es da einen weiteren Mechanismus gibt, auch wenn die Jugendlichen sagen, ich möchte vielleicht gar nicht direkt an die TeamerIn dieses Feedback richten, sondern es soll an eine andere Stelle gehen, an die übergeordnete Stelle. Das ist auch die Qualitätssicherung, die wir als SCHLAU NRW-Fachstelle gewährleisten.

Da kommt dann und wann auch was an. Es ist häufig, dass Jugendliche noch mal nach Beratungsangeboten fragen, dass sie rückmelden: „Das war ein toller Workshop, das hat bei mir noch mal eine andere Auseinandersetzung mit meiner Geschlechtsidentität, mit meiner sexuellen Orientierung ausgelöst. Können Sie/Könnt ihr da noch mal sagen: Woran kann ich mich jetzt wenden? Gibt es eine queere Jugendgruppe, gibt es eine Beratungsstelle für mich?“ Oder auch tatsächlich, dass uns relativ viel Feedback auf diesem Weg noch mal erreicht einfach als Danke für diese Möglichkeiten, dass Jugendliche sagen: „Das ist so wenig Thema, sowohl in der offenen Jugendarbeit als auch in den Schulen, und durch SCHLAU gab es einen Anlass, herauszufinden, wie stehen denn die Menschen, mit denen ich mich tagtäglich umgebe, zum Thema Queerness? Vielleicht traue ich mich jetzt eher, mich zu outen, oder ich habe festgestellt, der Rahmen ist doch nicht so sicher, ich warte damit mal, bis ich mich vielleicht ein bisschen sicherer fühle...“ Auch das ist Feedback, das uns auf diesem Weg häufig noch mal erreicht.

Dann gab es noch eine Frage, ich glaube von Ihnen, Herr Freynick, zu der Situation von queeren Menschen. Ich würde das jetzt mal gar nicht so ganz groß machen, sondern auf NRW beziehen. Wir haben ja eine NRW-Auswertung von letztem Jahr zu queeren Jugendlichen, LSBTIQ-Jugendlichen in NRW, und wie die Situation ist,

sowohl bezogen auf die Kontexte, in denen sie sich bewegen – Arbeit, Ausbildung, Schule, Jugendarbeit –, als auch in Zusammenhang mit Eltern und Geschwistern.

Da habe ich noch mal zwei Zahlen, die ich recht eindrücklich finde. 61 % der queeren Jugendlichen in NRW berichten, dass sie beleidigt wurden oder lächerlich gemacht wurden im Zusammenhang mit ihrem Coming Out, also in den unterschiedlichsten sozialen Kontexten, in denen sich die jungen Menschen bewegen. Knapp 40 % berichten auch von Ausgrenzungserfahrungen im FreundInnenkreis, also dann auch bezogen auf Sportgruppen, aber auch Schule oder die Jugendarbeit. Je nachdem, wo die Menschen unterwegs sind.

Also doch immer noch immense Zahlen, wenn man überlegt, dass sich natürlich viel getan hat. Gerade von der Gesetzeslage her hat sich viel verändert, und gleichzeitig gibt es immer noch zu viele Jugendliche, die Diskriminierungserfahrungen machen, wo SCHLAU weiterhin ein ganz wichtiger Ansatz ist, um Antidiskriminierung zu stärken, um ein engagiertes, gutes Miteinander zu stärken und vor allen Dingen eine Selbstverständlichkeit, dass Menschen verschieden sind, aber gleichwertig.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Frau Splitt und Herr Kinkel. – Ich schaue einmal in die Runde der Kollegen. Herrn Müller brennt es noch. Dann sehr gerne.

Frank Müller (SPD): Vielen Dank. Ich bemühe mich, es kurz zu machen. Wir wollen ja auch gleich in die weitere Tagesordnung einsteigen. Aber vielleicht noch mal ganz kurz, mit der Bitte dann um kurze Antwort auf die Fragen, ob diese Vorbehalte und Rückfragen, die dann kommen, in der Regel Ihrer Erfahrung nach auch dann ausräumbar sind, oder ob sie nachhaltig sind? Ich kenne einzelne Fälle, wo sich SchülerInnen zum Beispiel solche Workshops wünschen, die Schule das aber nicht möchte. Wie wird dann in solchen Konflikten moderiert? Sind das dann auch eher Einzelfälle, oder sind diese Konflikte auflösbar?

Vielleicht noch eine Frage. Dem einen oder anderen im Raum mag auch das Projekt Queerflexiv des LSVD bekannt sein. Da geht es um Fortbildung von Lehrkräften im Bereich Sensibilität und LSBTIQ. Stellt das aus Ihrer Sicht eine sinnvolle Ergänzung zu SCHLAU NRW dar, und wäre es vielleicht notwendig, sowohl Ihr Angebot als auch im Bereich der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung solche Angebote ein wenig verbindlicher zu gestalten?

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Müller. – Herr Kamieth hat sich noch gemeldet.

Jens Kamieth (CDU): Ja, schönen Dank. Ganz kurz vielleicht noch als Anregung, im Jahresbericht die Fortschritte bei der Digitalisierung noch ein bisschen deutlicher zu machen, weil das ja nun das Medium, zumindest im Moment ist, und wir werden viel davon behalten, glaube ich. Das wäre eine schöne Anregung.

Und dann noch mal ein herzliches Dankeschön, sicherlich auch von allen Kolleginnen und Kollegen hier im Raum, für die gute Arbeit, die Sie da leisten, gerade unter den Bedingungen, wie wir auch gehört haben, die auch in Richtung Bedrohung und so gehen. Es ist schön, dass Sie das machen, danke.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Dann gerne Ihre Antwort.

Kira Splitt (SCHLAU NRW): Also erst mal ist SCHLAU ein offenes Angebot, was wir Jugendgruppen, Schulklassen und so weiter machen. Wir sind immer gesprächsbereit, wenn es Rückfragen zu unserer Arbeit gibt, aber wir gehen nicht mit dem Kopf durch die Wand. Es gibt sicherlich Grenzen. Wenn Vorbehalte nicht ausgeräumt werden können, wenn Sorgen bestehen bleiben, dann findet in der Institution kein SCHLAU-Workshop statt.

Häufig kommt auch das Engagement von Jugendlichen, dass die sagen, ich möchte gerne an meiner Schule, in meiner Jugendgruppe, in meinem Sportverein einen SCHLAU-Workshop haben, und wenn uns Jugendliche anfragen und das aber in dem Setting, in dem sie sich das eigentlich wünschen, so nicht möglich ist, können wir auch mit den Jugendlichen besprechen: Gibt es einen anderen Bereich, in dem du dich aufhältst, wo auch Jugendliche zusammenkommen, dass wir da so einen Workshop anbieten können?

Aber erstmal ist es von unserer Seite ein offenes Angebot. Wir haben mehr Nachfragen nach Workshops, als die Lokalteams abdecken können. Es gibt sehr viele Anfragen, die leider von den SCHLAU-Teams derzeit nicht abgedeckt werden können, wo auch Absagen erteilt werden. Workshops müssen lange im Voraus geplant werden. Von daher ist es schon so, dass wir gerne da hingehen, wo wir eingeladen werden, immer gesprächsbereit, Transparenz schaffend, aber wenn Vorbehalte bestehen bleiben, dann gibt es keinen SCHLAU-Workshop dort.

Die Rückfrage zur Zusammenarbeit mit Lehrkräften oder der Wichtigkeit von Schulungen der Lehrkräfte oder überhaupt sozialpädagogischer Fachkräfte, das sehe ich ganz genauso. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, denn SCHLAU-Workshops sind meist eine einmalige Bildungsmaßnahme, ein dreistündiger Workshop oder eine Tagesveranstaltung, aber es bleibt ja bei diesem einmaligen Moment. SCHLAU braucht Kooperationspartner in der offenen Jugendarbeit, in den Schulen, die unsere Arbeit weiterführen, die da kompetente AnsprechpartnerInnen sind, und das sind auf jeden Fall auch Lehrkräfte. Da kooperieren wir sehr eng mit dem Projekt „Schule der Vielfalt in NRW“, das aus dem Schulministerium gefördert ist. SCHLAU hat das Projekt damals mit initiiert und gegründet und ist da auch in der Koordinierungsgruppe mit dabei.

Dort werden auch ReferendarInnen, Lehrkräfte, Lehrerkollegien geschult, und da wird in NRW schon auch sichergestellt, dass auch Lehrkräfte sich auf den Weg machen, bessere AnsprechpartnerInnen zu werden und dass es auch flächendeckend an den Schulen zum Beispiel Vertrauenslehrkräfte gibt, die noch mal gut ansprechbar sind für queere Themen.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank. – Ich schaue noch mal in die Runde der Kollegen, sehe aber jetzt keine drängenden Fragen mehr. Ansonsten besteht immer noch die Möglichkeit, bilateral den Kontakt aufzunehmen. Insofern darf ich mich im Namen des Ausschusses ganz herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie bei uns waren. Es ist sehr wertvoll für unsere Arbeit, wenn wir solche Einblicke in Ihre Arbeit bekommen. Ich darf Ihnen auch im Namen des Ausschusses versichern, dass wir Ihre Arbeit so konstruktiv und wertschätzend wie möglich weiter unterstützen möchten.

Sie sind natürlich herzlich eingeladen, bei uns zu bleiben. Wir haben aber auch vollstes Verständnis dafür, wenn Sie anderweitig gebunden sind. Insofern: Herzliche Einladung und noch einen erfolgreichen Tag, alles Gute und auf bald!

Benjamin Kinkel (Queeres Netzwerk NRW e. V.): Vielen Dank. – Wir würden dann jetzt gehen. Einen guten Ausschuss noch!

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank und alles Gute. Tschüss!

Dann darf ich bei uns herzlich begrüßen Herrn Minister Dr. Stamp, der eingetroffen ist. Schön, dass Sie da sind.

2 Jahresbericht 2021 der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderschutzkommission)

Bericht
der Vorsitzenden der Kinderschutzkommission
Vorlage 17/6309

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Wir haben hier heute tatsächlich eine Tagesordnung, in der sich ein herausragendes Thema an das nächste reiht. Insofern darf ich herzlich begrüßen Frau Kollegin Altenkamp, die heute als Vorsitzende der Kinderschutzkommission zu uns gekommen ist.

Wir erwarten den Bericht, die Vorlage 17/6309. In einer gemeinsamen Sitzung unseres Ausschusses, der Kinderschutzkommission und des PUA am 11. November 2021 hatten wir uns darauf verständigt, dass wir heute den vorliegenden Bericht durch die Vorsitzende der Kinderschutzkommission entgegennehmen. Wir sind sehr gespannt darauf, von diesem Meilenstein zu hören, und ich gebe Ihnen gerne das Wort.

Britta Altenkamp (SPD): Herzlichen Dank. Frau Vorsitzende! Herr Minister! Herr Staatssekretär! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, den Bericht hier heute abgeben zu können, aber in Anbetracht Ihrer Tagesordnung und auch der Zeit versuche ich – nehme ich mir immer vor, klappt manchmal nicht –, mich einigermaßen kurz und knapp zu halten.

Unsere Kommission heißt ja „Zur Wahrnehmung der Belange der Kinder“, kurz Kinderschutzkommission, hat auch im Jahr 2021, das kann ich, glaube ich, sagen, ziemlich fleißig gearbeitet. Wir haben insgesamt neun Sitzungen und Anhörungen von Sachverständigen im Jahr 2021 durchgeführt. Das hört sich in diesem Ausschuss eher überschaubar an, aber ich will noch mal kurz zu unserer Arbeitsweise etwas sagen. Dann merkt man vielleicht auch, dass es sich bei unseren neun Sitzungen zum Teil auch in sich hat.

Natürlich ist es, wie gesagt, relativ überschaubar. Aber wir haben uns zwischen den Fraktionen darauf verständigt, ein gestuftes Verfahren bei den Sachverständigenanhörungen zu wählen. Und zwar verständigen sich die Fraktionen zunächst darauf, diejenigen, die als Sachverständige angesprochen werden sollen, einen umfangreichen Fragenkatalog zu geben – so weit, so gut. Das ist wie in jedem anderen Ausschuss auch. Aber es ist dann so, dass wir sehr zahlreich natürlich und detailliert Antworten und Stellungnahmen erhalten. Dann einigen wir uns in der Kinderschutzkommission immer unter den Obleuten darauf, welche Sachverständigen noch mal eingeladen und intensiver befragt werden.

Das heißt, im Vorfeld unserer Sachverständigenanhörungen sind erhebliche Vorbereitungen mittlerweile zu tun. Es ist so, dass wahnsinnig viel gelesen und sortiert werden muss. Der Effekt aber, und deshalb haben wir es gemacht, ist, dass sich die Kinderschutzkommission in der Zwischenzeit – und es waren ja jetzt letztlich nur etwas über zwei Jahre – einen großen Fundus an Fachexpertise und Sachverstand auf diese Art

und Weise geschaffen hat. Ich bin mir ziemlich sicher, dass das auch in Zukunft sehr hilfreich sein wird, dass wir das so getan haben.

Konkret haben wir in 2021 Sachverständigenanhörungen zu den Themen Kinder- und Jugendmedienschutz im Kontext sexualisierter Gewalt in der digitalen Welt durchgeführt, Bildung und Schule und Polizei und Justiz. Einen großen Raum hat natürlich das von der Kinderschutzkommission in Auftrag gegebene Gutachten zur Organisationsstruktur, Größe, Standards, Qualität, Fortbildung und Weiterbildung in nordrhein-westfälischen Jugendämtern eingenommen, welches diesem Ausschuss schon in einer der vergangenen Sitzungen ausführlich vorgestellt worden ist. Deshalb will ich da heute auch nicht mehr so viel zu sagen.

Ich sollte vielleicht noch erwähnen, dass im Jahresbericht dann auch die Sachverständigenanhörung Berücksichtigung gefunden hat „Intervention und Anschlussilfe“. Die war noch aus dem Jahr 2020. Das ergibt sich allerdings daraus, dass wir bis zum letzten Jahresbericht die Auswertung dieser Anhörung noch nicht vornehmen konnten, weil wir noch kein Protokoll hatten. Was mich an dieser Stelle dann zu der Gelegenheit bringt, dem Protokollarischen Dienst zu danken noch mal dafür, dass er für unsere Arbeit auch zur Verfügung steht. Denn es ist wirklich von extrem guter Bedeutung, dass wir relativ schnell bei den Sachverständigenanhörungen auch die Protokolle bekommen und auch unsere Sitzungen relativ schnell protokolliert werden. Dass das der Landtag mitbeschlossen hat, aber auch dieser Ausschuss mitbeschlossen hat, dafür sind wir sehr dankbar, aber herzlichen Dank auch an den Protokollarischen Dienst für die Arbeit.

Wir haben uns 2021 vor allen Dingen mit Themen beschäftigt, die sich nicht unmittelbar aus diesem Ausschuss heraus ergeben, sondern eher an den Schnittstellen 2021 gearbeitet. Das hatten wir aber auch angekündigt, und ich glaube, es war auch ein richtiger Schritt.

Wir haben uns beim Kinder- und Jugendmedienschutz uns den Fragestellungen gestellt: „Wen erreichen wir eigentlich mit den Angeboten zur Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen, und sind die Angebote eigentlich ausreichend?“ Die zweite Fragestellung ist: „Ist die stetige Weiterentwicklung dieser Angebote sichergestellt, auch hinsichtlich der ständig weiterentwickelten technischen Standards?“ und natürlich: „Wie können Kinder und Jugendliche besser vor Cybermobbing und Cybergrooming geschützt werden?“ Das sind so die Hauptstichworte gewesen, mit denen wir beim Kinder- und Jugendmedienschutz unterwegs waren.

Das war eine ziemlich instruktive Anhörung einerseits, müssen wir sagen. Andererseits haben wir ziemlich schnell gemerkt, dass es mit einer Sachverständigenanhörung wahrscheinlich zu dem Thema auch nicht getan sein wird, sodass ich nur anregen kann aus der Arbeit, die wir in diesem Jahr gemacht haben, sich auch in Zukunft immer mal wieder mit dem Thema Kinder- und Jugendmedienschutz zu beschäftigen, weil sich da viel tut.

Wir haben bei SCHLAU ein gutes Beispiel dafür, dass, seit wir mit der Ausrichtung durch die Pandemie in die digitale Welt rein, auch wirklich eine Menge Akteure in der

Zwischenzeit unterwegs sind. Dass Kinder und Jugendliche da den Wegweiser finden, ist nicht immer sichergestellt, so jedenfalls nach unserer Wahrnehmung.

Bildung und Schule. Da hatten wir uns nach den intensiven Sachverständigenanhörungen im Bereich Kinder- und Jugendhilfe vorgenommen, dass wir uns da insbesondere mal anschauen: Wie sind eigentlich die Schutzmechanismen in der Schule? Denn die Schule ist ja nun ein wichtiger Lebensraum für Kinder und Jugendliche. Wir haben uns gefragt, wie Schutzkonzepte an Schulen ausgestaltet sein müssen, dass dem Umstand angemessen Rechnung getragen wird, dass Schulen gleichermaßen Schutzraum, aber auch Tatort sein können.

Schulen brauchen Vernetzung mit den unterschiedlichen Akteuren im Kinderschutz und auch in der Jugendhilfe, um im konkreten Fall angemessen reagieren zu können. Wir haben in der Anhörung ziemlich deutliche Hinweise bekommen, wo Optimierungsbedarfe sind. Kinderschutz und Kinderrechte müssen verbindlicher Teil der Lehrer- und Lehrerinnenausbildung werden, auch das ist aus der Schulszene selber auch als Defizit durchaus angesprochen worden. Und auch bei dem Thema will ich es nur bei diesen wenigen Schlaglichtern lassen.

Ganz spannend war noch mal für uns die Anhörung zum Thema „Polizei und Justiz“. Wir haben uns natürlich auch nach den Erfahrungen aus dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, aber auch nach den Hinweisen, die wir gerade bei Intervention und Anschlusshilfe erhalten haben, beim Thema Polizei und Justiz ganz massiv darauf konzentriert zu schauen, wie man die Belange von Kindern, die Opfer von sexualisierter Gewalt oder sexuellem Missbrauch oder auch ganz allgemein Opfer von Gewalt und Vernachlässigung geworden sind, tatsächlich in den Ermittlungsverfahren auch besser berücksichtigt, wie das tatsächlich auch geschafft werden kann.

Wir haben uns sehr intensiv mit der Frage von Mehrfachvernehmungen beschäftigt, die zu einer weiteren Viktimisierung führen können. Wir haben uns sehr intensiv mit dem Thema Childhood Houses beschäftigt. Da hat insbesondere die Kollegin Schulze-Föcking auch sehr massiv drauf gedrängt, wobei wir, soweit wir die Entwicklung in Düsseldorf im Prinzip schon absehen können, gemeinsam zu dem Entschluss gekommen sind, dass die Childhood Houses für die Weiterentwicklung des Kinderschutzes im Bereich Polizei und Justiz ein ganz wichtiger Baustein sein können. Wir sind nicht so weit gegangen – das sehen Sie auch an unseren Handlungsempfehlungen –, dass wir jetzt gesagt haben, alle müssen jetzt Childhood Houses gründen. Aber wir haben schon gesagt, dass das beispielgebend ist und da im Grunde auch erkannt worden ist, wo die Probleme in Ermittlungs- und Strafverfahren tatsächlich auch sind.

Aus-, Fort- und Weiterbildung hinsichtlich sexualisierter Gewalt und Kindesmissbrauch müssen auch bei Polizei und Justiz verbessert werden. Vor allen Dingen müssen diese Weiterbildungsmaßnahmen, damit sie tatsächlich auch angenommen werden, eine höhere Verbindlichkeit erhalten, um nur auch aus diesem Bereich ein paar wichtige Schlaglichter zu setzen.

Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister, Herr Staatssekretär! Die Kinderschutzkommission hat damit ihre Arbeit für diese Legislaturperiode beendet. Wir haben aus der Arbeit der zurückliegenden zwei Jahre und den Hinweisen aus

unserem Gutachten 51 Handlungsempfehlungen entwickelt. Auch hier will ich nicht so sehr ins Detail gehen. Das können Sie alles nachlesen. Wir haben ja auch noch die Berichterstattungen im Plenum, höchstwahrscheinlich im Februar. Deshalb will ich es heute auch nur bei einigen Stichworten belassen.

Die Kinderschutzkommission empfiehlt die Schaffung sogenannter Ombudsstellen in Jugendämtern in NRW als Anlaufstellen für betroffene Kinder und Jugendliche in NRW, aber auch für ihre Familien. Die Verfahren in den Jugendämtern sollten insbesondere hinsichtlich Fallführung, Dokumentation, aber auch Kontrolle vereinheitlicht durchweg digitalisiert und standardisiert werden. Das ist nicht selbstverständlich, übrigens insbesondere das Thema Digitalisierung. Das macht einen schon manchmal ein bisschen betroffen, wenn man überlegt: Wir sind im Jahr 2022.

Dies sollte aber auch für Fälle gelten, die länderübergreifend sind, bundesländerübergreifend. Das sage ich insbesondere zum Beispiel in Richtung des Kollegen Hafke. Was wir da erlebt haben im PUA Lügde, zwischen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, das sucht schon seinesgleichen und ist ein Teil des Problems. Das muss man ganz deutlich sagen.

Und die Vernetzung der Jugendämter mit anderen Akteuren und Experten im Bereich Kinderschutz soll verbessert und verbindlicher gemacht werden. Überhaupt ist das Thema Netzwerke und Vernetzen für uns in der Kinderschutzkommission zum zentralen Leitmotiv geworden – das muss man einfach sagen –, weil wir festgestellt haben, dass wir das immer alle pflegen, aber der Punkt ist: Wir sehen immer wieder, dass aus dem Anspruch, ein Netzwerk bilden zu wollen, auch schnell ein Knoten werden kann. Und die verknoten sich dann untereinander und kriegen nicht auf die Reihe, dass sie unterschiedliche Aufgaben und auch unterschiedliche Zugänge zu Kindern und Jugendlichen und zu dem Thema Kinderschutz haben, haben sollten.

Frau Vorsitzende! Herr Minister, Staatssekretär, meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Damit will ich es im Grunde heute belassen, denn ich bin mir ziemlich sicher, dass die Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen auch noch Ergänzungen und Anmerkungen haben. Ich will mich aber heute bedanken bei den Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten für die gute, angenehme Zusammenarbeit in der Kinderschutzkommission. Natürlich danke ich besonders den Obleuten, weil wir stets zielgerichtet gearbeitet haben und manchmal auch ad hoc tätig werden mussten. Für diese Bereitschaft bin ich wirklich sehr dankbar.

Selbstverständlich muss ich auch den Referentinnen und Referenten der Fraktion danken, die auch in der Kinderschutzkommission stets konstruktiv und inhaltlich aber auch wertschätzend die Sitzungen vorbereitet und begleitet haben, aber eben auch nachbereitet haben. Dem Ministerium muss ich besonders danken für die Begleitung und Unterstützung unserer Arbeit, weil wir gerade in diesem Jahr auch Berichte aus dem Haus, aber auch aus der Landesregierung insgesamt gebraucht haben. Die haben wir immer sehr gut bekommen. Natürlich bedanke ich mich auch bei unserem Referenten, bei Herrn Müller.

Ich darf sagen, dass ich persönlich sehr dankbar bin, dass ich die Chance bekommen habe, den Vorsitz dieser Kinderschutzkommission hier im Landtag zu übernehmen.

Ich bin zuversichtlich, dass es sich in den Beratungen um den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Kinderschutzgesetz zeigen wird, dass die Arbeit der Kinderschutzkommission einen wertvollen Beitrag leisten konnte. Der Lackmустest wird letztlich sein für uns alle in diesem Ausschuss, auch in der Kinderschutzkommission: Gelingt es uns, den Kinderschutz in NRW so zu verbessern, dass es den Kindern und Jugendlichen in NRW besser geht, dass weniger Kinder und Jugendliche Opfer werden? Und wenn sie es dennoch geworden sind: Werden sie besser unterstützt, als es bei den traurigen Fällen, die wir in dieser Legislaturperiode erlebt haben, der Fall war? Das ist für mich das, was die entscheidende Probe sein wird.

Wir hoffen und sind zuversichtlich, dass das so ist und dass es sich erweisen wird. Ich glaube, dass da sicher auch in der nächsten Legislaturperiode engagierte Kolleginnen und Kollegen ganz deutlich dran arbeiten werden. Bis hierhin sage ich erst mal vielen Dank, freue mich auf die Berichterstattung im Plenum und freue mich auch auf Ihre Anmerkungen. Noch mal herzlichen Dank für die kollegiale Zusammenarbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Liebe Frau Kollegin Altenkamp! Dem Dank kann ich mich an der Stelle im Namen des Ausschusses nur anschließen, einmal natürlich für den hier vorgetragenen Bericht, zum Zweiten aber auch für Ihre Arbeit an der Spitze der Kinderschutzkommission wie auch an das gesamte Gremium. Ich bitte auch herzlich darum, diesen Dank unsererseits noch mal zu übermitteln, so denn die Kolleginnen und Kollegen nicht persönlich hier anwesend sind. Es ist, glaube ich, tatsächlich so, dass die Thematik, mit der Sie sich da so intensiv auseinandergesetzt haben und die wir hier auch begleitet haben, sicherlich eine derjenigen ist, die für uns alle auch als Gesamtgesellschaft eine extrem relevante ist und an der wir auch alle mitarbeiten werden, und das auch über diese Legislatur hinaus, wie Sie es ja gerade schon genannt haben.

Bevor wir noch zu entsprechenden Anmerkungen kommen, würde ich gerne kurz einmal den weiteren Vorgang abstimmen. Und zwar gehe ich davon aus, dass wir dem Plenum empfehlen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Frau Vorsitzende Altenkamp würde zu gegebener Zeit dann gegenüber dem Plenum berichten. Sind alle so damit einverstanden? – Wunderbar. Dann nehmen wir das so auf.

Dann habe ich bereits vorliegen eine Wortmeldung von Herrn Minister Dr. Stamp.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Frau Vorsitzende! Liebe Frau Altenkamp! Die Kinderschutzkommission hat ihren Jahresbericht für das Jahr 2020/2021 vorgelegt. Sie liefert damit aus vier Anhörungen und mit einer Darlegung zum Gutachten zu Organisationsstruktur, Größe, Standards, Qualität, Fortbildung und Weiterbildung in nordrhein-westfälischen Jugendämtern erneut wichtige Impulse für Verbesserungen des Kinderschutzes in Nordrhein-Westfalen.

Ich möchte hier für die Breite der Diskussion in der Kinderschutzkommission ausdrücklich danken, die nicht nur die Aufgaben und Herausforderungen innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe, sondern auch jene von anderen staatlichen Institutionen wie der

Justiz, Polizei und Schule in den Blick nimmt. Sie berücksichtigt damit, dass der Kinderschutz eine Aufgabe in Verantwortungsgemeinschaft zahlreicher staatlicher, aber auch gesellschaftlicher Akteure ist. Zusammen mit der Darlegung der Themen legt die Kinderschutzkommission mit diesem Bericht Handlungsempfehlungen für eine Weiterentwicklung des Kinderschutzes vor. Auch das tut sie, bezogen auf die Kinder- und Jugendhilfe, aber auch darüber hinaus für weitere Handlungsfälle.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat in den vergangenen Wochen das Landeskinderschutzgesetz im Kabinett verabschiedet. Wir werden in der kommenden Woche dieses Gesetz in den Landtag mit der ersten Lesung einbringen. Zahlreiche Handlungsempfehlungen sind bereits mit dem Landeskinderschutzgesetz aufgegriffen. Dies zeigt: Wir arbeiten Hand in Hand und geschlossen an der Verbesserung des Kinderschutzes in Nordrhein-Westfalen.

Die Handlungsempfehlungen weisen aber auch bereits den Weg in die Zukunft. Dies deckt sich auch mit unseren Erkenntnissen aus der Verbändeanhörung zum Referentenentwurf des Landeskinderschutzgesetzes. Wir sind in Nordrhein-Westfalen auf einem sehr guten, auf dem richtigen Weg. Wir sind gemeinsam in den vergangenen Jahren bereits wichtige Schritte zur Verbesserung des Kinderschutzes, insbesondere zur Prävention sexualisierter Gewalt gegangen.

Die Landesregierung hat nun darüber hinausgehend mit dem Entwurf des Landeskinderschutzgesetzes für jedwede Form von Gewalt und Vernachlässigung zentrale Impulse aus der Kinderschutzkommission, aber auch aus den Erkenntnissen des gesamten Prozesses von Land und Landtag aufgegriffen. Wir haben für diese Impulse auch in der Verbändeanhörung großen Zuspruch erhalten.

Und dennoch zeigen die Handlungsempfehlungen und auch die Ergebnisse der Verbändeanhörungen: Das Landeskinderschutzgesetz ist ein wichtiger Meilenstein für die Verbesserung des Kinderschutzes und sollte gleichzeitig gemeinsam als Einstieg in einen umfassenden, landesrechtlich verankerten Kinderschutz betrachtet werden. Es gibt nur viel zu gewinnen mit diesem Einstieg, und es gibt noch viel zu tun, wenn dieser gelungen ist. Es ist ein permanenter Prozess, den wir hier gemeinsam gehen. Ich glaube, es muss uns einfach auch bewusst sein, dass wir hier noch sehr lange nicht am Ende dieses Weges sind.

Für die Arbeit der Kinderschutzkommission möchte ich persönlich meinen ausdrücklichen Dank aussprechen. Ich bedanke mich auch bei den zahlreichen Verbänden und Institutionen, die so konstruktiv die Arbeit mit ihrer Fachexpertise begleitet haben, und möchte ganz persönlich auch Britta Altenkamp danken. Es ist großartig, dass Sie das als eine bekanntermaßen sehr engagierte Parlamentarierin so ausgezeichnet machen. Man merkt Ihnen auch einfach die Leidenschaft für dieses schwierige Thema an. Dafür auch ganz persönlich noch mal ein herzliches Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall)

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Minister. Ich darf fragen, ob es weitere Wortmeldungen gibt. – Das sehe ich nicht. Dann darf ich Ihnen noch mal ganz herzlich danken und einen weiteren erfolgreichen Tag wünschen.

3 Sexualisierte Gewalt im Sport – Intervention stärken, fachspezifische Beratungs- und Betreuungsangebote ausbauen und Opfer konsequent schützen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13076

Stellungnahme 17/4695
Stellungnahme 17/4712
Stellungnahme 17/4699

– Abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Sportausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales und den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 24. März 2021)

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik verweist auf die schriftliche Anhörung des Sportausschusses. Die Stellungnahmen lägen vor. Der Jugendausschuss werde heute abschließend beraten und das Votum an den federführenden Sportausschuss abgeben.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD) erinnert daran, dass in der letzten Sitzung „Zartbitter“ den Film vorgestellt habe, den Zeichentrickfilm als Beispiel für die sehr differenzierte und vielschichtige Problematik des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen am Beispiel des Fußballtrainers. Das Beispiel sei nicht zufällig gewählt worden, es sei ein sehr realistisches Beispiel gewesen. Alle habe der Film sehr berührt und beeindruckt.

Vor diesem Hintergrund werbe sie für den Antrag. Klar sei, dass es schon Maßnahmen gebe, dass der Landessportbund und andere Stellen versuchten, Kinderschutzkonzepte umzusetzen. Aber das Thema sexueller Missbrauch und sexuelle Gewalt gerade im Sport sei auch ein strukturelles Problem, ähnlich wie bei den Kirchen etwa. Ihre Fraktion vertrete die Meinung, dass darüber hinaus noch Handlungsbedarf bestehe. Das werde im Antrag formuliert. Sie werbe für Zustimmung.

Jens Kamieth (CDU) führt aus, die Kollegin habe die Relevanz des Themas zu Recht noch einmal betont. Es sei ein sehr wichtiges Thema. Sie habe auch gleichzeitig ein Beispiel dafür gebracht, was alles Gutes laufe in Nordrhein-Westfalen. Des Landessportbund NRW gelte als führend in der Entwicklung und Umsetzung von präventiven Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt im Sport.

Er verweise auf die Kampagne „Schweigen schützt die Falschen“, in der konkrete Hilfestellung gegeben werde, um das Thema zu enttabuisieren, präventiv tätig zu werden und den Verantwortlichen Orientierung zu geben. Das basiere auf dem 10-Punkte-Aktionsprogramm, das vom Präsidium und der Sportjugend beschlossen worden sei. Dazu gehörten Elternratgeber, Elternkompass, ein Handlungsleitfaden, ein Ehrenkodex und Beratungsangebote. Es gebe außerdem eine externe Anlaufstelle. Es gebe

da einiges in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf Prävention. Das laufe gut. Es sei ein sehr wichtiges Anliegen. Aber der Antrag biete keine neuen Ideen. Deswegen werde seine Fraktion ihn ablehnen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 17/13076 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

4 Kinder in Frauenhäusern stärken – Blinde Flecken der Landesregierung beseitigen!

Antrag

Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/14259

Ausschussprotokoll 17/1655 (Gespräch mit sachverständigen Gästen am 02.12.2021)

Stellungnahme 17/4603

Stellungnahme 17/4606

Stellungnahme 17/4532

– Abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Frauen und Gleichstellung – federführend – sowie u.a. an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 1. Juli 2021)

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik verweist auf das Fachgespräch. Die Stellungnahmen lägen vor. Das Protokoll liege noch nicht vor. Nichtsdestotrotz könne laut Geschäftsordnung schon abgestimmt werden. Der Ausschuss wolle heute abschließend beraten und das Votum an den federführenden Ausschuss für Frauen und Gleichstellung übermitteln.

Josefine Paul (GRÜNE) wiederholt, das Protokoll der Anhörung liege noch nicht vor, aber die Stellungnahmen lägen vor. Sie glaube, dass sich der Ausschuss heute mit dem Antrag beschäftigen könne und auch ein Votum abgeben könne. Das sei auch in Ordnung. Sie hoffe, dass das Protokoll im federführenden Ausschuss bald vorliege, sodass der federführende Ausschuss abschließend beraten könne.

Dieses Thema sei aber auch für diesen Ausschuss sehr wichtig, weshalb der Ausschuss an den Beratungen auch teilnehme und die Stellungnahmen des Fachgespräches übermittelt bekommen habe. Es gehe um die Frage, welche Bedeutung Frauenhäuser für den Kinderschutz hätten, welche Rolle Kinder in Frauenhäusern hätten, weil Kinder und Jugendliche immer mit betroffen seien von häuslicher Gewalt, entweder, weil sie mittelbar oder sogar unmittelbar von Gewalt betroffen seien. Ihre Fraktion habe einen umfassenden Katalog aufgezeigt, wie diese Arbeit strukturell gestärkt werden könne, beispielsweise, wenn es darum gehe, die Zusammenarbeit zwischen Frauenschutzeinrichtungen, Einrichtungen der Gesundheitshilfe und der Jugendhilfe zur Unterstützung der betroffenen Kinder noch einmal zu stärken.

An vielen Stellen funktioniere das sehr gut. Das Fachgespräch habe deutlich gezeigt, dass das keine strukturell angelegte Kooperation und Koordination sei, sondern dass es oft darauf ankomme, dass man vor Ort Strukturen aufgebaut habe und es häufig auf Personen ankomme. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, strukturell die Zusammenarbeit weiter zu stärken und sich darüber Gedanken zu machen, wie Qualitätsstandards und Standards der Weiterentwicklung im Bereich der Arbeit mit Kindern in

Frauenhäusern aufgegriffen werden könnten, was auch immer eine Frage der Ressourcen sei.

Es sei wichtig, dass man sich mit den Qualitätsmaßnahmen in Bezug auf Räumlichkeit, in Bezug auf Personal, aber auch die sachliche Ausstattung auseinandersetze. Dann müsse man sich konsequenterweise auch mit der Frage der Ressourcen in der Frauenhilfeeinfrastruktur auseinandersetzen.

Abschließend komme sie zu einem Punkt, der aus ihrer Sicht sehr wichtig sei, es gebe zu wenig Forschung über diesen Bereich. Sie habe gesagt, dass Kinder und Jugendliche immer zumindest mit betroffen seien von häuslicher Gewalt. Aber sie würden zu wenig als eigenständige Opfer und Betroffene der häuslichen Gewalt gesehen. Da müssten Forschungslücken weiter geschlossen werden. Es wäre eine gute Gelegenheit gewesen, auch die Frage bei der Bedarfsanalyse für die Frauenhilfeeinfrastruktur mit aufzunehmen, also die Rolle von Kindern und Jugendlichen in den Frauenhäusern explizit zu thematisieren. Das sei leider in der Art und Weise nicht erfolgt, zeige aber, wie dringend notwendig es sei, hier noch mal eine engere Verzahnung zwischen Jugendhilfe und Frauenhilfeeinfrastruktur hinzubekommen. Vor diesem Hintergrund freue sie sich über Zustimmung zu diesem wichtigen Anliegen in diesem Ausschuss und einem positiven Votum in Richtung des federführenden Ausschusses.

Regina Kopp-Herr (SPD) möchte sich kurzfassen, weil Frau Paul das Wesentliche gesagt habe. Nun habe sich der Ausschuss mit dem Thema der Kinderschutzkommission eben beschäftigt. Sie sei auch Mitglied im PUA, wie Frau Paul übrigens auch. Bei dieser Arbeit habe sie sehr wohl gelernt, dass Kinder nicht immer als eigenständige Persönlichkeiten mit Bedürfnissen und Bedarfen gesehen würden. Das sei auch bei Frau Pauls Aussage in dem Zusammenhang angeklungen.

Ein Argument sei ihr sehr wichtig. Das stehe gleich als Vorbemerkung im ersten Satz der Stellungnahme des Hexenhauses. Das Hexenhaus – sie zitiere das jetzt – schreibe im ersten Satz:

Aus Sicht des Hexenhauses ist die Stärkung von Kindern in Frauenhäusern und das Begreifen von Kindern als eigene Zielgruppe mit besonderen Bedarfen unerlässlich für die nachhaltige Beendigung häuslicher Gewalt und transgenerationaler Gewaltkreisverläufe.

Es sei wesentlich, was Kinder in Frauenhäusern an Stärkung, an Interesse, an Angeboten erfahren, um sie nicht in die gleiche Gewaltsituation zu bringen. Aber es entlaste auch Kinder. Alle, die verheiratet seien und Kinder hätten, wüssten, es gebe auch immer mal Konflikte unter den Partnerinnen und Partnern. Da stünden Kinder immer in einem Loyalitätskonflikt. Bei ausgeübter Gewalt sei das noch einmal eine besondere Belastung. Sie finde, dieser Antrag sei sehr wichtig. Er mache deutlich, wo Handlungsbedarf sei. Ihre Fraktion werde sich dem positiven Votum, um das Frau Paul gebeten habe, anschließen.

Jens Kamieth (CDU) gibt den Vorrednerinnen recht, dass es ein sehr wichtiges Anliegen sei. Frau Kopp-Herr habe das mit einem persönlichen Blick deutlich gemacht.

In der Tat habe man die Situation sicherlich vor Augen. Tatsächlich würden Kinder die Betroffenheit noch einmal anders erleben. In der Regel seien sie nicht direkt der körperlichen oder psychischen Gewalt ausgesetzt, würden aber auch nicht verstehen, warum ein Ortswechsel notwendig sei mit den ganzen Unannehmlichkeiten und Einschränkungen, die das mit sich bringe. Der erste Teil der Überschrift vor dem Bindestrich sei sicherlich richtig. Der zweite Teil treffe es dann nicht so ganz. Er würde eher formulieren: Blinde Flecken der Grünen-Fraktion beseitigen. An das Werk wolle er sich jetzt begeben.

Er weise darauf hin, dass die Landesregierung die Situation erkannt und sich ihr in vollem Umfang angenommen habe. Er glaube, das sei bekannt. Die Landesregierung habe für eine solide und tragfähige Finanzierung gesorgt und arbeite daran, Frauenhäuser systematisch zu verbessern. Seit 2017 sei die Finanzausstattung der landesgeförderten Frauenhäuser durch verschiedene Maßnahmen deutlich verbessert worden. So habe man es 2017 mit 9,5 Millionen Euro zu tun gehabt, und 2021 seien es fast 13 Millionen Euro. Die Schaffung von mehr Plätzen sei ein weiteres Thema. Jetzt gebe es 622 Plätze, 2017 seien es noch 571 gewesen.

Die Personalkostenpauschalen seien um 2,5 % erhöht worden. Da habe sich einiges getan. Und last, but not least, der Nordrhein-Westfalen-Pakt gegen Gewalt sei ein weiterer, wichtiger Aspekt. Er nenne den Arbeitstitel „Powerhäuser“, in denen eine umfassende Hilfe unter einem Dach gewährt werde. Auch was den Forschungsbedarf angehe, so habe ihn die Landesregierung durch eine Dunkelfeldstudie erkannt. Da gebe es viel Gutes. Deswegen brauche man diesen Antrag nicht. Die Landesregierung sei da auf dem richtigen Weg.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD) schickt voraus, ihre Fraktion werde sich in der Abstimmung über den Antrag enthalten. Das Anliegen sei ohne Frage sehr wichtig, insbesondere, wenn man sich die Zahlen angucke. Seit 2015 seien mehr Kinder als Frauen in Frauenhäusern. Das sei auf jeden Fall wichtig und richtig.

Allerdings sehe ihre Fraktion weniger den Bereich der Forschung, das Erlangen empirischer Daten als vorrangig an. Mit der Aussage, dass die Frauenhilfeeinfrastruktur derzeit nur auf das Wohlbefinden der Frau ausgerichtet sei, weniger auf das Wohlbefinden der Kinder ausgerichtet, tue man sehr vielen Frauenhäusern Unrecht. Es gebe zahlreiche Frauenhäuser, die auch hier schon darüber berichtet hätten, aber auch auf ihren Homepages deutlich machten, dass sie sich natürlich auch auf die Kinder ausrichteten. Das müsse weitergehen. Dass man das zusätzlich fördere, damit könne sich ihre Fraktion sehr gut anfreunden. Was die Schwerpunktsetzung im Beschluss und im Feststellungsteil angehe, so sehe ihre Fraktion das anders. Sie glaube, dass schon sehr viel in dem Bereich gemacht werde und auf einem guten Weg sei. Nichtsdestotrotz stehe auch viel Wahres in dem Antrag drin.

Josefine Paul (GRÜNE) legt, an den Kollegen Kamieth gewandt, dar, bei dem, was er ausgeführt habe, müsse sie sagen, zwischen Wunsch und Wirklichkeit klaffe eine Lücke in vielen Fällen. Das sei einer dieser Fälle. Selbstverständlich habe ihre Fraktion registriert und positiv zur Kenntnis genommen, dass diese Landesregierung mehr Geld

in diesen Bereich investiert hatte, gerade im Bereich der Frauenhilfeeinfrastruktur. Es sei auch richtig, dass sich an vielen Stellen auch konzeptionell die Frauenhilfeeinfrastruktur weiterentwickelt habe.

Nur sei das leider kein Verdienst der Landesregierung, denn die Landesregierung – das könnte man im Gleichstellungsausschuss ausführlich erläutern, man werde es hier nicht im Detail diskutieren – lege an vielen Stellen, die in diesem Antrag benannt würden, die auch im Fachgespräch diskutiert worden seien, Stichwort Clearingstelle, die aus der Fachebene als wichtiges Instrument bezeichnet worden sei – den Einrichtungen und Trägern vor Ort Steine in den Weg. Da gebe es eine mangelnde Kooperation zwischen Einrichtungen und der Landesregierung im Bereich der Frauenhilfeeinfrastruktur, diese Liste ließe sich noch erweitern um viele Punkte. Das könne man so nicht stehen lassen. Ja, es gebe mehr Geld, leider gebe es keinen Plan, schon gar nicht gemeinsam mit den Einrichtungen und der Trägerlandschaft, wie man konzeptionell, qualitativ und partizipativ die Frauenhilfeeinfrastruktur, wie man die Ressourcen der Frauenhäuser und der Frauenhilfeeinfrastruktur noch einmal stärken könne, um diesen vielfältigen Herausforderungen auch beim Thema Kinder gerecht zu werden.

Ganz viel werde da schon gemacht, es gebe viel Engagement der Frauenhäuser. Was wir aber brauchten, seien auch die Ressourcen und die Unterstützung seitens dieser Landesregierung. Das sei so nicht der Fall. Dementsprechend brauche es diesen Antrag schon. Es sei schade, dass man da keinen gemeinsamen Weg finde.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/14259 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

5 Belastungen von Kindern und Jugendlichen endlich ernst nehmen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13775

Ausschussprotokoll 17/1607 (Anhörung vom 02.11.2021)

Stellungnahme 17/4433
Stellungnahme 17/4466
Stellungnahme 17/4446
Stellungnahme 17/4441
Stellungnahme 17/4444
Stellungnahme 17/4454
Stellungnahme 17/4440
Stellungnahme 17/4437

– Abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 19. Mai 2021)

Stellv. Vorsitzender Charlotte Quik: Der AGS hat den Antrag abgelehnt. Wir wollen heute die Anhörung auswerten und auch, wie vereinbart, abschließend beraten und abstimmen. Ich frage, ob es Wortmeldungen gibt. – Frau Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Dieser Antrag hat ja jetzt schon eine relativ lange Geschichte. Das Traurige an dieser langen Geschichte ist, dass die Ausgangssituation, die sich zwischendurch vielleicht mal verbessert hatte, jetzt leider im Grunde genommen wieder an dem Punkt ist, als wir diesen Antrag tatsächlich ins parlamentarische Verfahren eingebracht haben.

Die Belastungen von Kindern und Jugendlichen in dieser Pandemie sind hoch, und das eben nicht nur, was Lernrückstände und Weiteres angeht, sondern auch, was die psychischen und psychosozialen Belastungen angeht. Das ist immer wieder Thema gewesen hier im Ausschuss, aber auch in der medialen Diskussion – allein, oftmals habe ich zumindest das Gefühl, dass daraus dann nicht so richtig viel erfolgt. Also, was muss strukturell passieren, um Kinder und Jugendliche besser zu unterstützen und um Belastungssituationen abzufangen, zum einen, wenn sie sich noch nicht manifestiert haben und zu einem Krankheitsbild geworden sind, aber andererseits auch, wenn es doch tatsächlich Therapieangebote braucht? Dementsprechend gab es auch in der Anhörung die klare Rückmeldung, dass es mehr Belastungen gibt und dass darauf auch reagiert werden muss.

Wir haben heute einen Bericht auf der Tagesordnung, beantragt seitens der SPD-Fraktion, der sich damit beschäftigt, welche Therapieangebote etc. es gibt. Ich finde, dieser Bericht macht noch mal sehr deutlich, dass es an vielen Stellen mehr Fragen

als Antworten gibt. Also: Die Angebotsstruktur für Therapie von Kindern und Jugendlichen muss aus unserer Sicht nach wie vor ausgebaut werden, weil es zu wenig Therapieplätze gibt und weil insbesondere Kinder und Jugendliche nicht lange darauf warten können, dass sie einen Therapieplatz bekommen.

Gleichzeitig geht es aber auch darum, gezielte pädagogische Angebote auszuweiten. Und auch da geht es nicht nur um die Frage „Aufholen nach Corona im schulischen Kontext“, sondern auch um Pandemiebewältigung und darum, die Folgen der Pandemie zu unterstützen im Bereich der Jugendarbeit mit unterschiedlichen pädagogischen Maßnahmen, um psychosoziale Belastungen abzubauen. Und nicht zuletzt – darüber werden wir uns ja heute auch noch in einem weiteren Tagesordnungspunkt anhand eines Antrags der SPD befassen – geht es um die Frage von Beteiligung. Viel ist über junge Menschen gesprochen worden, wenig ist mit ihnen gesprochen worden, insbesondere in Bezug darauf, was sie brauchen, um auch die Belastungen zumindest deutlich machen zu können und einbringen zu können, was sie auch brauchen könnten, um hier Hilfe und Unterstützung zu bekommen.

Auch dafür wäre es wichtig, auch wenn dieser Antrag in der Tat irgendwie schon vor einiger Zeit eingereicht worden ist, in der Tat wäre es nach wie vor sinnvoll, würde man einen Expertenkreis seitens der Landesregierung zusammenbringen mit Wissenschaft, mit Trägern der Jugendhilfe, aber vor allem auch mit Kindern, Jugendlichen und Eltern, um gemeinsam darüber zu sprechen: Was braucht es eigentlich aus Sicht derer, die genau diese Bedarfe haben? Vor diesem Hintergrund bitten wir natürlich für diesen Antrag auch um Unterstützung.

Stellv. Vorsitzender Charlotte Quik: Vielen Dank, Frau Paul. – Dann haben wir Herrn Dr. Maelzer.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Von unserer Seite, Frau Vorsitzende, liebe Josefine Paul, wird diese Unterstützung kommen. In dem Zusammenhang beraten wir weitere Tagesordnungspunkten zur einmischenden Kinder- und Jugendpolitik. Aber auch bezüglich eines möglichen, aber nicht vorhandenen Handlungskonzepts der Landesregierung, um die deutlich gestiegenen psychischen Belastungen von Kindern und Jugendlichen aufzugreifen, haben wir entsprechend noch weitere Tagesordnungspunkte, die wir in dem Zusammenhang beraten.

Wir haben in der Anhörung zu diesem Antrag auch von den Akutvorstellungen gehört, die noch nie so hoch gewesen sind, wie das im vergangenen Jahr der Fall gewesen ist. Es gibt einen großen Bedarf an psychosozialer Unterstützung. Und als wir die Berichtsbitte an die Landesregierung gestellt haben, wie denn die Versorgungsstrukturen in Nordrhein-Westfalen aussehen und wie man speziell in der Phase der Pandemie jetzt unterstützt, ist in erster Linie die Antwort gekommen, man werde die Situation beobachten – das hören wir von der Landesregierung öfter –, aber grundsätzlich gebe es ausreichende Versorgungsstrukturen. Dann wird darauf verwiesen, was es ohnehin schon alles an Programmen gibt, die allerdings in aller Regel konzipiert worden sind, ohne dass man davon wissen konnte, dass diese Coronapandemie das Land jetzt schon zwei Jahre im Griff halten würde.

Von daher unterstützen wir die Forderungen nach besseren Versorgungsstrukturen für Kinder und Jugendliche, und wir unterstützen natürlich auch – das tun die Expertinnen und Experten auch –, den Ansatz der Partizipation von Kindern und Jugendlichen verbindlicher, beispielsweise auch auf gesetzlicher Ebene, zu verankern und insgesamt da in der Frage zu einem Haltungswechsel zu kommen. Ich glaube, das Thema werden wir anhand des Tagesordnungspunktes 8 unseres Antrages noch mal intensiver beleuchten können, aber auch der grüne Antrag zielt in diese Richtung. Darum werden wir ihn gerne unterstützen.

Stellv. Vorsitzender Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. – Herr Kamieth hat das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Schönen Dank, Frau Vorsitzende. Wir sind sozusagen im Prolog der dann gleich irgendwann mal aufbrausenden Corona-Diskussion. Es ist ja schon fast außergewöhnlich, dass wir uns nach fast anderthalb Stunden noch nicht die Köpfe heißreden.

Ich will deswegen jetzt auf die psychische Situation beziehungsweise die Situation bei den therapeutischen Möglichkeiten noch nicht eingehen. Kollegen haben darauf hingewiesen, dass wir da gleich noch zu kommen. Ich will mich tatsächlich enger an die Auswertung beziehungsweise an die Stellungnahmen der Sachverständigen halten. Ich fange mal an mit Herrn Hahn vom Städtetag, der gesagt hat, Kinderschutzbericht kann hilfreich sein, aber jedenfalls nicht jährlich. Das wäre aktionistisch.

Tatsächlich glaube ich, dass wir darüber diskutieren könnten, in welcher Form und in welchem Turnus insbesondere wir einen Kinderschutzbericht benötigen. Aber das müssen wir doch bitte mit denjenigen tun, die sich insbesondere – und das seit längerem – mit dem Kinderschutz befassen. Ich verweise noch mal auf den Tagesordnungspunkt 2. Wir haben eine Kinderschutzkommission, und da gibt es auch schon Gespräche. Was eben fehlt, ist eine Gesamtstrategie. Die wird in dem Antrag tatsächlich nicht aufgelegt.

Weiter sagt Herr Hahn, dadurch, dass man Geld bereitgestellt hat, ist man auf einem guten Weg. Wir müssten jetzt sehen, dass wir die Haushaltsmittel ins Folgejahr übertragen. Und in der Tat, auch nach Corona, das ist ein wichtiges Hilfsmittel, um die Probleme jetzt anzugehen und zu lösen. Es muss überjährig ausgestaltet werden, und da schaue ich dann mal nach Berlin. Der Bund muss das vor allen Dingen entscheiden. 2 Milliarden hatte die Große Koalition zur Verfügung gestellt, und daran gilt es anzuknüpfen und aufzubauen.

Frau Siemens-Weibring hat insbesondere hervorgehoben, dass das Projekt Familien-erholung, „1.000 Ferienwochen für Familien“, ein guter Ansatz war. Da bin ich sehr dankbar, gerade Ihnen, Herr Minister Stamp, nicht nur dafür, dass wir das auf den Weg bringen konnten, sondern dass es erheblich ausgeweitet worden ist. 3,5 Millionen stellen wir da im Haushalt ein, und das ist ein wichtiger und ein richtiger Start, um den Familien, die insbesondere von Corona betroffen sind und nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen in finanzieller Hinsicht, mal eine Erholung auch zu gönnen, was gerade natürlich den Kindern zugutekommt.

Ich mache weiter bei Frau Dr. Langmeyer, die deutlich gemacht hat, dass es zentral ist, dass die Institutionen der frühkindlichen Bildung und Betreuung, aber auch die Schulen weitgehend offengehalten werden. Und auch da hat NRW eine Bildungsgarantie gegeben, die tatsächlich auch weitgehend erfüllt werden kann. Ich möchte da gerne noch mal daran erinnern, dass gerade unsere Kinder und Jugendlichen größte Opfer erbracht haben, als wir noch keinen Impfstoff hatten. Dass wir da tatsächlich im ersten Lockdown auch Kinderspielplätze zugemacht haben, das war schlimm. Das darf es nicht mehr geben. Aber auch da sind wir heute sehr viel weiter, insbesondere dadurch, dass wir weitgehend impfen können. Deswegen auch noch mal mein Appell an dieser Stelle, dass diejenigen, die das noch nicht getan haben, das bitte nachholen.

Frau Dr. Langmeyer führt weiter aus, dass die Familien als Ganzes im Blick zu halten sind, und schlägt eben vor, die Familienzentren weiter auszubauen und fortzubilden. Auch nach unserer Einschätzung sind die Familienzentren potenzielle Brückenköpfe für den Sozialraum Kita, den Sozialraum Schule und für unsere Familien. Deswegen haben wir auch da den Ansatz deutlich erhöht. Wir haben 150 weitere Kitas zu Familienzentren weiterentwickelt, wir erkennen das Potenzial der Familienzentren, ich glaube, auch fraktionsübergreifend. An dem Thema müssen wir unbedingt weitermachen.

Professor Martin Holtmann, vielleicht auch noch mal ganz wichtig, was er gesagt hat: Dass wir einerseits ganz gut aufgestellt sind, andererseits allerdings Corona – dann kommt wieder das Zitat des Brennglases, den Begriff haben wir häufig gehört in den letzten zwei Jahren – auch strukturelle Defizite aufgezeigt hat. Aber es ist nicht die Lösung, einfach nach noch mehr Personal und noch mehr Krankenhausbetten zu rufen. Mehr von allem, wie wir hier auch gerade im Ausschuss von der Opposition gerne hören, ist nicht das Allheilmittel, sondern wir sind ganz gut aufgestellt. Wir brauchen natürlich eine Weiterentwicklung der Strukturen, ein besseres Ineinandergreifen. Ich sehe uns da mit Karl-Josef Laumann sehr gut aufgestellt, was den gesundheitlichen Bereich betrifft.

Last, but not least, Frau Dr. Christiane Thiele: Es geht nicht nur um die jetzt akuten psychischen Probleme, sondern wir haben auch weitere Probleme und Herausforderungen bei unseren Kindern und Jugendlichen, Stichwort Adipositas und Bewegungsmangel. Da noch mal: Der Bund hat das Zwei-Milliarden-Programm „Aufholen nach Corona“ in der letzten Legislatur als wichtigen Punkt aufgesetzt, einen wichtigen Impuls gesetzt. Ich freue mich, dass die Ampelkoalition erkannt hat, dass es da gilt weiterzumachen, insbesondere, was die Bewegungsförderung betrifft. Ich freue mich, dass wir da hoffentlich zeitnah auch deutliche Signale aus Berlin bekommen, dass auch diese Bereiche weiter gut hier im Land bearbeitet werden können. Wir sind auf einem guten Weg, und vor diesem Hintergrund ist der Antrag abzulehnen. – Danke schön.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Kamieth. – Frau Dworeck-Danielowski.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Das Thema, um den augenscheinlich der Antrag dann auch geht, „Belastungen von Kindern und Jugendlichen ernst nehmen“ und vor allen Dingen auch die dramatischen Schäden, die Kinder und Jugendliche in den letzten zwei Jahren auch erleiden müssen und vermutlich auch noch weiterhin die Folgen davon tragen müssen, ist natürlich wichtig und richtig. Allerdings, naturgemäß, kommen wir auf etwas andere Schlussfolgerungen, als Sie es in Ihrem Antrag tun.

Die Melange aus Befragungen, Expertenkreis, Studien, Stufenplänen und so weiter halten wir da für weniger zielführend. Die Anhörung, insbesondere auch die doch sehr erfrischende Stellungnahme von Frau Dr. Thiele, hat noch mal deutlich gemacht – insbesondere von Frau Dr. Thiele und eben auch dem Verband der Kinder- und Jugendärzte –, dass es wichtig ist, dass Kinder einfach so viel Normalität wie möglich zurück-erlangen müssen, um weiterhin gesund gedeihen zu können. Und das ist es, worum es geht.

Wir brauchen keine Befragungen, sondern vor allen Dingen schnellstmöglich Verhältnisse, in denen Kinder und Jugendliche schlicht und ergreifend diesen Belastungen nicht mehr ausgesetzt sind. Das sehen wir in dem Antrag weniger im Beschlussteil. Von daher halten wir auch das, was hier gefordert sind, nicht als für einen Lösungsansatz geeignet und es passt ja auch nicht zu dem ... Wir haben es ja gerade schon angesprochen, wir reden uns ja permanent die Köpfe heiß darüber. Das, was wir glauben, was dringend notwendig ist und was auch der Bundesverband für Kinder- und Jugendärzte sehr deutlich macht und was auch immer wieder die Stellungnahmen von Kinder- und Jugendtherapeuten deutlich machen, ist, dass sich die Kinder und Jugendlichen schlicht und ergreifend wieder in anderen Verhältnissen weiterentwickeln müssen und dürfen und dass das Gift ist für die Kinderseelen, was jetzt gerade passiert in den letzten zwei Jahren.

Wir sehen es hier jeden Monat, dass es insbesondere auch von Ihrer Fraktion her eigentlich gar kein Ende geben kann an Restriktionen, auch für Kinder, einhergehend mit der permanenten Präsenz und dem Ängste-Schüren vor viraler Ansteckung. Deswegen lehnen wir den Antrag ab, danke.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank. – Dann habe ich noch Herrn Hafke auf der Rednerliste, bitte schön.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte auch versuchen, es kurz zu machen. In der Analyse, dass Kinder und Jugendliche die Leidtragenden der letzten zwei Jahre sind, sind wir uns vollkommen einig. Ich glaube, das braucht man auch nicht noch mal zu analysieren.

Ich finde so manche Ergebnisse, die mittlerweile ans Licht kommen, schon sehr beängstigend, insbesondere das, was wir den Kindern oder unserer Gesellschaft in Teilen auch angetan haben. Wenn ich letztens eine Studie gelesen habe von der Universität Essen, dass Kinder und Jugendliche in dem Lockdown über 500 Suizidversuche begangen haben, dann ist das so eine Sache, bei der man schon darüber nachdenken muss, ob wir hier auf einem richtigen Kurs aktuell sind.

Wenn mir Schülerinnen und Schüler erzählen, dass sie, wenn sie Corona haben und einen Positivtest in der Schule gemacht haben, gar nicht Angst um ihre eigene Gesundheit haben, sondern um die öffentliche Ausgrenzung von ihrer Person, dann sind das natürlich Entwicklungen, die können wir meines Erachtens als Politik so nicht hinnehmen. Deswegen bin ich der Landesregierung in vielfältiger Hinsicht sehr dankbar, aus den Fehlern der ersten Welle, die wir alle gemacht haben, zu lernen, nämlich erstens entsprechende Unterstützungsprogramme anzubieten, die auch in dieser Anhörung noch mal explizit gelobt wurden, aber auch einen klaren Kurs – ich sage das auch noch mal in dieser Deutlichkeit – zu fahren, nämlich Schulen, Kindergärten offenzuhalten, aber auch Sport- und Freizeitangebote. Denn das gehört genauso zum Aufwachsen dazu. Die Schule und die Kitas sind enorm wichtig, aber auch das ganze gesellschaftliche und soziale Drumherum.

Deswegen ist es so entscheidend, dass dieser Kurs auch fortgesetzt wird. Wir werden das ja gleich noch mal stärker analysieren. Ich glaube nur, dass diese Forderungen, die hier in dem Katalog von den Grünen aufgeführt sind, faktisch daran nichts ändern werden. Ob man jetzt mehr oder weniger Berichte oder wissenschaftliche Begleitung macht, führt zu keiner Änderung. Ich glaube, wir haben hier kein Erkenntnisdefizit, sondern wir müssen einfach eine Politik machen, die im Sinne der Kinder und Jugendlichen ist. Und das ist dann der Weg, den die Landesregierung eingeschlagen hat. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Hafke. – Herr Dr. Maelzer, bitte.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich möchte auf ein Argument von Marcel Hafke eingehen, weil ich befürchtet habe, dass er das so intoniert, nämlich mit Bezug auf die Studie, die benannte. Ich werbe nur dafür in unserer Runde, und ich versuche das mit allem möglichst gebremsten Schaum auch zu tun, mit größtmöglicher Differenzierung sowohl an diese Studie als auch an die Thematik insgesamt heranzugehen. Es gibt methodisch die eine oder andere Fragestellung an diese Studie. Das gilt auch für die Frage, was für Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind. Das jetzt einseitig so zu interpretieren, dass nicht die Coronapandemie, sondern die Maßnahmen, die zum Gesundheitsschutz beitragen sollen, diese Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche haben, ist, glaube ich, in dieser Eindimensionalität nicht abzuleiten.

Und wenn dann so Beispiele kommen wie „das Testen in Schulen führt zu einer psychischen Belastung“ – Angst vor Ausgrenzung wurde eben angesprochen –, dann sollte man das, glaube ich, nicht auf diese Dimension verengen. Denn eine Pandemie, die zu mehr als 115.000 Toten geführt hat in diesem Land, löst natürlich erstens Ängste aus und zweitens auch unmittelbar Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen, die das in eigenen Familien erleben. Ich glaube, die Differenziertheit, was eigentlich die Gründe sind und welche ausschlaggebender sind, gibt diese Studie nicht her. Darum sollten wir nicht versuchen, die Gewissheiten, wie wir sie in der politischen Debatte haben, jedenfalls nicht auf Basis dieser Studie uns näherzubringen.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. – Herr Hafke hat sich gemeldet. Bitte schön.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Auch mit dieser Antwort habe ich gerechnet. Weil ich es schon bemerkenswert finde, dass gerade die SPD uns vorhält, dass wir zu wenig auf Wissenschaftler hören würden, dann veröffentlichten Stellungnahmen und Gutachten – und übrigens sind bei jedem Gutachten und bei jeder Stellungnahme, Herr Kollege Maelzer, Zweifel und Hinterfragungen möglich –... Mir ist es ehrlicherweise auch egal, ob es 500 Jugendliche waren, die betroffen waren, 450 oder 300. Jeder Jugendliche und jedes Kind, das einen Suizidversuch begeht, ist ein Problem. Und da müssen wir drüber sprechen.

Und wenn in dem gleichen Zeitraum coronabedingt 14 Kinder in der Republik auf Intensivstationen waren – was auch 14 zu viel sind, da müssen wir uns auch einig sein –, dann muss ich aber schon fragen, ob bei unseren Maßnahmen, die wir ergreifen, nicht irgendetwas schiefgelaufen ist. Und da hoffe ich eigentlich, dass wir einer Meinung sind. Das so herabzuspielen, wenn Kinder und junge Frauen und Männer in der Schule sitzen, einen positiven Test bekommen und dort zusammenbrechen, Herr Kollege Maelzer – und das sind keine Einzelfälle, da mag ich nur mal auch mit den entsprechenden Schulleitern und Lehrern Gespräche zu führen –, dann macht mich das betroffen. Denn wie soll denn ein zehnjähriges Kind mit so einer Situation umgehen, es vollkommen überfordert ist und gar nicht um die eigene Gesundheit Angst hat, sondern davor, dass es jetzt alle anderen anstecken würde und für die hunderttausenden Tote, die Sie gerade skizziert haben, verantwortlich ist.

Wir wissen doch, dass Kinder und Jugendliche an Corona nicht so schwer erkranken, dass sie daran sterben, und auch im Regelfall nicht auf Intensivstationen liegen, und die wenigsten ins Krankenhaus kommen. Das sind erst mal gute Nachrichten in so einer Pandemie, dass das nicht die Gruppe ist, die gesundheitlich massiv gefährdet ist, aber wir trotzdem in den letzten Jahren hier den Hebel anlegen, auch in allen politischen Debatten, Kinder und Jugendliche als den Bereich zu sehen, wo wir am meisten aufpassen müssen, am meisten Regeln ansetzen müssen.

Gerade die SPD führt es doch jetzt immer wieder an: Wir müssen testen, testen, testen, Kinder sind ungeschützt, Kinder sind das größte Problem, Schulen müssen wir entsprechend angehen. Ich glaube, genau das Gegenteil ist der Fall. Die Eltern, die Erwachsenen ...

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

– Ja, das sind aber die Konsequenzen aus den Maßnahmen, die Sie fordern. Die Konsequenzen, die wir doch einfordern müssen, ist doch, die Verantwortung bei den Erwachsenen zu suchen, was Abstand, Masken, Impfen und Testen angeht, und nicht bei den Kindern. Die Kinder müssen ein reguläres, normales Leben in dieser Gesellschaft führen können. Und das tun sie zur Zeit nicht. Sie werden mehrfach die Woche getestet, so wie keine andere Berufsgruppe. Sie werden psychologischem und gesellschaftlichem Druck massiv ausgesetzt, was zu solchen Konsequenzen führt – und da sind die Zahlen, in welchem Umfang, mir eigentlich, ehrlicherweise, fast egal. Das führt

dazu, dass wir in anderen Bereichen ganz massiv vorgehen und zu massiven Problemen führen.

Ich glaube, da kommt so langsam auch ein Umdenken in der Gesellschaft – zum Glück – bei den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch bei Wissenschaftlern, die das auch noch mal neu bewerten – bis zu Herrn Drost und anderen. Deswegen hoffe ich, dass wir da jetzt mit mehr Klarheit reingehen. Ich glaube nur, dass der Kurs, den die Landesregierung eingeschlagen hat, dort richtig und vernünftig ist. Ich würde mir wünschen, wenn wir genau mehr darüber sprechen: Wie können wir bestmögliche Normalität bei den Kindern und Jugendlichen erreichen und können im Zweifelsfall über mehr Verantwortungsübernahme bei den Erwachsenen sprechen? Ich glaube, das wäre der richtige Weg und die richtige Konsequenz.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Hafke. – Ich habe jetzt noch auf der Rednerliste Herrn Dr. Maelzer, Frau Paul und Herrn Müller. Bevor ich dort das Wort erteile, möchte ich gerne einmal darauf hinweisen, dass wir zum Thema Corona im Folgenden wahrscheinlich auch noch ausführlich sprechen werden und wir eine ambitionierte Tagesordnung und einen begrenzten Zeitraum vor uns haben. Von daher würde ich sehr herzlich darum bitten, das bei den Wortbeiträgen zu beachten. Vielen Dank dafür. – Herr Dr. Maelzer, Sie haben das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich will nur meinem Bedauern Ausdruck verleihen, dass mit der liberalen Partei in Nordrhein-Westfalen offensichtlich keine differenzierte Debatte zu diesem Thema mehr möglich ist. Es geht nur in eine Richtung, vollkommen egal, was für Informationen da sind. Kinder sollen nicht mehr geschützt werden. Der Schutz von Kindern, was beispielsweise Testen darstellt, soll am besten aus Sicht der FDP eingestellt werden,

(Marcel Hafke [FDP]: Unverschämt!)

weil das eine psychische Belastung für Kinder darstellt.

Genau das ist die Conclusio aus den Aussagen, die eben gekommen sind. Wir halten das für einen falschen Weg, und wir halten es auch nicht für begründbar aus dieser Studie heraus. Denn die ganzen Belastungen, die zur Zeit auf Kinder einprasseln, bestehen nicht nur aus den Schutzmaßnahmen, sondern aus der Pandemie an sich heraus auch.

Offensichtlich glaubt die FDP, wenn man Kindern eine Scharade vorspielt, dass nämlich alles normal ist, dass man gar nichts machen müsste jetzt in der Coronapandemie und dass dann alles gut wäre. Aber das ist doch in der Tat absoluter Quatsch. Wir müssen in dieser Debatte differenzierter vorgehen. Wir müssen prüfen, natürlich ob unsere Maßnahmen richtig sind, aber wir müssen doch genauso sehr prüfen: Was sind eigentlich die Auswirkungen der Pandemie und nicht der Pandemiebekämpfung auf unsere Kinder und Jugendlichen? Und dass das, was der Sprecher der FDP vorgetragen hat, aus dieser Studie herauszuziehen wäre, das ist eine sehr einseitige parteipolitische Interpretation, die weder dem wissenschaftlichen noch dem politischen Diskurs in irgendeiner Form gerecht wird.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. – Meinen Worten von eben füge ich, bevor wir in der Rednerliste weiter voranschreiten, noch den Hinweis hinzu, dass es diesem Ausschuss immer gut zu Gesicht gestanden hat, wenn wir in der Debatte, die ja insbesondere den Menschen, um die es hier geht, nämlich in dem Falle Kindern und Jugendlichen, in besonderer Weise dienlich ist, hier auch einen respektvollen und konstruktiven Umgang miteinander an den Tag legen. In diesem Sinne gebe ich das Wort jetzt an Frau Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Nichts anderes hatte ich im Sinn. Ich möchte meinem Bedauern allerdings trotzdem Ausdruck verleihen, dass ich das Gefühl habe, dass wir in dieser Debatte ja schon mal weiter waren. Also, es geht ja nicht um die Frage, holzschnittartig, „muss es Maßnahmen geben, oder muss es keine Maßnahmen geben?“, sondern Kern der Debatte ist doch: Wie schaffen wir es, den Infektionsschutz mit der größtmöglichen Freiheit und Normalität für Kinder und Jugendliche zu verbinden? Und das ist doch Kern der Debatte – und auch zur Kenntnis zu nehmen, dass es natürlich Belastungen in den letzten zwei Jahren gegeben hat und dass daraus natürlich auch Bedarfe entstehen. Und die Bedarfe sind nicht allein darüber zu lösen, dass man sagt, wir machen jetzt vielleicht nicht mehr so viele Tests.

Herr Hafke, Sie können ja gleich noch mal erläutern, was Sie gemeint haben, aber ich war auch etwas irritiert aus Ihren Einlassungen, wenn Sie sagen, dass die Tests für Kinder und Jugendliche, wenn es ein positives Ergebnis gibt, unter Umständen auch zu Belastungen führen. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Aber was ist die Konsequenz daraus? Die Konsequenz daraus kann ja nicht sein, dass wir das Testen lassen. Wir müssen dann einen Umgang damit finden, dass wir Kinder natürlich nicht in irgendeiner Art und Weise stigmatisieren, sondern dass auch das dann pädagogisch eingebunden werden muss, dass eben positive Testergebnisse in einer Pandemie mit so vielen positiven Testergebnissen selbstverständlich nicht irgendetwas mit individueller Schuld oder dergleichen zu tun haben, sondern dass das einfach so auch vorkommt. Und das muss dann eingebunden werden.

Und so müssen wir leider jetzt auch eine Form von angepasstem Alltag für Kinder und Jugendliche organisieren, dass einerseits dem Infektionsschutz Rechnung getragen wird und andererseits natürlich dem Rechnung getragen wird, dass Kinder und Jugendliche endlich Priorität haben müssen. Aber das heißt auch, dass man dem auch Taten folgen lässt. Einfach das Mantra vor sich herzutragen, „et hätt noch immer joot jeje“, das wird der Situation eben auch nicht gerecht. Das werden wir an anderer Stelle auch noch vertieft diskutieren.

Und vor diesem Hintergrund ist es gerade so wichtig, sich auch mit den langfristigen Folgen zu beschäftigen, sich auch noch mal wissenschaftlich, aber auch unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen damit zu beschäftigen: Welche Auswirkungen hat diese Pandemie, welche Notwendigkeiten gibt es?

Und ich glaube nicht, dass man sich zu wenig wissenschaftlich beschäftigen kann. Es ist nicht allein seligmachend. Darauf darf man auch nicht stehen bleiben. Politik darf sich schlauer machen und gleichzeitig auf Basis der bisherigen Erkenntnisse weiter handeln. Aber diese Schwarz-Weiß-Schematik, Herr Kollege Hafke, die Sie hier

gerade aufgemacht haben, das finde ich schade. Da waren wir im Sinne der Kinder auch schon mal weiter. Und wo wir uns sicherlich einig sind, da gebe ich Ihnen absolut recht: Natürlich haben Kinder und Jugendliche es jetzt verdient, sich der Solidarität der Erwachsenen auch sicher sein zu können. Darum muss es gehen. Aber es muss auch darum gehen, erst zu nehmen, dass es Belastungen gibt. Und die haben nicht nur etwas mit den Maßnahmen zu tun.

Und selbst wenn: Dann müssen auch die ernst genommen und behandelt werden. Darum geht es in diesem Antrag, darum sollte es eigentlich in dieser Diskussion gehen. Es ist schade, dass die Debatte leider gerade jetzt schon zu diesem Zeitpunkt schon wieder eine Rolle rückwärts genommen hat.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Frau Paul. – Herr Müller hat das Wort.

Frank Müller (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Nun wäre es doch beim Prolog geblieben, den der Kolleg Kamieth angesprochen hat. Ich will vielleicht vorausschicken, dass alles, was der Staat tut oder auch nicht tut, immer eine Konsequenz und Auswirkungen auf seine Bürgerinnen und Bürger hat, und insbesondere auch auf die Kinder. Nicht nur Dinge, die die Opposition fordert, haben eine Auswirkung auf Kinder, sondern auch Dinge, die die Regierung entscheidet.

Und insofern würde ich mir am Ende der Pandemie irgendwann auch eine Gesamtschau wünschen über die Frage: Was hat welche Maßnahme ausgelöst? Da kann man über Metastudien sprechen, da können wir über große Studien sprechen. Ich will nur sagen: Deswegen will ich mich dann ausdrücklich der Forderung nach einer gewissen Differenziertheit an diesem Punkt anschließen, dass wir immer noch relativ wenig wissen über die Frage „was hat wie auf wen gewirkt, auf alle Menschen?“

Ich meine, wir beobachten – wahrscheinlich jeder an sich selber wird beobachten –, dass die Situation etwas mit uns gemacht hat – das mag sein –, dass die Pandemie als Solche etwas mit uns gemacht hat – es hat Ängste ausgelöst –, es kann sein, dass die Maßnahmen bei uns Dinge ausgelöst haben, weil wir vielleicht unser gewohntes Leben so nicht führen können. Es ist natürlich wenig überraschend, dass das natürlich alles eine Konsequenz hat. Das will ich vorausschicken. Insofern hat Marcel Hafke vieles Richtige gesagt.

Aber an einer Stelle habe ich mich gemeldet, weil es mich erinnert hat an eine Debatte, die wir hier – ich weiß es nicht genau, aber im letzten Jahr – geführt haben. Da hatte ich auch eine etwas lautere Diskussion mit dem Herrn Minister und mit Abgeordneten Kolleginnen und Kollegen. Wir haben das aber ausgeräumt, weil Herr Minister auch dargelegt hat, dass es so nicht verstanden werden sollte. Da ging es um Testungen. Deswegen bitte ich auch darum, Worte zu wägen. Da hatte für einen Moment der Eindruck im Raum gestanden, als würde man die, die Kinder gerne testen möchten, ein bisschen in die Ecke von Kindeswohlgefährdung stellen. Wie gesagt, wir konnten das ausräumen, das will ich ausdrücklich sagen.

Sie haben einen Satz gesagt – deswegen will ich das einfach nur noch mal sagen; ich habe es mitgeschrieben und der hat mich geärgert –, den können Sie vielleicht näher erläutern oder auch nicht: „Das sind Konsequenzen aus den Maßnahmen, die Sie vorschlagen.“

Sie haben gesagt, das sind Konsequenzen aus den Maßnahmen, die Sie vorschlagen. Ich habe das eins zu eins mitnotiert. Und das will ich sehr deutlich sagen: Nicht, dass der Eindruck hängen bleibt, für die psychischen Schäden, die bestimmte Maßnahmen oder die Pandemie auslösen, sei hier die SPD-Opposition verantwortlich. Ich glaube, das haben Sie so nicht gemeint. Ich würde das nur noch mal richtigstellen. Und damit wir immer alle wissen, was wir an solchen wichtigen Tagesordnungspunkten gesagt haben, fände ich es auch ganz gut, wenn wir, Frau Vorsitzende, dazu ein Wortprotokoll bekommen könnten. Nur das wollte ich sagen.

Wir sollten uns gegenseitig ... Wir können hier wirklich lange und laut und sehr intensiv diskutieren, und dafür ist das Parlament auch da. Das macht Demokratie aus. Wir sollten uns aber bestimmte Dinge nicht gegenseitig vorhalten. Damit besorgen wir das Geschäft von anderen.

Das ist meine dringende Bitte. An dieser Stelle würde ich Sie, Herr Hafke, wirklich um Klarstellung bitten, was genau Sie damit gemeint haben, weil ich es auch nicht aus dem Kontext gerissen haben will. Aber diese Satz, ich will es offen sagen, liegt mir im Magen. Wenn er so gemeint war, wie ich ihn verstanden habe, weise ich ihn zurück. Wenn er so nicht gemeint war, würde ich Sie um Klarstellung bitten.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Müller. – Herr Hafke hat Gelegenheit zum Sprechen.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich fand es bei der SPD gerade sehr wohltuend, die Differenzierung zwischen den beiden Abgeordneten, die dort gesprochen habe, Herr Müller, sehr gut, dass wir das dann auch inhaltlich diskutieren können. Das war auch meine Intention bei meinem ersten Wortbeitrag, wo ich mich tatsächlich sehr drüber geärgert habe, was der Kollege Maelzer gerade gesagt hat, denn das ist unsäglich und gehört in einen parlamentarischen Raum nicht hinein. Sie haben mir die Worte im Mund umgedreht und auch vollkommen falsch interpretiert.

Ich habe zu keinem Zeitpunkt gesagt, dass wir nicht testen wollen, dass wir bei den Schutzmaßnahmen für Kinder nichts machen wollen und ähnliches. Das ist nicht Sinn der FDP, und das können Sie, Herr Kollege Maelzer, im Übrigen auch daran sehen, dass wir in den letzten zwei Jahren nicht nur die Maßnahmen mitgetragen haben, sondern sehr viel initiiert haben, weil wir glauben, dass sie zu dem jeweiligen Zeitpunkt auch richtig und vernünftig sind.

Das ändert sich, wie wir sehen, immer wieder in den verschiedensten Wellen und Phasen dieser Pandemie. In der ersten Welle waren wir alle sehr unwissend und haben Sachen gemacht, auch hier mit parlamentarischer Unterstützung, über die wir heute sagen würden, das war falsch. Und daraus sind auch gewisse Konsequenzen entstanden, auch in der gesamten Gesellschaft. Und da sind bis heute, bis in die Omikron-

Welle, wo im November und Dezember eine massive Panik vorgeschoben wurde, natürlich Konsequenzen entstanden und Maßnahmen, bei denen ich heute ehrlicherweise auch mal offen drüber diskutieren will, ob sie uns aus dieser Pandemie führen und ob sie einen entsprechenden Schutz mit sich bringen, oder im Zweifelsfall nicht noch mehr Probleme verursachen. Und darunter fallen natürlich die verschiedensten Tests, die wir im Moment an Schulen, Kindergärten haben. Denn es gibt keine Gruppe in dieser Republik, die mehr getestet wird, als Kinder und Jugendliche.

Wenn Josefine Paul einfordert: was sollen wir denn machen? Wir hatten in der letzten Sitzung hier drüber gesprochen: Wir könne ja mal drüber sprechen, wenn wir in die Kitas gehen, die Erzieherinnen und die Erzieher per Pflicht dauerhaft zu testen und bei den Kindern vielleicht weniger zu testen, weil wir sagen, die Verantwortung liegt dort. Faktisch ist nämlich die Frage: Wenn ich so flächendeckend in der Schule teste, kommt es dadurch zu weniger Inzidenzen, weniger Übertragungen, werden Ketten unterbrochen? Oder erlebe ich aktuell vielleicht genau den gleichen Effekt, außer, dass es transparenter ist als in allen anderen gesellschaftlichen Gruppen?

Und dann werden entsprechende Schlussfolgerungen daraus gezogen. Was passiert in Städten, wo wir im Moment Pooltests in den Kitas haben? Da werden ganze Gruppen geschlossen. Wir haben PCR-Tests, wo entsprechend die Kapazitäten nicht mehr ausreichen, wo dann Eltern und die Kitas zwei, drei Tage geschlossen sind unter Umständen. Wir haben ähnliche Effekte in den Schulen, wo dann natürlich dauerhaft der Schulunterricht gestört ist bis hin zu den Punkten, wo Kinder, Zehnjährige – und ich habe diese Fälle von Eltern mir schildern lassen – überfordert sind mit dieser Situation. Denn was passiert in den Schulen? Die werden positiv getestet. Dann werden sie in einen Raum abgesondert, Lehrer trauen sich nicht mehr hinein, weil so eine Panik gemacht wird. Die Kinder sitzen da alleine, sind teilweise mit den Nerven am Ende, und das soll dann irgendwie wieder die Gesellschaft, die Eltern, wer auch immer, ausbügeln. Ich weiß nicht, ob das die richtige Konsequenz ist.

Ich weiß auch nicht, ob es irgendetwas verändert. Und darüber müssen wir sprechen. Deswegen bezweifle ich, ob wir durch noch mehr Tests und noch mehr Herangehen und noch mehr dort Reingehen tatsächlich die Pandemie bekämpfen, oder im Moment nur so tun, als ob wir etwas machen würden. Ich glaube, wir müssen bei den Erwachsenen ansetzen. Da sind wir, glaube ich, auch einer Meinung. Impfen – wir können auch über eine Impfpflicht sprechen –, da bin ich sehr offen, dass wir das machen. Aber dann ist es auch nicht hilfreich, über Monate die Diskussion zu führen, sondern es müssen Entscheidungen irgendwann auch mal getroffen werden. – Ja, ist so.

([Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Ja, die CDU bekleckert sich da auch nicht mit Ruhm, mein Kollege, bei diesem Thema. Das will ich mal sagen. Im Übrigen glaube ich, um das mal gesamtparlamentarisch zu sagen: Die Debatte über die Impfpflicht tut im Moment der Republik nicht gut. Denn entweder man trifft eine Entscheidung und hat damit entsprechende Konsequenzen zu tragen, dass es Leute gibt, die das nicht gut finden, oder man trifft sie nicht. Dann führt das dazu, dass drei, vier, fünf Monate über etwas diskutiert wird, was zu keinem Ende führt. Ich glaube nicht, dass das klug ist in der jetzigen Phase, sondern die

Menschen wollen ja auch Führung und Entscheidungen haben. Das ist dann entsprechend etwas, was man jetzt machen muss.

Also: Was bringt etwas, was gerade bei Kindern und Jugendlichen hilft? Ich glaube, Tests bei den Erwachsenen, Impfen, auch gerne eine Impfpflicht bei den Erwachsenen, Hygieneregeln vernünftig einhalten. Aber bei Kindern und Jugendlichen in Schule, Kitas, Sport, Freizeit möglichst wenig Einschränkungen. Ganz ohne Tests wird es nicht gehen, aber angemessen und zielführend. Sprich: Man kann drüber sprechen, wenn Symptome da sind, wenn entsprechende Situationen in den Familien auftreten, wo jemand erkrankt ist, etc. Da kann man ja drangehen. Aber ich glaube, dass wir uns aktuell keinen Gefallen tun. Und das hat nämlich dann tatsächlich etwas mit so Studien zu tun.

Da können wir gerne drüber sprechen. Es gibt ja in alle Richtungen Studien, auch in Europa und weltweit, die dann feststellen, dass natürlich die Pandemiemaßnahmen, die wir ergriffen haben, zu Konsequenzen bei den Kindern führen und dass das alles nicht gut ist im Sinne der Kinder. Und da ist es mir – noch mal – egal, ob es 300 Kinder sind oder 500, die Suizidversuche begehen. Das ist ein Problem. Und ich glaube, dass ganz viele Kinder in einer merkwürdigen Welt aufwachsen, wo wir die Probleme noch in den nächsten Jahren sehen. Und dann ist es natürlich ein gerechtfertigter Punkt zu sagen, wir haben zu wenige Therapieplätze. Das ist definitiv der Fall. Das war aber schon vor Corona so.

Und jetzt wird das Problem noch mal massiv verschärft, und da müssten alle politischen Ebenen – auch Berlin im Übrigen – massiv ansetzen und dort die Ressourcen zur Verfügung stellen. Aber da, finde ich, diskutieren wir oftmals im Moment an den falschen Punkten herum, auch hier im Ausschuss. Denn es wäre eher die Frage, wie kriegen wir das denn gelöst, dass es sehr zeitnah ausreichend Therapieplätze gibt? Das fände ich viel spannender.

(Frank Müller [SPD]: Einen Satz habe ich noch in den Raum gestellt.)

Ja. Den habe ich ja noch mal präzise ausgelegt. Ich unterstelle keinem, dass Tests zu einer Kindeswohlgefährdung ...

(Frank Müller [SPD]: Nein, das ist er nicht. Ich kann den noch mal vortragen.)

– Ja. Bitte.

Frank Müller (SPD): Entschuldigung, Frau Vorsitzende, wenn ich darf. Es ging um den Satz: „Das sind Konsequenzen aus den Maßnahmen, die Sie vorschlagen.“

Marcel Hafke (FDP): Ja, das war darauf bezogen, dass natürlich, je mehr ich teste und je mehr Kinder natürlich positiv getestet sind, das Thema Schulschließungen und Gruppenschließungen, Wechselunterricht, Homeoffice, in den Kitas entsprechende Gruppenschließungen ... Das hat natürlich etwas damit zu tun. Das ist doch vollkommen klar.

Ja, Herr Kollege. Das war die Aussage von diesem Satz dahinter. Und der Vorwurf, dass man jemandem, wenn er Tests einfordert, Kindeswohlgefährdung unterstellt, dass man das maßgeblich mit vorantreibt, das bestreite ich und das war auch nie die Intention – ganz im Gegenteil, weil wir selber auch als FDP und in dieser Landesregierung entsprechende Teststrategien mit auf den Weg gebracht haben und auch bis heute durchsetzen und umsetzen. Die Frage ist nur, ob der Umfang und die Effizienz, die dahinter stehen, so klug sind. Und ehrlicherweise: Wenn das gewünscht ist, dass wir das in Kitas und Schulen machen, dann bitte in allen anderen gesellschaftlichen Gruppen auch. Das wäre meine Konsequenz. Und das tun wir nicht. Wir konzentrieren uns in dem gesamten politischen Raum immer auf Kinder und Jugendliche. Und das finde ich, ehrlich gesagt, falsch, und von der Meinung gehe ich auch nicht weg.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Hafke. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben das Thema Corona noch wirklich ausführlich auf der Tagesordnung. Wir haben einen tatsächlich noch begrenzten Zeitraum vor uns, denn wir müssen gegen 12:50 Uhr diese Sitzung beenden. Wir haben noch diverse Dinge, die auch der Entscheidung bedürfen und die wir heute in jedem Falle entscheiden müssen. Von daher appelliere ich noch mal sehr ernsthaft in die Runde, dass wir versuchen, uns etwas mehr zu fokussieren.

Von daher würde ich jetzt gerne die Abstimmung des vorliegenden Antrags mit der Drucksache 17/13775 aufrufen, in der Hoffnung, dass das hier in der Runde auf Gegenliebe stößt. – Das nehme ich so wahr. Wunderbar.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN Drucksache 17/13775 mit den Stimmen der
Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der
Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

6 Zukunft der Care-Arbeit in NRW sichern – Fachkräftemangel jetzt bekämpfen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14256

Ausschussprotokoll 17/1607 (Anhörung vom 02.11.2021)

Stellungnahme 17/4445
Stellungnahme 17/4470
Stellungnahme 17/4456
Stellungnahme 17/4461
Stellungnahme 17/4455
Stellungnahme 17/4457
Stellungnahme 17/4458
Stellungnahme 17/4469
Stellungnahme 17/4459
Stellungnahme 17/4453

– Abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 1. Juli 2021)

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik merkt an, der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen sowie der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hätten den Antrag jeweils abgelehnt. Heute solle die Anhörung ausgewertet werden und abschließend beraten und abgestimmt werden.

Josefine Paul (GRÜNE) merkt an, das sei nun ein abrupter Themenwechsel. Die Herausforderungen der Care-Arbeit hätten sich, coronabedingt, verstärkt. Da wäre man wieder beim Brennglas. In der Anhörung sei deutlich geworden, dass es Befürchtungen gebe, dass es an vielen Stellen zu höheren Job-Out-Quoten, zu einem regelrechten Pflexit kommen könne, weil die Beschäftigten in den Care-Berufen, insbesondere in den Pflegeberufen, nach diesen zwei Jahren so am Limit seien, dass sie für sich in diesem Tätigkeitsbereich möglicherweise keine Perspektive mehr sähen.

Genau das gelte es – das habe die Anhörung auch gezeigt – in den Blick zu nehmen und zu analysieren. Das betreffe zum einen die Frage der Job-Outs, warum gehen Menschen aus dem Beruf raus? Man müsse überlegen, was man tun müsse, um diese Menschen im Beruf zu halten. Es gehe nicht nur um die Fachkräftegewinnung, sondern auch um die Fachkräftesicherung.

Bemerkenswert gefunden habe Sie die Ausführungen von Frau Seckler von ver.di, die gesagt habe, man müsse genauer hinschauen, warum man diejenigen, die man in die Ausbildung bekomme, nicht alle zu einem Abschluss führe. Es stelle sich die Frage,

was dort möglicherweise strukturelle Punkte seien, damit man diejenigen jungen Menschen, die sich für einen Beruf im sozialen Bereich erst einmal entschieden, dann auch dazu befähige und begleite, dass sie den Berufsabschluss machten und dann auch wirklich in die berufliche Tätigkeit einmündeten.

Allen sei bewusst, wie wichtig es sei, dass man insbesondere in diesem Fachbereich den Fachkräftemangel mehr in den Blick nehme. Es gehe auch um die Frage einer ehrlichen Aufgabenkritik. Es sei deutlich geworden, dass seitens der Träger eine gewisse Sorge bestehe, dass ein Fachkräftemangel dazu führe, dass man im Endeffekt sage, möglicherweise könne man an dem einen oder anderen Qualitätsstandard vielleicht ein bisschen schrauben, Hauptsache, man habe Leute im System. Alle im Ausschuss eine, dass man das genau nicht wolle.

Nichtsdestotrotz sei es sinnvoll, wenn man beim Fachkräftegebot bleiben wolle, eine ehrliche Aufgabenkritik für unterschiedliche Tätigkeiten vorzunehmen, wo man möglicherweise auch mit anderen Qualifikationsrahmen bestimmte Tätigkeiten in Institutionen und Einrichtungen bringen könne, wo sich die Fachkräfte mehr auf ihre originären Tätigkeiten konzentrieren und fokussieren könnten. Ein Beispiel dafür sei die Frage der Hauswirtschafts- und Verwaltungskräfte, die dann das pädagogische Fachpersonal auch entlasten könnten im Rahmen von Kita. Aber auch im Bereich der pflegerischen Tätigkeiten gelte es hinzuschauen, wo man da Entlastung schaffen könne, wie im Bereich der Digitalisierung noch mal ein Schub kommen könne, der möglicherweise positive Effekte bei der Entlastung der Fachkräfte habe, die sich dann mehr um ihre originären Tätigkeiten kümmern könnten.

Der Ausschuss sei auch im Ausschuss für Gleichstellung beraten worden. Natürlich sei es auch ein gleichstellungspolitisch relevantes Thema. Ein Großteil derjenigen, die in Care-Berufen beschäftigt seien, seien weiblich. Das heiße, man wolle auch vernünftige Arbeitsbedingungen, eine vernünftige Bezahlung und damit auch zukunftsfähige Berufsfelder für Frauen haben. Das hätten sie verdient, nicht nur in Diskussionen, wenn es darum gehe, dass man vielleicht auch mehr Männer für diese Fachbereiche gewinnen wolle, sondern weil es wert sein müsse, weil Care-Arbeit eine so hohe gesellschaftliche Bedeutung habe. Nicht zuletzt die Pandemie habe das gezeigt. Man sollte den Worten der Systemrelevanz auch Taten der politischen Systemrelevanz folgen lassen.

Jens Kamieth (CDU) schickt voraus, seine Fraktion lehne diesen Antrag ab. Es sei ein wichtiges Thema. Schon die Stellungnahme der Freien Wohlfahrtspflege 17/4456 habe deutlich gemacht, warum der Antrag der Relevanz, der Wichtigkeit des Themas nicht gerecht werde. Gerade im Beschlussteil – das habe sich in der Anhörung noch einmal bestätigt –, Frau Clauß weise darauf hin, dass es große Erfolge gerade in der Care-Arbeit gebe. In den letzten zehn Jahren habe sich die Beschäftigtenzahl verdoppelt. Man sei da auf einem guten Weg. Mit dem KiBiz seien wichtige Weichen gestellt worden. Seine Fraktion lehne den Antrag ab.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD) schickt voraus, auch von Seiten der AfD-Fraktion werde es eine Ablehnung geben. Natürlich seien viele Sachen Allgemeinplätze. Die

Arbeitsbedingungen müssten verbessert werden, Seiteneinstieg sei zu fördern. Das sei der Thematik nicht würdig, es sei ein buntes Potpourri, das sich auf wenig Seiten durch viele Berufsfelder mit Problemen arbeite und eine Art Wunschkonzert bilde: Es wäre schön, mehr von dem und dieses und jenes ... Da habe es selbst von Seiten der Grünen-Fraktion partiell bessere Anträge zu dem Thema gegeben als dieser Rundumschlag, der auch ein Aufsatz sein könnte, was wäre schön, wenn ... Ihre Fraktion lehne den Antrag ab.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) widerspricht, der Antrag enthalte zahlreiche gute Punkte. Für den Ausschuss sei von Bedeutung, ergänzende Kinderbetreuungsmöglichkeit insbesondere für Pflegekräfte anbieten zu können. Das sei sicherlich ein Weg, der verfolgt werden sollte. Verschiedene Modelle seien öfter als Thema hier im Ausschuss gewesen. Das wäre ein Weg, den man auf jeden Fall weitergehen sollte. Auch andere Maßnahmen, insbesondere zur Fachkräftegewinnung, teile er.

Aber da stehe wieder die Forderung nach einer Pflegekammer drin. Man merke, dass es beim Pflegepersonal durchaus umstritten sei, ob das der richtige Weg sei. Wenn man zum Ziel habe, mehr Kräfte zu gewinnen, sei das möglicherweise nicht der richtige Ansatz, weil viele eher den gegenteiligen Weg einschlagen wollten, wenn diese Pflegekammer komme. Aber diese Debatte sollte intensiver im Fachausschuss geführt werden, führe aber auf Seiten der SPD-Fraktion dazu, dass sie auch den anderen guten Punkten des Antrages leider nicht zustimmen könne.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/14256 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

7 Aktuelle Lage in der Corona-Krise im Kontext des Ausschusses/Quo vadis Kitabetrieb?

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4470
Vorlage 17/5151

in Verbindung mit:

9 Welches Handlungskonzept hat die Landesregierung, um mit den deutlich gestiegenen psychischen Belastungen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Pandemie umzugehen?

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6145

in Verbindung mit:

10 Welche Rolle spielt die Sensitivität bei der Ausschreibung von Schnelltests für Kinder? (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6343

in Verbindung mit:

11 Teststrategie in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung in Bezug auf Omikron (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6341

in Verbindung mit:

12 Umgang mit vollständig geimpften Kindern in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und bei Freizeitangeboten (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6342

in Verbindung mit:

13 Fortgang der Impfkampagne der 5–11-Jährigen in NRW *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6288

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu TOP 7. Wir haben uns im Vorfeld darauf verständigt, dass wir unter dem fortlaufenden TOP zur aktuellen Lage in der Corona-Krise im Kontext des Ausschusses „Quo vadis Kitabetrieb?“ auch die übrigen Tagesordnungspunkte mit Bezug zur Coronapandemie, sprich 9, 10, 11, 12 und 13 mit behandeln. Das ist im Sinne einer zügigen Erledigung dieser Sitzung auch sicherlich eine gute Entscheidung gewesen. Ich weise nach den Erfahrungen der soeben geführten Diskussion gerne noch einmal darauf hin, dass es sicherlich sehr zielführend wäre, hier sehr strukturiert und diszipliniert in die sicherlich zu führende Diskussion zu gehen. Da bitte ich auch jeden einzelnen, jede einzelne, sich selber auch noch mal an die Kandare zu nehmen, wenn ich das so flapsig ausdrücken darf.

Wir beginnen, diese Worte vorweggeschickt, gerne mit dem mündlichen Bericht der Landesregierung. Herr Dr. Stamp, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich hatte das vorhin vergessen, als ich zur Kinderschutzkommission gesprochen habe. Ich wollte Ihnen allen und Ihren Familien für das begonnene Jahr noch mal alles Gute wünschen und viel Gesundheit, was ja auch jetzt Thema dieses Tagesordnungspunktes ist. Wir haben, glaube ich, gemeinsam hier auch noch mal große Herausforderungen.

Das MKFFI erfragt wöchentlich die Situation in den 10.600 Kindertageseinrichtungen sowie in den Jugendämtern, in der Kindertagespflege. Über die Meldungen nach § 47 SGB VIII wird das Infektionsgeschehen beobachtet. Die aktuellen Zahlen zu den Schließungen und Infektionen sind nicht abschließend, da die Zahlen über die Schließung fortlaufend und teilweise rückwirkend gemäß § 47 SGB VIII gemeldet und in die Listen der Landesjugendämter eingearbeitet werden.

Durchschnittlich waren im Dezember nach den bisher vorliegenden Meldungen an einem Tag montags bis freitags rund 42 Einrichtungen teilweise und rund 20 Einrichtungen komplett wegen Infektionsschutzmaßnahmen geschlossen. Insgesamt waren das im Schnitt 0,6 % der Einrichtungen. Im Januar waren bisher durchschnittlich rund 46 Einrichtungen teilweise und 15 Einrichtungen komplett geschlossen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen waren in absoluten Werten im Laufe des Dezembers von den 10.600 Einrichtungen 244 Kindertageseinrichtungen teilweise und 109 Kindertageseinrichtungen komplett wegen Infektionsmaßnahmen geschlossen. Stand Januar: bisher 157 Teilschließungen und 45 Komplettschließungen, aber wir sind ja auch noch nicht am Ende des Monats.

3.014 Kinder und 1.798 Beschäftigte wurden im Dezember den Landesjugendämtern als infiziert gemeldet. Im Januar wurden bisher 1.929 Kinder und 1.444 Mitarbeitende als infiziert gemeldet. Für die zweite Kalenderwoche, das ist der 10. bis 16. Januar, meldeten 122 Jugendämter 210 zeitweise Schließungen in der Kindertagespflege wegen Quarantäne. Diese und weitere Zahlen finden Sie auch auf unserer Homepage.

Meine Damen und Herren, auch Omikron stellt uns vor Herausforderungen. Aber wir haben derzeit eine völlig veränderte Situation im Vergleich zu den vorigen Wellen, da wir keinen vergleichbaren Anstieg bei Hospitalisierung und Intensivbettenbelegung haben. Auch die Befürchtung vor einem höheren Risiko für Kinder hat sich nicht bestätigt. Ich sage das hier in aller Offenheit: Ich habe über die Weihnachtsfeiertage viele schlaflose Nächte gehabt nach den ersten Meldungen und Annahmen – Spekulationen, muss man heute sagen –, dass es eine höhere Infektion oder schwerere Verläufe bei gerade kleineren Kindern gibt.

Wir haben auch in der Winterpause intensiv beraten, uns ausgetauscht, auch mit Vertretern aus der Wissenschaft, aber auch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium und haben natürlich auch die unterschiedlichen Szenarien diskutiert, was passiert, wenn insbesondere kritische Infrastruktur in dem Zusammenhang gefährdet ist, und wie man dann einen möglichen Prozess organisieren kann. Ich glaube, es ist eine der wirklich positiven Botschaften, dass sich diese Spekulation, Gott sei Dank, nicht bestätigt hat. Eine Infektion mit dem Coronavirus verläuft für Kinder weiterhin mild, oftmals gar symptomlos, und auch für grundimmunisierte und insbesondere geboosterte Beschäftigte sind nach allen bisher vorliegenden Erkenntnissen grundsätzlich keine schweren Verläufe zu erwarten.

Auch in der Omikron-Welle – ich habe gesagt, wir sind noch nicht am Ende des Januars, die Zahlen werden sicherlich noch einmal steigen, der Bundesgesundheitsminister rechnet mit einem Peak der Omikron-Welle etwa Mitte Februar, dann wahrscheinlich deutlich zurückgehenden Zahlen, aber so, dass wir sicherlich bis weit in den Februar hinein noch mit hohen Infektionszahlen konfrontiert sind – ist und bleibt es das Ziel der Landesregierung, alle Angebote ohne Einschränkung für die Kinder und ihre Familien aufrechtzuerhalten und zugleich die Kinderbeschäftigten und Kindertagespflegepersonen bestmöglich zu schützen.

Wir sind dazu im regelmäßigen Austausch mit den relevanten Akteuren der Kindertagesbetreuung und wägen im Ergebnis anhand der jeweiligen Argumente ab, wie das Verhältnis zwischen frühkindlicher Bildung auf der einen Seite und Infektionsschutz auf der anderen Seite ausgestaltet werden muss. Denn das muss allen klar sein: Es gibt hier ein Spannungsverhältnis. Ein Mehr an Infektionsschutz bedeutet oftmals, nicht immer – eben in der Debatte gesagt, wir wollen differenzieren –, ein Weniger an frühkindlicher Bildung. Einschränkungen des Regelbetriebs dürfen aber immer nur letztes Mittel sein.

Wir sehen, dass die Infektionszahlen in der Kindertagesbetreuung dem Trend allgemein steigender Infektionszahlen folgen. Es wird daher zu einzelnen Schließungen aufgrund einzelner Infektionen kommen, aber generelle Schließungen wollen wir auch weiterhin nach Möglichkeit verhindern. Wir brauchen uns nichts vorzumachen: Es wird weiterhin, sicherlich auch noch mal in etwas höherer Anzahl, Standorte mit Teil- und

vollständigen Schließungen geben. Aber unser Ziel ist es, dass wir das flächendeckend verhindern wollen.

Nach wie vor gilt daher für die Kindertagesbetreuung: Konsequente Tests erhöhen den Gesundheitsschutz in der Kindertagesbetreuung. Seit Anfang April 2021 stellen wir daher allen Kindern in der vom Land geförderten Kindertagesbetreuung Antigen-Selbsttests zur Verfügung. Seit der zweiten Januarwoche 2022 wird für Kinder ein neuer Antigen-Lollitest zur Verfügung gestellt, der bei der Speichelprobe noch sensitiver ist und laut Hersteller auch auf die Omikron-Variante anspricht. Die Testfrequenz wurde zudem auf drei Tests pro Woche erhöht.

Ich habe vorhin auf einem der Internetportale wieder eine Studie gesehen, von wegen Tests wären nicht sensitiv genug. Es wurde sich da zum Teil auf Zahlen aus dem Ausland bezogen, und das sind natürlich auch wiederum Studien, die dann auch schon wieder ein gewisses Alter haben. Ich glaube, das ist auch etwas, was wir uns klarmachen müssen: Bei allem, was wir hier gemeinsam diskutieren, sollten wir auch immer sehen, dass wir uns nicht immer jeweils irgendwo unsere Lieblingsstudie, die vielleicht gerade mal zu einer medialen Initiative passt, herausuchen, sondern wir haben eine gemeinsame Verantwortung. Das ist auch mein Appell, noch mal auch an die zuhörenden Vertreterinnen und Vertreter der Medien, sehr genau hinzuschauen, dass wir auch die Familien in dieser Krise nicht verunsichern.

Deswegen möchte ich noch mal sagen, dass wir den Markt sehr genau beobachten, wir einen langfristigen Einkäufer haben, das mit dem entsprechend ausgetauscht haben und der uns zugesichert hat, dass dieser Test, der Lolli-Antigentest, den wir jetzt seit der zweiten Januarwoche benutzen oder entsprechend anbieten, auch auf die Omikron-Variante anspricht.

Jugendämtern, die eine eigene Teststrategie verfolgen, bieten wir bereits seit Mai letzten Jahres eine Umstellung auf eine Kostenbeteiligung des Landes an. Bis zum heutigen Tag führen bereits 27 Jugendamtskommunen in ihren Bezirken die PCR-Pooltestung durch. Nach den Vereinbarungen werden damit insgesamt 206.000 Kindern in Kindertageseinrichtungen die PCR-Tests ermöglicht. Dies ergibt eine Quote von rund 30 %. Das ist auch steigend gewesen, wir haben das ja hier auch kontrovers diskutiert. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, dass es tatsächlich unmöglich ist, das landesweit und flächendeckend zu machen, dass wir aber allen Kommunen es finanziell ermöglicht haben, die das umsetzen konnten und wollten aufgrund ihrer Labor- und Logistikkapazitäten.

Ich will an der Stelle aber auch ganz offen sagen: Das ist auch eine Situation, in der sich der Trend umkehren könnte, wenn ich Bundesgesundheitsminister Lauterbach richtig verstehe, was die Priorisierung der PCR-Tests angeht. Denn das, was wir immer vorgetragen haben, dass diese Testkapazitäten, obwohl wir sie ausgebaut haben – dazu hat ja Karl-Josef Laumann gestern auch noch mal berichtet –, natürlich an Grenzen stoßen und es hier auch, und da bin ich ein bisschen bei der Debatte von vorhin, natürlich eine Differenzierung geben muss in einer solchen Knappheit: Wo ist die PCR-Testung insgesamt am dringendsten gebraucht? Und das wird natürlich vor allem in den medizinischen Berufen der Fall sein. Deswegen sollten wir hier sehr sorgsam,

auch wieder von Tag zu Tag gemeinsam überlegen als Politik, wo wir die PCR-Tests am besten einsetzen.

Wie gesagt, wir hatten jetzt, weil diese Knappheit jetzt auch noch nicht so mittelbar war, sind wir diesen Weg gegangen, dass wir das den Kommunen angeboten haben, diesen sukzessiven Ausbau. Es ist ja jetzt angewachsen und wird dann Ende des Monats etwa bei einem Drittel der Kinder liegen, die PCR-Tests haben. Aber, wie gesagt, wir haben jetzt auch den noch sensitiveren Antigen-Lolli für die anderen, sodass ich glaube, dass das ein gutes Verfahren ist. Wir haben, wie gesagt, die Frequenz auf dreimal pro Woche erhöht.

Nicht immunisierte Beschäftigte und Kindertagespflegepersonen müssen sich täglich testen, und auch immunisierte Beschäftigte und auch Kindertagespflegepersonen sind gehalten, sich unabhängig von ihrem Impfstatus konsequent zu testen. Darüber hinaus wurde an alle Beschäftigten und Kindertagespflegepersonen appelliert, sich impfen zu lassen und schnellstmöglich Angebote zur Auffrischungsimpfung wahrzunehmen. Impfungen bieten nicht nur den individuellen Schutz vor schweren Verläufen und Ansteckungen, sondern schützen vor allem auch die kleinsten Kinder, die sich noch nicht impfen lassen können, am besten.

Aufgrund der aktuellen Lage wurde auch das Kitahelferprogramm leicht angepasst neu aufgelegt, um die Einrichtungen mit zusätzlichem Personal für nichtpädagogische Tätigkeiten zu unterstützen. Hierfür stellt das Land weitere rund 46 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Zudem sind nicht immunisierte Beschäftigte und Kindertagespflegepersonen dazu verpflichtet, auch bei der Betreuung von Kindern eine medizinische Maske zu tragen.

Auch bei der Frage nach mehr Verbindlichkeit bei den Testungen für Kinder gilt es, die unterschiedlichen Aspekte gegeneinander abzuwägen, auch keine einfache Frage. Verbindliche Tests würden bedeuten, dass Kinder, für die kein Test vorgezeigt werden kann, nicht betreut werden können. Und das ist schon ein sehr einschneidender Eingriff für die Bildungschancen von Kindern, die ja zweifelsohne in den vergangenen zwei Jahren besonders viel entbehren mussten. Dazu müssen wir annehmen, dass vermehrt jene Kinder von der Betreuung ausgeschlossen würden, die ganz besonders von den Angeboten der frühkindlichen Bildung und Betreuung profitieren, beispielsweise, wenn Familien aufgrund von Bildungsferne, fehlender Sprachkenntnis oder einer Überforderung durch psychosoziale Belastungen der Testpflicht nicht nachkommen.

Und es gibt die Kinder, deren Eltern zum Lager der Coronaleugner gehören. Auch mich frustrieren Coronaleugner jeden Tag. Ich will aber nicht Kinder für das Verhalten ihrer Eltern bestrafen. Insgesamt dürfen wir nicht vergessen, dass wir hier von sehr jungen Kindern sprechen. Ich habe das auch bei meinen erlebt. Da gab es, als sie in der Kita waren, Gott sei Dank keine Pandemie, aber wir wissen alle, wie das bei den Kindern ist, wenn sie beispielsweise zähnen oder wenn es auch eine gewisse Trotzphase gibt. Da kann es auch schon zu Schwierigkeiten kommen, dass Kinder einen Test verweigern. Und dann ist es mit der Pflicht ausgesprochen schwierig.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich versichere Ihnen, dass wir während der Pandemie durchgehend die Lage sowie das Infektionsgeschehen in

den Angeboten der Kindertagesbetreuung beobachten und, wenn erforderlich, auch entsprechende Maßnahmen immer wieder ergreifen und auch anpassen. Dabei ist mir auch bewusst, dass in den kommenden Wochen die Personalfrage eine wichtige sein wird, so, wie das in der gesamten Infrastruktur in unserem Land eine Frage ist, die in den Mittelpunkt rückt. Wir werden auch dies genau beobachten und dann handeln, wenn es erforderlich werden sollte. Einschränkungen von Bildungschancen müssen immer mit Augenmaß getroffen werden, und das wird auch im Rahmen der Omikron-Welle unsere Leitlinie sein. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Ich sehe Wortmeldungen. Wir beginnen mit Herrn Dr. Maelzer. Bitte schön.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank, Herr Minister, für den Vortrag und auch die Art und Weise, wie Sie vorgetragen haben. Das ist für den Einstieg in die Debatte sicherlich förderlich. Ich glaube, Sie haben auch die eine oder andere Frage, die in der Vordebatte zum Komplex „Testen“ aufgetaucht ist, schon mitbeantwortet. Ich hoffe, dass das dann so auch ankommt.

Ich glaube aber, dass die Debatte in der heutigen Sitzung wahrscheinlich geprägt sein wird von dem Thema Testen. Denn wir sind jetzt ja in einer Situation – Sie haben die Zahlen genannt –, dass wir den dritten Monat in Folge darauf zusteuern, neue Höchststände an Infektionen in Kitas zu haben. Und das ist eine Sache, die zumindest mich besorgt stimmt, denn der größte Eingriff in die frühkindliche Bildung, der geschehen kann, ist die Situation, dass sich ein Kind infiziert und deswegen in der Folge nicht nur krank ist, sondern auch nicht am Bildungsangebot teilnehmen kann. Von daher muss es unser gesamtes Interesse sein, die Zahl der infizierten Kinder möglichst niedrig zu halten.

Die Frage ist, ob uns das in jüngster Zeit wirklich in dem Maße gelingt, wie wir das alle anstreben. Denn zusätzliche Maßnahmen – davon war in der Vordebatte auch die Rede – für die Kitas hat es ja in dieser Form, zumindest einschränkender Natur, was immer die große Sorge ist, überhaupt nicht gegeben. Ich glaube, wir haben einen großen Konsens in der Runde. Wenn die Frau Abgeordnete zuhören möchte, dann kann ich den auch erklären. Der Konsens in der Runde ist, dass doch keiner hier sagt, wir möchten flächendeckende Kitaschließungen in Nordrhein-Westfalen haben. Das ist, glaube ich, eine Lehre, die wir aus zwei Jahren Pandemie auch gezogen haben. Aber die Konsequenz ist, dass der Kitabesuch so sicher wie möglich dann auch vonstattengehen muss.

Wir haben da jetzt in jüngster Zeit Entscheidungen aus anderen Bundesländern vernommen – Berlin, Niedersachsen. Sie sagen, angesichts der steigenden Omikron-Zahlen – Sie haben gesagt, der Peak liegt noch vor uns, das wird wahrscheinlich Mitte Februar der Fall sein – müssen wir dann doch zu einer stärkeren Verbindlichkeit von Testungen kommen.

Sie haben begründet, worin die Nachteile möglicherweise liegen, aber ich habe eingangs schon gesagt: Die größte Einschränkung für die frühkindliche Bildung sind die Infektion und die Folgen, die da rauskommen hinsichtlich Quarantänemaßnahmen.

Und bei allem Verständnis, das ich natürlich für die Kinder von Coronaleugnern habe: Da haben wir gleichzeitig auch die berechtigten Sorgen der Eltern von Kindern, die in dieser Gruppe dann sind, die wir genauso ernst nehmen müssen wie unsere Sorge um die Kinder von Coronaleugnern. Von daher wäre der Weg einer stärkeren Verbindlichkeit doch vorzuziehen, zumal wir bislang schon eine Regelung haben. Wenn Fälle auftreten in einer Kitagruppe, dann gibt es ja verbindliche Regelungen zum Testen, was die Eltern dann auch nachhalten müssen. Aber warum warten wir denn erst ab, bis der Worst Case eingetroffen ist, bis die Infektion da ist, wenn wir durch Prävention viel mehr Kinder davor schützen und ihnen auch die frühkindliche Bildung ermöglichen können?

Sie haben das Thema Alltagshelfer angesprochen. Da möchte ich an der Stelle sagen, dass es doch gut gewesen wäre, den SPD-Anträgen im Haushaltsausschuss zu folgen und das Programm in bewährter Form aufrechtzuerhalten, denn es wird Ihnen nicht anders gehen als mir, nur in der Dimension sicherlich. Wir bekommen jetzt eine Menge kritischer Rückfragen von Personen, die vorher an dem Programm partizipieren konnten, die als Hauswirtschaftskraft beispielsweise schon eingestellt waren und wo eine Aufstockung der Beschäftigung jetzt nicht mehr möglich ist. Das ist wenig sinnvoll. Wir sprechen da über Kräfte, die schon in den Einrichtungen sind, die nicht großartig zusätzlich eingearbeitet werden müssen. Da wäre es viel einfacher, auf diesem Weg auch zusätzliche Personalkraftstunden zu akquirieren als jetzt für einen sehr begrenzten Zeitraum Kräfte zu finden, die vorher noch keine Verbindung oder Bindung zur Kita hatten.

Ich sehe da beispielsweise auch keine finanziellen Probleme. Wir haben gerade gehört, dass die Steuereinnahmen in Deutschland deutlich besser sind. Davon profitiert auch Nordrhein-Westfalen. Da konnten Mittel an den Rettungsschirm zurückgegeben werden. Also hätte man diese überschaubare Summe dann auch nutzen können, um das Programm in bewährter Form aufrechtzuerhalten; ganz abgesehen davon, dass es gut gewesen wäre, es gar nicht erst einzustellen.

Zum Thema Impfkampagne habe ich noch zwei, drei Anmerkungen. Es ist dann doch so gekommen, wie wir vor Weihnachten vermutet haben, dass es ein großes Interesse an der Impfkampagne gibt, in Nordrhein-Westfalen nach den Aussagen der Landesregierung sogar noch größer als im Schnitt des restlichen Bundesgebietes. Wir erleben aber auch – eben ist das Stichwort „Coronaleugner“ gefallen –, dass wir Situationen haben, wo an Impfzentren Demonstrierende gegen die Coronapolitik das sehr ins Auge nehmen, wenn Kinderimpfungen durchgeführt werden. Es ist sicher keine schöne Situation für Eltern, wenn sie dann mit ihren Kindern auf solche Demonstrierenden treffen. Ich habe da von Einzelfällen gehört, aus anderen Bundesländern hat man auch schon im Netz verfolgen können, was da zum Teil abgegangen ist.

Haben Sie da Erkenntnisse über Dimensionen, wie oft so etwas in Nordrhein-Westfalen vorkommt? Gäbe es da Möglichkeiten, Impfzentren vor solchen übergriffigen Demonstrationen dann auch zu schützen, damit Eltern und Kinder unbehelligt auch ihre Möglichkeiten wahrnehmen können?

Ich hatte es, glaube ich, auch schon in der letzten oder vorletzten Sitzung angesprochen: Für die 5–11-Jährigen ist das jetzt gut angelaufen. Bei den älteren, also bei den

älteren Kindern und Jugendlichen, bekomme ich immer wieder die Rückmeldung, dass es einen Mangel an BioNTech-Impfstoff gibt und dass deswegen Termine abgesagt werden müssen. Jetzt steht hier im Bericht der Landesregierung, dass Sie bei den Kinderarztpraxen nicht wissen, wie viele Praxen überhaupt Kinderimpfungen durchführen. Ich habe mich gefragt, wenn da gar keine Kenntnis vorliegt, wie dann die Landesregierung beurteilen kann, ob das beispielsweise bei den Jugendlichen-Impfungen ausreichend ist und wo da Problemlagen sind. Denn gerade, wenn wir junge Menschen haben, die sich impfen lassen wollen, auch ein zweites Mal impfen lassen wollen, sollten wir ihnen den Weg ermöglichen. Da muss es vielleicht auch einen stärkeren Austausch zwischen Impfzentren und Kinderarztpraxen geben. Da wäre es sehr hilfreich, wenn die Landesregierung Bescheid wüsste, wo geimpft wird und wo das nicht der Fall ist. – Das vielleicht für die erste Runde.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. – Frau Paul hat das Wort.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Vielen Dank, Herr Minister, für den Bericht. Ich glaube, wir sind uns – und das waren wir auch gerade schon – einig darin, dass wir natürlich alle wollen, dass so gut wie möglich der Infektionsschutz und Bildungs- und Chancengerechtigkeit miteinander verbunden werden. Das ist überhaupt gar keine Frage.

Nichtsdestotrotz muss man die Fragen stellen – die stellen ja nicht nur wir, sondern die stellen auch die Verbände und Gewerkschaften, die stellt auch der Städtetag: Was ist denn auch der Notfallplan? Wir sehen nicht nur höhere Infektionszahlen und eine höhere Inzidenz bei den Kindern, sondern wir sehen das auch bei den Beschäftigten, was dazu führt, dass mehr Beschäftigte dann in den Einrichtungen fehlen. Was sind die Vorbereitungen dafür, Herr Minister? Sie haben jetzt bislang gesagt, dass es das Ziel des Ministeriums ist, dass es keinerlei Einschränkungen geben muss. Das Ziel teile ich. Allein, ob der Weg dahin immer so zu beschreiten sein wird, das ist ja die Frage. Und welche Vorbereitungen gibt es? Das wird auch seitens der Verbände eingefordert. Es muss einen Notfallplan geben, um dann auch sagen zu können: Wie kann Betreuung so gut wie möglich aufrechterhalten werden, auch wenn Personal fehlt?

Das können unterschiedliche Maßnahmen sein. Eine sinnvolle Maßnahme, die noch dazukäme jenseits von Notfallplänen, wäre auch, das von Kollegen Dennis Maelzer beschriebene AlltagshelferInnen-Programm so tauglich zu machen, dass es jetzt auch tatsächlich von den Einrichtungen so genutzt werden kann, dass es in der aktuellen Situation hilft.

Aus unserer Sicht ist es auch genau so wenig verständlich, wie Herr Kollege Maelzer das gerade schon beschrieben hat, warum das Programm jetzt so aufgelegt ist, dass sozusagen Bestandskräfte nicht ihre Stunden erhöhen können, um kurzfristig dann auch solche Ausfälle mit kompensieren zu können. Das ist für eine Einrichtung jetzt eine sehr schwierige Situation. Sie haben ohnehin eine angespannte Personallage, und Sie müssen jetzt – das hat Dennis Maelzer beschrieben – für einen relativ

begrenzten Zeitraum Kräfte finden, obwohl sie möglicherweise in den Einrichtungen Bestandskräfte hätten, die gerne Stunden aufstocken würden. Warum ist das in diesem Programm so nicht möglich? Plant die Landesregierung dort Änderungen, das noch mal anders anzupassen? Und wenn nicht, dann sollte die Landesregierung, dann sollten das Familienministerium und Sie, Herr Minister, dringend darüber nachdenken, das zu tun.

Denn uns helfen all die Programme, über die wir in den unterschiedlichen Ausschüssen zur Sicherstellung von Bildung und Betreuung für unsere Kinder und Jugendlichen diskutieren, ja nicht, wenn sie so ausgestaltet sind, dass sie nicht handelbar sind. Am Ende des Tages muss es uns darum gehen, dass das Geld für die Maßnahmen auch da ankommt, wo die Maßnahmen wirksam werden sollen. Und das ist in diesem Fall natürlich auch ein Punkt, der noch mal genauer betrachtet werden muss.

Bezüglich der Kinderimpfungen habe ich sehr aufmerksam den Bericht des MAGS gelesen. Allerdings habe ich vermisst, dort auch zu lesen, wie es noch weitere Informationen und weitere Aufklärungskampagnen geben soll, die zum einen kindgerecht und jeweils altersadäquat sind, auch in der Sprache, und zum anderen auch mehrsprachig, um Familien sehr gezielt und konkret zu informieren über die Impfungen, über Impfmöglichkeiten. Was sind dort Planungen, auch der Landesregierung?

Klar muss sein: Den solidarischen Impfschutz in der Gesellschaft müssen die Erwachsenen bringen. Das ist überhaupt gar keine Frage. Das kann jetzt nicht auch schon wieder Aufgabe der Kinder und Jugendlichen sein, die sonst schon alle Solidarität aufgebracht haben. Die Solidarität muss jetzt von den Erwachsenen kommen. Wir brauchen gute Informations- und Aufklärungsangebote in unterschiedlichen Sprachen, aber auch so, dass sie kind- und altersgerecht sind. Es wäre aus unserer Sicht wichtig, das auch den Familien an die Hand zu geben und auch noch mal zu schauen, in welcher Art und Weise man auch dort über aufsuchende Informations- und Impfangebote mehr Familien erreichen kann, die möglicherweise ein solches Angebot in Anspruch nehmen wollen, aber den Weg noch nicht richtig gefunden haben. Aber, um das noch mal zu unterstreichen, das ist immer freiwillig zum Eigenschutz und nach Ermessen von Eltern und Kindern.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Frau Paul. – Wir kommen zu Herrn Hafke, bitte schön.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Es hat vielleicht auch einen Vorteil, dass wir eben schon einen Teil der Debatte geführt haben. Jetzt können wir uns auf andere Punkte konzentrieren.

Ehrlicherweise bin ich sehr dankbar, dass Herr Minister die Zahlen zu den aktuellen Kitaschließungen, Teilschließungen noch mal hier veröffentlicht hat. Das heißt, wir sind in keiner Phase, ob im Dezember oder im Januar bislang, weit von 1 % der Kindergärten entfernt gewesen, also 1 % der Kitas, die betroffen waren. Das heißt, natürlich wollen wir das so gering wie möglich halten und auch so klein wie möglich. Das ist doch vollkommen klar. Deswegen glaube ich, dass einerseits die Maßnahmen funktionieren und zweitens, dass wir vielleicht auch solche Begriffe wie „Notfallpläne“ dann

in den Mund nehmen, wenn ein Notfall da ist. Notfallszenarien ergreift man ja, wenn ein überwiegender Anteil einer Gruppe betroffen ist.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Vor allem, damit man nicht unvorbereitet in die Situation hineinläuft!)

– Ja, da würde mich mal interessieren, wie der Notfallplan der Grünen dann aussieht, der über das, was über das, was aktuell passiert, hinausgeht. Alles weitere hat dann mit Reduzierungen von Angeboten zu tun.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Wenn ich keine Erzieherinnen und Erzieher mehr habe!)

Der Minister hat dargestellt, wie das bei den ErzieherInnen aussieht. Und ich habe es eben in dem anderen Wortbeitrag schon mal gesagt, Frau Kollegin: Der entscheidende Punkt ist doch, die Verantwortung bei den Erwachsenen anzusetzen. Deswegen würde mich mal interessieren, wie die SPD und die Grünen das bewerten. Sollen wir eine Testpflicht bei Erzieherinnen und Erziehern, bei Erwachsenen, die die Kita betreten etc., einführen? Hat das einen Effekt oder bringt das etwas, wenn wir die Kinder nicht noch weiter zusätzlich belasten wollen? Das sind doch Maßnahmen, die jetzt über das hinausgehen, was wir haben wollen, ohne die Kinder zu belasten.

Ich will da nur noch mal drauf hinaus. Ich glaube, dass wir uns keinen Gefallen tun, wenn jeder Wissenschaftler im Moment sagt, dass Omikron gerade bei Kindern nicht zu dramatischen Entwicklungen in den Krankenhäusern führt, wenn wir jetzt hier über Notfallszenarien sprechen, die wirklich nur zur Konsequenz haben, dass die Kinder stärker belastet werden. Und das hat etwas mit dem Vorschlag der SPD nämlich zu tun, wenn wir über eine Testpflicht sprechen – das Wort haben Sie gerade, Herr Maelzer, in den Mund genommen haben. Verbindlichkeit von Tests ist im Ergebnis eine Testpflicht, die dahinter steht. Der Minister hat teilweise ausgeführt, was Konsequenzen dessen sind. Die Frage ist, ob es einen Effekt mit sich bringt. Werden dadurch Ketten wirklich unterbrochen? Gibt es deswegen weniger Ansteckungen? Gibt es deswegen die Wahrscheinlichkeit, dass Kitas stärker offenbleiben, etc., etc., etc.?

Das müsste man in Städten wie Solingen zum Beispiel massiv sehen können, weil die ja seit geraumer Zeit Pooltests für alle Kinder haben. Das heißt, wenn es dort einen Effekt geben würde, dann müssten in Solingen oder auch in Köln zum Beispiel die Inzidenz massiv niedriger in dieser Alterskohorte sein als in allen anderen Städten. Denn da werden ja dann Kontakte unterbrochen und entsprechende Ansteckungsketten unterbrochen. Nach meinem Kenntnisstand gibt es diesen Effekt nicht.

Deswegen noch mal der Punkt: Was können wir bei den Erwachsenen machen? – Nummer eins.

Nummer zwei: Da würde ich, damit wir auch vielleicht ein bisschen Licht ins Dunkel bekommen, die Landesregierung bitten, uns neben diesen Zahlen entweder heute oder sehr zeitnah und vielleicht auch dauerhaft regelmäßig Zahlen der 0–6-Jährigen zur Verfügung zu stellen, wie die Inzidenzen dort aussehen, wie die Hospitalisierungsrate in Nordrhein-Westfalen aussieht und wie die Intensivstationsbelegung aussieht. Nur

dann kann man für die Kitalandschaft auch eine wirkliche Schlussfolgerung daraus ziehen.

Die Alterskohorte 0 bis 19, die in dem Bericht, den wir vorgelegt bekommen, dargestellt ist, ist für Kitas nicht aussagekräftig. Denn natürlich wissen wir, dass 17-Jährige deutlich ansteckender sind und deutlich andere Gefahren mit einhergehen, als das bei 2-Jährigen der Fall ist. Deswegen kann ich es eigentlich nur für die Kitas vernünftig beurteilen, wenn diese Zahlen entsprechend veröffentlicht werden. Da würde ich bitten, entweder das heute schon zu nennen oder uns sonst, so wie der Minister das jetzt auch macht, das regelmäßig entsprechend transparent zu machen. Ich glaube auch, dass das für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land eine wichtige Informationsquelle ist, um selber einschätzen zu können, wie Gefahrensituationen aussehen. Von daher glaube ich, dass das noch mal wichtig ist.

Zum Alltagshelferprogramm: Ehrlicherweise verstehe ich da jetzt auch nicht die Debatte, die SPD und Grünen anfangen. Erstens war es bei dem letzten Alltagshelferprogramm so, dass es auch für einen kurzen Zeitraum möglich war. Da war das nämlich ursprünglich angelegt auch für sechs Monate, Personal zu finden und einzustellen. Das ist den Kitas sehr gut gelungen.

Zweitens gibt es, Frau Kollegin, vom Landesrechnungshof auch Anmerkungen, was Mitnahmeeffekte bei solchen Programmen angeht. Darauf hat die Landesregierung nach meinem Kenntnisstand reagiert, damit das auch vom Landesrechnungshof entsprechend konform abläuft, denn wir müssen ja mit den Steuergeldern als Parlament und als Regierung immer entsprechend konform umgehen. – Das war es noch mal an Anmerkungen für die Debatte, Frau Vorsitzende.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Hafke. – Wir kommen zu Frau Dworeck-Danielowski, bitte schön.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich hatte mich auf drei Punkte hin gemeldet. Zum einen wollte ich mich sowohl an den Herrn Minister, aber auch an Herrn Dr. Maelzer wenden. Also dieses Framing des Coronaleugners finde ich, ehrlich gesagt, völlig inakzeptabel. Alle Eltern – die vielleicht mit den Maßnahmen nicht einverstanden sind, die vielleicht nicht damit einverstanden sind, dass ihre Kinder von dem Angebot Gebrauch machen, weil es eben noch keine Testpflicht gibt, die ihre Kinder nicht testen lassen – hier einfach mit dem Framing „Coronaleugner“ abzustempeln, finde ich in dieser Diskussion absolut nicht zielführend. Ich glaube, dass die tatsächlichen Coronaleugner ... Schon allein dieser Begriff; also „Klimaleugner“, „Holocaustleugner“, jetzt haben wir einen „Coronaleugner“, finde ich völlig unpassend, wird der Sache überhaupt nicht gerecht und trägt auch nicht dazu bei, dass man diese Menschen mit ins Boot holt.

Aber ganz abgesehen davon – die Zahl der tatsächlichen Coronaleugner ist wahrscheinlich verschwindend gering – gibt es viele Menschen, die berechtigte Zweifel an den Maßnahmen haben. Das einfach so abzustempeln, finde ich, ehrlich gesagt, unmöglich und völlig unwürdig. Das ist das Eine.

Zum anderen, Herr Dr. Maelzer – Herr Hafke hat es gerade auch schon angesprochen –, haben Sie ja gesagt, Sie wünschen sich mehr Prävention, weil der größte Bildungsgarant sei ja schließlich, dass sich das Kind nicht infiziert und auch das Bildungsangebot nutzen kann. Das Einzige, was Sie als Prävention vorschlagen, ist aber die höhere Verbindlichkeit bei den Tests. Ich halte das für überhaupt nicht schlüssig, weil letzten Endes eine höhere Testrate – ich selber wohne ja auch in einer Modellkommune, wir leben ja in Köln – vielleicht dazu führt, dass man noch mehr Fälle rausfischt, asymptomatische, aber letzten Endes ist es ja kein Akt der Prävention. Auch dann können Sie ja nur feststellen, dass ein Kind sich infiziert hat. Gut, es kann nicht weitere Kinder infizieren.

(Frank Müller [SPD]: Könnte ein Schlüssel sein!)

Da können Sie ruhig schnaufen, es nützt ja nichts. Ja, es ist doch so. Die Kitas haben doch Hygienekonzepte und so weiter. Das funktioniert doch alles halbwegs, und man wird vermutlich nicht verhindern können, dass es zu den positiven Testergebnissen kommt. Aber es gibt sehr wohl Maßnahmen, die man ergreift, die ich zum Beispiel auch nicht ganz verstehe: Warum kommen die Schüler der praxisintegrierten Ausbildung nach wie vor im Präsenzunterricht zusammen? Das ist ein Punkt, da muss ich sagen, das verstehe ich in dem Kontext nicht. Das heißt, er ist zwei Tage in der Kita, geht anschließend zur Kollegschule, sitzt mit seinen 26 Schülerkollegen zusammen. Das ist so eine Drehscheibe von ca., was weiß ich, wenn sie alle 100 Kinder mindestens in der Kita haben, aber dann eben 2.600 Kinder, potenzielle Kontakte wiederum mit den Schülern, die dann zusammenkommen, die dann aber in der nächsten Woche wieder in ihre Kita zurückgehen.

Das wird auch von den Schülern der praxisintegrierten Ausbildung nur teilweise positiv aufgegriffen. Weil überall – es gibt Fernstudium für Erwachsene, die Universitäten mit volljährigen jungen Menschen finden jetzt schon seit fast Jahren ausschließlich im digitalen Modus statt. Wir haben eine Homeoffice-Verpflichtung für Mitarbeiter, und die Schüler der praxisintegrierten Ausbildung kommen aber wieder in Realpräsenz zusammen. Und das kann ich in dem Kontext wirklich überhaupt nicht nachvollziehen, denn das sind ja auch keine Kinder. Das ist Erwachsenenbildung, und sie haben ja auch soziale Kontakte durch ihr Arbeitsumfeld. Da werden sie dann auch nicht versauern, wenn sie zuhause sitzen und das digital machen.

Aber wenn wir die Messlatte so hoch ansetzen und sagen, wir wollen die Kitas auf jeden Fall offenhalten und wollen das Infektionsrisiko so gering wie möglich halten, dann verstehe ich diesen Punkt überhaupt nicht. Das wäre jetzt etwas, da würde ich sagen, das wäre mal eine präventive Maßnahme, die für mich auch sinnvoll ist oder zielführend ist und die nicht die Kinder betrifft, sondern lediglich die Erwachsenen. Das wollte ich an diese Stelle noch mal konstruktiv eingebracht haben, wo man da vielleicht auch noch etwas verbessern könnte. – Danke.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank. – Herr Kamieth hat das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Schönen Dank, Frau Vorsitzende. Mal kurz vor die Klammer gezogen, Frau Dworeck-Danielowski. Ich glaube, Sie haben gerade in einem Atemzug

Coronaleugner und Holocaustleugner genannt. Das ist höchst brisant in meinen Augen und in dem Kontext erst recht. Vielleicht nutzen Sie die Gelegenheit, das im nächsten Wortbeitrag noch mal klarzustellen, dass Sie da sauber differenzieren.

(Zuruf von Iris Dworeck-Danielowski [AfD])

Thema Alltagshelfer: Ich will das gerne noch mal vertiefen. Es ist ein sehr hilfreiches Thema, gerade in Zeiten von Corona, wo wir höhere Hygieneaufwendungen in den Kitas haben. Es ist aber auch noch mehr. Ich habe mir den eben zu Recht abgelehnten Antrag zur Care-Arbeit noch mal angeguckt, und da lautet Ziffer 18 des Beschlusstells, eine Ausbildungsoffensive zur Fachkräftegewinnung für die verschiedenen Care-Berufe zu beginnen. Und genau das ist auch das Alltagshelferprogramm. Es geht darum, tatsächlich Leute für die Arbeit in einer Kita zu begeistern. Und das schaffst du eben nicht, wenn die Hauswirtschaftskraft dann nicht nur 16, sondern 20 Wochenstunden macht oder was auch immer, sondern da bedarf es tatsächlich neuer Leute. Deswegen ist das Ziel der Landesregierung an dem Punkt absolut richtig.

Vielleicht müssen wir darüber diskutieren, ob man nicht tatsächlich Perspektiven für eine Verlängerung des Zeitraumes finden kann. Aber Voraussetzung dafür, neue Fachkräfte zu gewinnen und dann auch in die drei-Stufen-Qualifizierung vielleicht münden zu können, ist es, dass wir weitere Fachkräfte, neue Leute in die Kitas bekommen.

Zur Test-Thematik will ich nicht so ganz viel sagen. Da ist in den letzten Tagesordnungspunkten schon sehr hitzig auch zu diskutiert worden. Ich finde es aber richtig, dass wir den Kitas gerade – die Zahlen zeigen im Moment, sie sind nicht Pandemie-treiber – die Möglichkeit geben, auch durch die Testangebote Sicherheit über diesen Punkt zu bekommen. Deswegen ist es richtig, dass jetzt zu Omikron drei statt bisher zwei Tests zur Verfügung gestellt werden, ein weiterer Punkt, der auf der Haben-Seite der NRW-Landesregierung steht.

Ich will auch noch mal – ich habe es eben schon gesagt –, den Aspekt der Bildungsgarantie anführen. Wir haben gesehen, dass das Allerwichtigste für die Kinder ist, dass die ihre sozialen Kontakte einerseits erhalten und dass sie andererseits, gerade was die bildungsferneren Familien betrifft, das frühkindliche Bildungsangebot in der Kita wahrnehmen können. Da hat der Minister Wort gehalten. Wir schließen nur diejenigen Kitas, wo es unbedingt sein muss. Wir versuchen, das über Gruppenschließungen hinzubekommen, wenn tatsächlich dort Corona ausbricht. Die Zahlen eben haben gezeigt, dass wir da auf einem sehr guten Stand sind, obwohl die Zahlen im Moment sehr stark hochgehen.

Last, but not least für mich für diese Runde ist der Aspekt der Lüftungsgeräte. Auch da haben wir für eine Verlängerung des Programmes gesorgt. Es gibt die Finanzierungsmöglichkeiten da, wo Bedarf besteht, Lüftungsgeräte zu installieren. Auch da bietet die Landesregierung Hilfe dort, wo es notwendig ist. Unterm Strich: Im Detail kann man sicherlich über das eine oder andere streiten, der große Bogen stimmt aber. Wir führen das Land sicher durch die Pandemie. – Danke schön.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Kamieth. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hätten bereits Wortmeldungen für eine potenzielle zweite Runde

vorliegen. Mein Vorschlag wäre der Übersichtlichkeit halber, zunächst der Landesregierung die Möglichkeit zu geben, die bisher aufgeworfenen Fragen zu beantworten und dann gegebenenfalls noch mal einzusteigen. – Herr Minister Dr. Stamp, Sie haben gerne das Wort.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank auch für die sachliche Tonlage der Debatte. Herr Kollege Maelzer, Sie hatten angesprochen die Möglichkeit von verbindlichen Tests in den Kitas – de facto Pflicht. Sie hatten Niedersachsen genannt. Nach meinem Kenntnisstand machen die das ab Mitte Februar. Ich bin mal gespannt, ob die das zu dem Zeitpunkt überhaupt noch einführen werden. Wir haben sonst kein westdeutsches Flächenland, das das macht. Wir sind auch da im Austausch, und es ist einfach eine schwierige Abwägung.

Ich bin auch für Vorschläge Ihrerseits offen, wie bestimmte Dinge gestaltet werden können. Wir haben das mit den unterschiedlichen Akteuren in der Kitalandschaft auch diskutiert, beispielsweise die Frage, ob man die Eltern unterschreiben lassen soll, dass sie das verbindlich gemacht haben. Da kann ich Ihnen für eine bestimmte Klientel garantieren, dass da einfach schlichtweg das Blaue vom Himmel runtergelogen wird.

Wir haben diskutiert, gibt es Möglichkeiten .. Die eine oder andere Kita in Bayern hat die dortige Erlasslage so interpretiert, dass Tests abfotografiert werden mit Datum und so weiter und so fort. Ich glaube, das war auch einer der Einwände von Herrn Hafke, dass die Situation so ist, dass das Mehr, was wir da tatsächlich gewinnen, nicht im Verhältnis steht zu dem, was wir an zusätzlicher Belastung zwischen Eltern und Erzieherinnen und Erziehern in die Kitas tragen. Es ist jedenfalls bisher unsere Abwägung, unter dem zusätzlichen Aspekt, den ich vorhin genannt habe, dass wir uns grundsätzlich total schwer damit tun, überhaupt ein Kind außen vorzulassen, wenn es Schwierigkeiten bei den Eltern mit dem Testen gibt, zumal das auch häufig in den prekären Bereichen der Fall ist.

Das ist übrigens auch ein Punkt, wenn ich mir – Klammer auf, Klammer zu – die eine Anmerkung erlauben darf, die, glaube ich, in der ganzen Debatte um die Impfquoten immer noch ein bisschen hinten runterkippt, das sind nicht nur Menschen mit Sprachschwierigkeiten oder irgendwelche Verblendeten. Da sind auch Leute dabei, die schlichtweg ihren Alltag nicht auf die Kette kriegen. Leute mit Alkoholproblemen, Leute mit einem ersthaften Analphabetismus, an die wir immer noch nicht so ran gekommen sind, wie wir uns das alle gemeinsam in unserer Gesellschaft quer durch die Länder und den Bund vornehmen.

Sie hatten auch angesprochen, bei Herrn Maelzer klang es durch, Frau Paul hat das noch mal konkretisiert mit der Frage der Aufstockung bei den Kita-Alltagshelfern. Hier haben wir einen Erlass des MKFFI veröffentlicht, wonach die Aufstockung aus eigenen Mitteln und nicht verausgabten Personalkosten möglich ist. Wir reden hier auch über einen jetzt noch mal wahrscheinlich sehr überschaubaren Zeitraum, sodass das, glaube ich, schon auch möglich ist. Ich will jetzt keine zusätzliche Schärfe in die Debatte bringen. Aber ich darf Ihnen an der Stelle sagen, dass es da schon auch in den Gesprächen mit den Verbänden um sehr klare, grundsätzliche finanzielle Verteilungskämpfe geht. Aber wir müssen auch sehen, wir haben – das haben wir ja auch auf den

Weg gebracht – zum Kindergartenjahr 2020/2021 insgesamt das System nun mit 1,3 Milliarden zusätzlich ausgestattet, aufwachsend für den frühkindlichen Bildungsbe-
reich, das beitragsfreie Kindergartenjahr und die Platzausbauplatzgarantie mit dabei.
Das wurde nun wirklich auf ein anderes Level gestellt. Von daher, glaube ich, ist das
schon möglich.

Dann kam, berechtigte Frage, Kollege Maelzer, die Frage nach den Angriffen auf die
Impfzentren. Es waren auch, glaube ich, noch ein paar Fragen im Detail zu Impfpro-
zessen selber dabei, die ich aber nicht beantworten kann, wozu wir aber dankenswer-
terweise eine Vertreterin des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales bei uns
haben, die uns hier ergänzen kann an der Stelle.

MR'in Dr. Sandra Dybowski (MAGS): Guten Tag zusammen. Sie hatten verschie-
dene Fragen gestellt. Die erste Frage betraf die Anzahl der Kinder- und Jugendärzte,
die impfen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen 900 Kinder- und Jugendärzte. Sie haben
recht, wie viele davon impfen, können wir nicht sagen. Wir können aber sagen, dass
wir 1.000 kommunale Impfstellen haben und rund 11.000 Arztpraxen landesweit, die
impfen. Wir müssen auch immer bedenken: Der erste Ansprechpartner für Kinder sind
die Kinder- und Jugendärzte, aber es impfen nicht nur die Kinder- und Jugendärzte.
Es impfen auch andere, wobei der Impfstoff für die ganz Kleinen nicht breit zur Verfü-
gung steht. Da sind es die Kinder- und Jugendärzte.

Wir können aber sagen, wir haben derzeit kein Angebotsproblem. Genauso, wie Sie
es gesagt haben: Es bedarf einer Kommunikation zwischen den Arztpraxen und den
Kommunen, den koordinierenden Stellen für die Impfung (KoCIs). Genau das passiert
vor Ort, es wird genau vor Ort geguckt, wo sind Lücken, ist da noch Bedarf, gibt es
Probleme bei den Terminen? Und dann wird das zwischen KoCIs und den niederge-
lassenen Ärzten oder den KVen vor Ort geregelt.

Was wir hören: Es ist wirklich gut gelaufen. Vor Weihnachten ist es angelaufen, die
jüngeren Kinder, also 5 bis 11, zu impfen. Sie können unserem Bericht auch entneh-
men, dass NRW im Vergleich da sehr gut da steht. Ich glaube, wenn wir da ein Ange-
botsproblem hätten, also die Sorge, nicht genügend Ärzte, die jüngere Kinder impfen,
dann wäre das definitiv, wir haben ja wöchentliche Schalten mit den KoCIs, auch auf-
getaucht. Wir haben sowohl von Seiten der KVen als auch der Kommunen die Rück-
meldung, dass das gut und reibungslos läuft. Ich glaube, die Zahlen sprechen ja auch
für sich.

Die zweite Frage, die Sie gestellt hatten, betraf die Aufklärung: Welche Aufklärungs-
angebote gibt es? Werden die verstärkt? Es gibt die Arbeitsteilung, dass der Bund sich
primär um die Impfkampagne, die breite Impfaufklärung kümmert. Er hat auch im Zuge
der jetzt neuen Impfungen für 5–11-Jährige neue Broschüren öffentlich gemacht. Die
sind auf den Seiten des Bundes verfügbar. Wir haben die auch mit den Kollegen aus
dem MKFFI schon geteilt, um zu gucken, wo man die nutzen und einstellen kann. Ich
glaube, es ist schon sinnvoll, dass wir da diese Arbeitsteilung haben. Der Bund sorgt
für die Kampagne, die jetzt auch für die Gesamtbevölkerung wieder neu aufgestellt
wird. Sie haben wahrscheinlich schon gehört, dass da demnächst noch mal eine Neu-
ausrichtung kommt. Ich denke, wir sehen alle, dass da noch mal neuer Schwung rein

muss und vielleicht nicht mehr so sehr das Ärmelhochziehen im Vordergrund steht, sondern eher die Fragen, warum lasse ich mich nicht impfen? oder ähnliches angesprochen werden müssen, jetzt kommen müssen. Da ist der Bund dran, und wir beobachten das genau und gucken dann, was da im Bereich Kinder und Jugendliche neu ist, ob man das nutzen kann, und wie wir das im Land sinnvoll verbreiten können, denn aus meiner Sicht sind die Materialien schon auch sehr gut.

Das dritte, worauf ich antworten kann, ist die Frage nach den Inzidenzen und der Verfügbarkeit der Fünf-Jahres-Abstände. Da möchte ich gerne noch mal auf die Internetseite des LZG verweisen, die Coronameldelage. Die spucken nicht nur die Gesamtinzidenzen aus, sondern wenn Sie sich da reinklicken in Alter und Geschlecht und die Fälle, dann können Sie die 20-Jahres-Altersgruppen, 10-Jahres-Altersgruppen und 5-Jahres-Altersgruppen anklicken und haben es dann tagesaktuell scharf auf der Seite. Ich glaube, das ist eine sehr gute Information. Sie können auch die anderen Altersgruppen rausklicken, sodass Sie sich die Kurve nur für die Kinder und Jugendlichen angucken können. Ich finde, das ist sehr komfortabel, und empfehle Ihnen, darauf zuzugreifen.

(Marcel Hafke [FDP]: Das ist aber nur die Inzidenz?)

– Die Inzidenz, genau. Die Hospitalisierungsrate ist dort nicht altersspezifisch aufgeschlüsselt. Da müsste ich die Kollegen einmal fragen, ob wir die überhaupt verfügbar haben und ob die überhaupt in den Altersgruppen in dem Maße täglich sinnvoll ist. Bei der Anzahl der Meldungen, gerade bei den jüngeren Kindern sieht es immer so aus, dass es da nicht so hohe Fälle sind. Da muss ich bei den Kollegen nachfragen, ob das noch Sinn macht.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Frau Dr. Dybowski. Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. Dann frage ich in die Runde.

Die vorliegenden Wortmeldungen würde ich jetzt noch in der Reihenfolge, wie sie eingegangen sind, aufrufen. Alle übrigen Kolleginnen und Kollegen mögen sich bitte überlegen, inwieweit noch weitere Wortmeldungen erforderlich sind, damit wir idealerweise in der Tagesordnung auch voranschreiten können. Wir beginnen jetzt mit Frau Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank auch noch mal für die weiteren Ausführungen und Erläuterungen. Herr Kollege Kamieth, ich bin sehr froh, dass wir jetzt an vielen Stellen offensichtlich einer Meinung waren, wo wir vorher vielleicht einen längeren Weg gebraucht haben, um da hinzukommen. Stichwort Filter, Stichwort AlltagshelferInnen-Programm und auch die Frage, ob man das vielleicht ausweiten müsste. Grundsätzlich können wir bei der Fachkräftegewinnung über vieles reden. Allerdings hat mich schon ein bisschen gewundert, Herr Kollege, dass sich Ihre Ausführungen zum AlltagshelferInnen-Programm gerade so angehört haben, als wäre das ein Praktikantenprogramm zur Fachkräftegewinnung.

Es ist sicherlich richtig, dass das Ministerium gesagt hat, wir nehmen dieses AlltagshelferInnen-Programm zum Anlass, um zu schauen, ob wir daraus nicht noch etwas tun können für die Fachkräftegewinnung. Es wird sich zeigen, ob jetzt im weiteren

Verlauf das auch ein bisschen besser anläuft und sich die Schwierigkeiten, die wir im ersten Anlauf da auch beobachten konnten, möglicherweise dann auch auswachsen. Aber grundsätzlich geht es bei der Frage des AlltagshelferInnen-Programms doch jetzt um die Frage der Unterstützung der Einrichtungen in einer konkreten Pandemiesituation. Das heißt, der Fokus muss beim Helferprogramm darauf liegen: Was brauchen die Einrichtungen, damit sie jetzt Unterstützung finden können? Wenn dabei dann rauskommt, dass sie damit auch noch neue Fachkräfte finden können, dann ist das ganz wunderbar. Aber jetzt so zu tun, als wäre das AlltagshelferInnen-Programm, wo man Sie übrigens zum Jagen tragen musste, das wieder einzusetzen, jetzt das Highlight der Fachkräftegewinnung und darauf würde der Fokus gesetzt und nebenbei machen die noch ein bisschen Pandemiebekämpfung – das klang mir jetzt ein bisschen durcheinander, Herr Kollege. Ja, ich habe das jetzt ein bisschen zugespitzt, aber Sie drehen sich die Dinge auch immer gerne so, wie es irgendwie für Ihre Argumentation gerade passt.

Wenn man die berechtigte Frage der Einrichtungen vorträgt, die sagen, „wir haben hier Leute, die wir gerne aufstocken würden, warum können wir das nicht aus den Mitteln des AlltagshelferInnenprogramms?“, und dann ist Ihre Antwort: „Das ist ja jetzt gar nicht die Frage, sondern wir wollen ja Fachkräfte gewinnen“, dann, finde ich, ist das irgendwie keine ganz sachgerechte Antwort auf die zu Recht aufgeworfene Fragestellung. Und wir sind uns einig darüber, dass wir noch kreativer werden müssen, um Fachkräfte zu gewinnen. Aber bei diesem Tagesordnungspunkt hier reden wir doch eigentlich über die akute Pandemiebekämpfung.

Also darüber bin ich ein bisschen erstaunt. Es klang mehr wie ein Begründungszusammenhang, um zu schauen, wie man sich da ein Stück weit rausreden kann, warum das eben so nicht möglich ist, obwohl es sicherlich sinnvoll wäre, da andere Möglichkeiten noch mal zu prüfen und Möglichkeiten auch den Einrichtungen und den Trägern zu geben.

Und, Herr Kollege Hafke, vorsorgende Politik ist ja das Gegenteil vom Vogel-Strauß-Prinzip. Ihr Vortrag gerade zum Thema, „man macht keine Notfallpläne, bevor die Krise nicht da ist“, das ist Vogel-Strauß-Prinzip. Denn man macht selbstverständlich einen Notfallplan und überlegt sich, „was kann ich machen, wenn ...“. Wir haben heute schon infizierte Kolleginnen und Kollegen. Und wenn wir nichts machen, wie Sie hier vorschlagen, dann sind die einfach zuhause und sind nicht da. Dann reduziert sich das pädagogische Programm von ganz alleine.

(Marcel Hafke [FDP]: Was ist jetzt Ihr Vorschlag?)

Dann müssen Sie doch mit den Trägern und den Einrichtungen gemeinsam überlegen, was diese Notfallpläne sein können. Ab welchem Zeitpunkt muss man dann gegebenenfalls zur Aufrechterhaltung eines Präsenzangebotes über Reduzierung der Betreuungszeit oder wieder einer Kohortierung, also einer festen Gruppenzusammenstellung, sprechen, damit die Kita überhaupt aufrechterhalten werden kann und eben nicht irgendwann ganz geschlossen werden muss?

Denn das, was Sie hier vorschlagen, ist: Ja, wir haben hier infizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber ... Das Problem wird sich schon von alleine lösen.

Und viele Einrichtungen sind doch da weiter. Der Kollege Kamieth hat doch zu Recht darauf hingewiesen. In vielen Einrichtungen wird versucht, Einrichtungsschließungen über Gruppenschließungen zu verhindern. Aber Sie können doch nicht so tun, Herr Kollege Hafke, als gäbe es diese infizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht. Und die fehlen ...

(Marcel Hafke [FDP]: Gruppentrennung ist jetzt die Lösung des Problems?)

– Die Lösung wäre, dass irgendwann die Pandemie vorbei ist. Die Lösung zu sagen, „da machen wir halt nix“ und dann sind halt derzeit nach Zahlen, die ja das Ministerium geliefert hat, in diesem Jahr 1.440 MitarbeiterInnen positiv auf Corona getestet worden. Dann möchte ich jetzt gerne hören, was Ihr Vorschlag ist, denn die fehlen in der konkreten Betreuungssituation.

Der Minister weist ja immer wieder zu Recht darauf hin, wie wichtig die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur in diesem Land ist. Da sind wir uns alle einig. Dass die Diskussion auch dahin gegangen ist, dass es auch systemrelevant ist und auch eine Form von kritischer Infrastruktur ist, das ist ja auch richtig. Aber dann frage ich mich, wieso im Bereich der tatsächlich kritischen Infrastruktur von Polizei, von Feuerwehr, von Katastrophenschutz völlig selbstverständlich, auch durch die Ministerien begleitet, Notfallpläne gemacht werden – natürlich immer in der Hoffnung, dass die gar nicht zum Tragen kommen.

Aber in dem Bereich, wo es wichtig ist für die Kinder und Jugendlichen, nämlich in Bildung und Betreuung, da wird nur davon geredet, aber tatsächlich wird da nichts wirklich hinterlegt. Oder, Herr Minister, erläutern Sie, wie Sie das dann tatsächlich auch hinterlegen, und wie Sie damit umgehen, wenn wir eben so hohe Zahlen auch von infizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben. Denn ich finde, 1.440 positive Testungen sind natürlich, auf den Monat gerechnet – mögen Sie jetzt einwenden –, an der einen oder anderen Stelle vielleicht nicht die ganz hohe Prozentzahl, aber in der einzelnen Einrichtung kann doch jede fehlende ErzieherIn zu einem großen Problem werden. Und darauf brauchen die Träger, und darauf brauchen die Einrichtungen natürlich Antworten.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Frau Paul. – Da Sie Herrn Minister Stamp direkt angesprochen haben, würde ich ihm auch gerne direkt die Möglichkeit zur Erwiderung geben.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich will das nur kurz versuchen aufzulösen. Das ist der Punkt, warum ich sagte, wir sind in einer anderen Situation, als das in den anderen Wellen war. Das war bei dem Virustypus, bei Alpha und bei Delta natürlich so, dass damit viel längere Ausfallzeiten verbunden waren. Das ist jetzt, Gott sei Dank, nicht der Fall. In der Regel sind die meisten ja nach einer guten Woche wieder einsatzfähig. Dementsprechend müssen wir da auch sehen, dass da die gute PCR-Freitestungsmöglichkeit auf jeden Fall gesichert wird. Ich glaube, dass das eine der ganz großen, auch logistischen Herausforderungen sein

wird, die auf uns in den nächsten zwei, drei Wochen zukommt. Aber natürlich gibt es ja auch erprobte Mittel, die wir haben.

Natürlich besteht die Möglichkeit, jederzeit gemeinsam mit der Kita-Landschaft, mit den Trägern, mit den Eltern, mit den Beschäftigten zu verabreden, dass wir zum Schutze einer kritischen Infrastruktur für diejenigen, die den dringendsten Bedarf haben, das Angebot um die Hälfte reduzieren oder wie auch immer. Aber das ist ja etwas, was wir eben unbedingt vermeiden wollen. Es ist aber nicht so, dass wir auf so einen solchen Eventualfall nicht vorbereitet sind.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Minister. – Dann schreiten wir in der Rednerliste fort. Frau Dworeck-Danielowski, bitte.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich werde mich auch ganz kurzfassen. Es ging mir eigentlich nur darum, dass Herr Kollege Kamieth mich gerade noch mal darauf angesprochen hatte, ob ich das noch mal differenzieren oder klarstellen könnte, wie ich das meinte. Das mache ich natürlich sehr gerne. Denn offensichtlich ist es nicht so verstanden worden, wie ich es gemeint habe.

Und zwar war mein Einwand beziehungsweise mein Appell, man sollte doch bitte das Framing „Coronaleugner“ sein lassen, weil es a) sehr stigmatisierend, diffamierend und diskreditierend ist für die Person und wahrscheinlich nur auf einen verschwindend kleinen Bruchteil von Menschen tatsächlich zutrifft, die wirklich behaupten, es gäbe keine SARS-Viren. Das ist halt unpassend und trägt überhaupt nicht zielführend zur Debatte bei.

Das, was ich damit meinte, ist, warum ist es denn so maximal stigmatisierend und diffamierend, wenn man jemanden XY-Leugner nennt? Weil es natürlich auch ursprünglich der Begriff des Holocaustleugners war, was natürlich in keiner Weise zu vergleichen ist mit einem Coronaleugner, dem man jetzt vielleicht maximal sagen kann, er scheint irgendwie vielleicht... Wie soll ich das denn sagen, dass es selbst nicht so despektierlich klingt ... Aber dem man vielleicht einen Schwachsinn noch zuschreiben könnte, oder dass er die Fakten nicht anerkennt. Das ist natürlich etwas ganz anderes als jemand, der sich strafbar macht, und zwar, weil er etwas leugnet, was vermutlich das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte war.

Das heißt nicht, dass ich das gleichsetze, aber man muss sich ja mal überlegen, was man jemandem zuschreibt, wenn man ihn „XY-Leugner“ nennt. Das ist das, was ich damit sagen wollte, dass wir doch bitte dieses Framing mit „XY-Leugner“ einfach mal sein lassen sollen. – Das nur mal zur Differenzierung, weil Sie gefragt haben, wie ich das gemeint habe. Ich habe es jetzt noch mal gesagt. Das war mir wichtig fürs Protokoll. Und damit bin ich auch schon fertig, danke.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank. – Dann kommen wir zu Herrn Dr. Maelzer, bitte schön.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank. Die Differenziertheit, die die Vorrednerin an den Tag gelegt hat, soll anscheinend dazu führen, dass am Ende niemand mehr als Coronaleugner bezeichnet wird, wahrscheinlich auch diejenigen, die sich selber als solche bezeichnen. Das mag politischen Interessen dienlich sein, aber sicherlich nicht der Debatte.

Wir haben in der Debatte bislang immer gehört, was nicht geht. Also, verbindliche Testung geht nicht, Gruppentrennung geht nicht und Alltagshelfer in bewährter Form, daran soll sich dann finanziell die Trägerlandschaft stärker beteiligen.

Jetzt habe ich aber vernommen, dass der Notfallplan ist: Wenn es jetzt ganz schlecht läuft, was wir alle nicht hoffen, aber was wir nun angesichts dieser Omikron-Wand auch nicht ausschließen können, dass eine Betreuungsreduzierung um 50 % im Raum steht dann. Aber...

(Minister Dr. Joachim Stamp [MKFFI]: Nein, nein, nein, nein, nein, nein, nein!)

– Das haben Sie eben gesagt!

(Minister Dr. Joachim Stamp [MKFFI]: Nein!)

Ich bitte um ein Wortprotokoll. Genau diese Aussage ist eben getroffen worden mit der Trägerlandschaft, dass dann Möglichkeiten einer Reduzierung um bis zu 50 % im Raum ständen. Da sage ich aber, alle Maßnahmen, die bislang hier im Ausschuss diskutiert worden sind und wo gesagt worden ist, das geht alles nicht, das ist ein weniger starker Eingriff als das, was Sie eben angedeutet haben. Aber wenn Sie sagen, das hat man missverstanden, oder Sie fühlen sich da falsch verstanden, dann werden Sie das ja sicherlich gleich noch mal richtigstellen.

Ich hatte mich eigentlich – aber das ist immer das Problem, weil da andere ja auch anfangen zu diskutieren – auf die Wortbeteiligung des Gesundheitsministeriums beziehen wollen. Denn mir liegt ein Schreiben einer Kinderarztpraxis vor, die sagt, sie ist die einzige Praxis, die vor Ort Impfungen durchführt. Die schreibt: „Die Situation bei uns in der Kinderarztpraxis hat sich leider bezüglich Impfstoffen nicht entspannt. Momentan bekommen wir wohl Kinderimpfungen für 5–12-Jährige Kinder ausreichend. Es fehlen für vorbestellte 12–17-Jährige Patienten seit Wochen notwendige Impfstoffe für Zweitimpfungen. Die seit Kurzem empfohlene Boosterimpfung trauen wir uns kaum auf Anfrage zu vereinbaren, da wir keine sichere Impfstofflieferung bekommen. Das kann nicht das Ziel der Impfkampagne sein.“

Vor dem Hintergrund – da können Sie jetzt sagen, das ist ein bedauerlicher Einzelfall, wir können ja vielleicht danach auch noch mal sprechen, ob man da vor Ort helfen kann. Aber das ist schon etwas, das darauf hindeutet, dass wir bei der Frage „wer bekommt eigentlich BioNTech?“ die Jugendlichen, für die es da nun die entsprechende Empfehlung gibt seitens der STIKO, mit der entsprechenden Priorität auch behandeln müssen.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. – Der Übersichtlichkeit halber würde ich Herrn Dr. Stamp gerne noch die Gelegenheit zur Erwiderung geben.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Frau Vorsitzende! Ich möchte das hier klipp und klar sagen: Keiner plant jetzt hier irgendeine Halbierung des Angebotes. Das habe ich auch nicht gesagt. Sondern ich habe gesagt, dass wir natürlich für alle Notfallsituationen vorbereitet sind. Und das ist ja nun auch etwas ... Ich meine, wir beschäftigen uns doch nun auch seit zwei Jahren mit der Pandemie, und wir haben hier zu verschiedensten Zeitpunkten unterschiedliche Maßnahmen auch getroffen. Und die sind ja nun auch bekannt. Daran habe ich jetzt eben noch mal erinnert. Ich würde Herrn Weckelmann noch mal bitten, wir haben ja erprobte Verfahren, wie da insgesamt der Gesprächsstand ist mit unserer Landschaft. Klares Ziel ist, dass wir gar nicht beschränken.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Möchten Sie direkt anschließen, Herr Weckelmann?

LMR Dr. Thomas Weckelmann (MKFFI): Frau Vorsitzende! Vielen Dank. Ich will das jetzt auch gar nicht weiter ausführen. Wir haben in dieser Woche weitere Gespräche mit den Trägern in den Kindertagesbetreuungseinrichtungen. Sie wissen das, Herr Minister hat das dargestellt: Wir haben die Maßnahmen, die wir zu anderen Zeiten der Pandemie auch angewandt haben. Darüber hinaus gibt es natürlich auch die Richtlinien und Leitlinien der Landesjugendämter im Falle von Personalunterbesetzung. Insofern gibt es ein klares Regelwerk, nach dem auch dann vorgegangen werden kann. – So weit, vielen Dank.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Dr. Weckelmann. – Herr Dr. Maelzer, wollen Sie die an Frau Dr. Dybowski erhobene Fragestellung bilateral klären, oder sollen wir das jetzt hier tun?

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

MR'in Dr. Sandra Dybowski (MAGS): Ich würde vorschlagen, Sie leiten uns das einfach zu und wir gucken uns das an. Wir müssen auch gucken, von wann das stammt und welche Situation wir in dem Moment hatten und wie es jetzt aussieht. Aber gerne kümmern wir uns darum, auch mit den KVen.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Wunderbar. Dann halten wir das so fest. Dann kommen wir zu Herrn Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Auch auf die Gefahr, dass ich mich wiederhole von Sitzung zu Sitzung, ehrlicherweise: Wir können ja hier über alles diskutieren und immer wieder. Ich glaube nur, dass die Art und Weise, was wir hier diskutieren, nicht zielführend ist.

Wir stellen, wenn wir uns an Fakten orientieren, fest, dass in einem Monat Dezember oder jetzt in einem Januar weniger als 1 % der Kitas betroffen sind.

Herr Weckelmann hat gerade entsprechende Szenarien vorgestellt und Maßnahmen, die es gibt. Und dann wird hier einfach reingerufen, dass es entsprechende Notfallpläne geben sollte, ohne eigene Punkte zu benennen, die dort rein sollten. Das finde ich, ehrlicherweise, schwierig in der jetzigen Lage, weil es auch nicht zielführend ist, sondern nur Punkte sind, um hier Unruhe reinzubringen und Leute zu verunsichern. Und das finde ich, ehrlicherweise, der Lage nicht angemessen.

Wenn man sich mit Kitas vor Ort, Frau Kollegin, dann unterhalten würde, dann stellt man auch fest, dass ein Großteil der Einrichtungen von sich aus mittlerweile in so etwas ähnliches wie einem Gruppentrennungsprinzip übergegangen ist. In einem Großteil der ist das mittlerweile der Fall, einfach zu gucken, dass sich die Kinder nicht mehr wie in offenen Konzepten in dieser Art und Weise durchmischen, die Erzieherinnen da auch mit einer ganz anderen Sorgsamkeit vorgegangen sind. Viele Einrichtungen sagen, die Eltern sollen von sich aus draußen bleiben, weil sie in einem Hotspot-Gebiet sind und sagen, es wäre gut, wenn die Kinder vor Ort draußen abgegeben werden, also an der Tür.

Ich glaube, das sind auch Sachen, wo ich den Betroffenen in der Pandemie, also den Erzieherinnen und Erziehern, extrem viel Kompetenz zutraue. Wir müssen sehen, dass die das extrem gut gemanagt haben, auch in der Kindertagespflege in den letzten zwei Jahren. Und dann immer solche Sachen hier zu erzählen, dass wir ja kurz vorm Kollaps stehen würden, das hilft nicht. Ich erzähle das ja nicht so, nur weil mir langweilig ist.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Sie erzählen das so, wie Sie das gerne hören!)

– Nein, Frau Kollegin, so interpretiere ich das und sehr viele andere im Übrigen auch, was Herr Kutschaty, Dennis Maelzer und auch teilweise Sie hier in den Debatten immer wieder bringen. Denn wir haben eine angespannte Situation, aber keine Situation, dass wir in Panik übergehen müssten und jetzt hier über Notfallpläne und ähnliches diskutieren müssen, dem Minister dann auch entsprechende Sachen unterstellt werden. Das finde ich nicht hilfreich.

Von daher sollten wir das dann heute an dieser Stelle auch beenden und dann in Zukunft gerne überlegen: Was können zielgerichtete Maßnahmen sein, um die Kinder und Jugendlichen zu schützen, aber nicht allgemein Themen hier reinwerfen, über die wir dann zwei Stunden diskutieren. Das bringt meines Erachtens reichlich wenig.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Hafke. – Mein Vorschlag, liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle wäre mit Blick auf die Uhr und unsere für heute angesetzte Zeitplanung, dass wir jetzt noch die beiden Meldungen, die im Raum stehen, nämlich von Herrn Müller und Herrn Kamieth aufrufen und – Ihr Einverständnis vorausgesetzt – an dieser Stelle dann die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt schließen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Von daher geht das Wort zu Herrn Müller.

Frank Müller (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Das ist ein wenig auch die Macht des Faktischen, weil wir ja auch eine Grenze haben. Und, Herr Kollege Hafke, gerade bei diesem Thema, das wir diskutieren, geht es auch um die Macht des Faktischen.

Ich will drei Anmerkungen machen. Ich glaube, die Irritation auf unserer Seite ist gerade entstanden, deswegen ja die Nachfrage, als Herr Minister Stamp sagte, unterschiedliche Pläne und Möglichkeiten bis zu 50 %. Deswegen kam die Irritation auf, weil bislang hinter allen Maßnahmen, die vorgesehen waren, nie eine Prozentzahl stand, sondern es wurden pauschal Stunden eingekürzt; beziehungsweise das, was Herr Dr. Weckelmann gerade beschrieb, ist jetzt keine Coronamaßnahme, sondern auch die Macht des Faktischen. Wenn eine bestimmte Personalquote unterschritten wird, kann ich eine Kita faktisch nicht mehr aufhalten.

Und das ist jetzt der Wirkmechanismus, Herr Hafke, in dem wir uns gerade befinden. Deswegen ist das Thema mit den Tests gar nicht so banal. Denn wir können die Gruppentrennung, die Sie jetzt gerade vorschlagen, die ja sinnvoll ist, nicht aufrechterhalten, wenn Personal erkrankt. Wenn Personal erkrankt und eine Fachkraft alleine in der Gruppe wäre, geht das schlichtweg nicht mehr. Das heißt, dann sind Sie gezwungen, entweder Gruppen zusammenzulegen, oder Sie sind in irgendeiner Form gezwungen, Einrichtungen teilzuschließen.

Und dann kommen wir an den Punkt eben, warum wir so lange an der Frage von Tests festhalten – nicht, weil Tests uns so Freude machen oder weil wir da irgendwie alle quälen wollen, sondern weil auch die Verbindlichkeit und die Wichtigkeit von Tests unterstrichen wird, um genau diese Fälle maximal schnell zu isolieren, um zu verhindern, dass genau das passiert, was mit Kitas passieren wird. Wir erleben gerade, dass zunehmend auch Fachkräfte an dieser Omikron-Variante erkranken und weiterhin erkranken werden. Auch wenn wir über milde Verläufe reden, habe ich mir beschreiben lassen, dass milde Verläufe nicht bedeutet, dass man glücklich zuhause im Bett liegt mit einem leichten Hustenanfall, sondern dass man da auch manchmal schon mal ein paar Tage richtig flachliegen kann. Und dann kann man nicht in die Kita.

Und das ist ein bisschen der Wirkkreis, der von uns an der Stelle auch Antworten fordert, die wir auch schuldig sind, Eltern gegenüber transparent zu machen, weil die Kitas tatsächlich eine wichtige Funktion neben der Frage von Bildung und auch Bildungsgerechtigkeit haben und sie auch eine Rolle spielen, um beispielsweise eine Infrastruktur wie Krankenhäuser aufrechtzuerhalten. Insofern stehen dann Kitas relativ weit oben.

Und insofern ist es sehr gut, dass es diese sehr sensitiven Tests gibt, wie wir das gerade im Bericht gelesen haben, die uns nämlich sehr schnell offensichtlich herausfinden lassen, ob es da ein Infektionsgeschehen gibt oder nicht, um möglichst schnell auch handeln zu können, um so etwas eingrenzen zu können. Und das ist genau das Zusammenwirken dieser Elemente.

Da war ich mir nicht so ganz sicher in den beiden Wortbeiträgen von Ihnen, Herr Hafke, und von Ihnen, Herr Kamieth, ob Sie sich da innerhalb der Koalition einig sind. Zwischendurch hatte ich eher den Eindruck, dass Sie sich an einer Stelle mit mehr oder weniger Tests widersprochen haben.

Ich will kurz zum Thema Verbindlichkeit etwas sagen, vielleicht mit einer relativ simplen Maßnahme, mit der man auch zusätzlich dafür sorgen kann – vielleicht mit einer Bitte, Herr Minister –, dass es vielleicht auch wichtig ist, dass man in so einer besonderen Situation – Sie haben ja häufiger auch mit Elternrundschriften operiert – vielleicht die Eltern noch mal darauf hinweist, dass es nicht nur wichtig ist, dass die Kinder auch getestet werden, sondern dass die Eltern sich auch sehr regelmäßig testen und dass es eine Kollektivverantwortung auch der Eltern in der Kita ist,

(Minister Dr. Joachim Stamp [MKFFI]: Sage ich Ihnen zu!)

genau dafür zu sorgen, dass ein sicherer Betrieb nötig ist. Dann nehmen Sie nämlich den Druck weg, den Sie gerade beschrieben haben.

Es ist ja so, dass auch diese Coronapandemie im Verhältnis zwischen Eltern und Erzieherinnen und Erziehern Spuren hinterlassen hat. Indem Sie ein Stück weit diese Rückendeckung geben aus Ihrem Hause, wäre das, glaube ich, auch noch mal ein wichtiges Signal, ein Stück weit auch neben der Frage von Verpflichtung für mehr Verbindlichkeit zu sorgen und genau an dieser Stelle zu sagen: Leute, das ist eure Verantwortung, und das ist nicht irgendwie eine Forderung, die Erzieherinnen und Erzieher an euch haben, um euch da zu ärgern, sondern es ist auch wichtig für eure Mitmenschen, damit wir den Betrieb hier miteinander aufrechterhalten können.

Das war es im Wesentlichen. Wir haben jetzt fünf vor eins, und Herr Kamieth hat noch eine Wortmeldung. Insofern würde ich hier beenden. Ich wollte noch mal deutlich machen, warum das so wichtig ist an dieser Stelle, noch mal intensiver zu sprechen. Wir wollen hier keinen ärgern, sondern es hat eine Bedeutung, weil es eine Auswirkung untereinander hat und es so einfach mit der Gruppentrennung nicht ist, wenn wir in Vollast weiter arbeiten und aufklären, warum diese 50 % uns haben hier so aufhorchen lassen, verbunden mit der Bitte an Sie. Ansonsten habe ich mich sehr gefreut über die Aussagen zum Alltagshelferinnen- und Alltagshelferprogramm. Es war sehr mutig, Herr Kamieth. Herr Maelzer wird dafür hier schon angeschrien in diesem Ausschuss. Den Hinweis möchte ich gerne abschließend noch machen.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Ich weiß nicht, was ich da überhört habe, aber ansonsten wollte ich Ihnen nur kurz zurufen, mit Erlaubnis der Vorsitzenden, dass ich das sowieso vorhabe und ich Ihnen das auch zusagen kann, Herr Kollege, mit dem Schreiben.

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank, Herr Minister. Gerne gebe ich das Wort an Herrn Kamieth und weise darauf hin, dass der Wortbeitrag von Herrn Müller nicht meiner Vorstellung von „kurz“ entspricht. Von daher wäre ich dankbar, wenn sich das jetzt so nicht fortsetzen würde, danke.

Jens Kamieth (CDU): Ich mache mal einen Vorschlag für „kurz“. Zwei Punkte nur, nachdem ein Wortprotokoll bereits beantragt worden ist: Die Kollegin von der AfD hat

eben beklagt, dass „XY-Leugner“ stigmatisiert werden. Ich lasse ausdrücklich nicht stehen, dass sich jemand darüber beklagt, dass Holocaustleugner stigmatisiert werden. Also auch die Richtigstellung war ein Griff ins Klo, Entschuldigung, wenn ich das mal so deutlich sagen darf.

Zweitens. Wenn ich zur Begründung der Alltagshelfer auf den Antrag der Grünen verweise und mir dann Substanzlosigkeit vorgeworfen wird, Frau Kollegin, dann kann ich damit durchaus leben. Das bedarf keiner weiteren Kommentierung. – Schönen Dank.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das Eine hat mit dem anderen nichts zu tun!)

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik: Vielen Dank. Das Wortprotokoll erfolgt natürlich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich betrachte damit den TOP 7 für heute als beendet und verlasse kurz die Reihenfolge der Tagesordnung, um zu erfragen, ob aus Ihrer Sicht auch die hier unter TOP 7 mit abgehandelten TOP 9, 10, 11, 12 und 13 aus Ihrer Sicht entsprechend behandelt worden sind. Darf ich das so voraussetzen? – Das scheint der Fall zu sein. Dann bedanke ich mich dafür.

Mit einem Blick auf die Uhr, unsere Zeitplanung und vermutlich bestehenden Anschlussterminen nicht nur der Mitglieder des Ausschusses, sondern insbesondere auch der Mitglieder der Landesregierung wäre mein Vorschlag an der Stelle, den TOP 8, die Auswertung der Anhörung zum Antrag Drucksache 17/14941 auf die nächste Sitzung zu schieben.

8 NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik entwickeln!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14941

Ausschussprotokoll 17/1673 (Anhörung vom 09.12.2021)

Stellungnahme 17/4636
Stellungnahme 17/4622
Stellungnahme 17/4632
Stellungnahme 17/4609
Stellungnahme 17/4644
Stellungnahme 17/4628
Stellungnahme 17/4643
Stellungnahme 17/4604
Stellungnahme 17/4637
Stellungnahme 17/4647

Die Beratung wird verschoben.

14 Europäisches Jahr der Jugend (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN [s. Anlage 3]*)

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik fragt nach, ob der Bericht in der nächsten Sitzung gegeben werden solle.

Josefine Paul (GRÜNE) erwidert, sie wäre auch mit einem schriftlichen Bericht zufrieden. – **Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI)** sagt das zu.

15 Verschiedenes

hier: **Landeskinderschutzgesetz NRW und Änderung des Kinderbildungsgesetzes**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16232 – Neudruck

Stellv. Vorsitzende Charlotte Quik legt dar, in dieser Sitzung sollte der Ausschuss einen Vorratsbeschluss über eine Präsenzhörung fassen. Es sei mit einer Überweisung am 26. Januar durch das Plenum an den AFKJ – federführend – und zur Mitberatung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, die Kinderschutzkommission, den Innenausschuss und den HFA zu rechnen.

Die Fraktionen hätten bereits Abstimmungsgespräche geführt. Sie schlage einen Termin für die Präsenzhörung vor, Donnerstag, 10. März 2022, ab 13:00 Uhr im Plenarsaal. Bezüglich der einzuladenden Sachverständigen habe es vorher Überlegungen gegeben. Die Übersicht sei am Mittwoch versandt worden. Sie gehe von Zustimmung aus. Darüber hinaus seien zwei Sachverständige pro Fraktion zu benennen. Das werde von den Fraktionen nachgereicht. Es solle zusätzlich eine schriftliche Anhörung durchgeführt werden. Da würden die Sachverständigen von den Fraktionen nachgereicht. – Sie sehe Zustimmung.

Das Protokoll der Anhörung solle bereits am 15. März 2022 vorliegen. Die Auswertung könne dann am 17. März hier erfolgen. Eine abschließende Beratung werde in einer Zusatzsitzung am 31. März um 10:00 Uhr erfolgen, damit die mitberatenden Ausschüsse ihre Voten an den AFKJ abgeben könnten. Die Benennung der Sachverständigen durch die Fraktionen an das Ausschusssekretariat müsse bis zum 24. Januar 2022, Dienstschluss erfolgen. – Sie sehe keinen Widerspruch.

gez. Charlotte Quik
stellv. Vorsitzende

3 Anlagen

24.02.2022/09.03.2022

10

SCHLAU

Bildungs- und
Antidiskriminierungsarbeit zu
geschlechtlicher & sexueller
Vielfalt

SCHLAU

NRW

20.01.22

Kira Splitt | SCHLAU NRW

Benjamin Kinkel | Queeres Netzwerk NRW

Das SCHLAU Netzwerk



Workshops von Jugendlichen für Jugendliche

Wann hast du dich
dazu entschieden trans
zu werden?

SCHLAU Workshops Entwicklung 2017-2019



Qualitätssicherung



S

QUALITÄTSSTANDARDE
DER SCHLAU-PROJEKTE

für die Arbeit in Schulen und
der außerschulischen Jugend

SCHLAU NRW

PREVENTIONSKONZEPT

vention von
sierter Gewalt

wirksames Projekt,
leistungsstarke
Organisation 09/2019

Nordrhein-Westfalen
Niedersachsen | Hessen |

PHINEO



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend
Herrn Wolfgang Jörg MdL
- per E-Mail -



DENNIS MAELZER
Familienpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2158
F 0211.884-3185
EMail dennis.maelzer@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

10.01.2022

Beantragung von TOPs für die Sitzung am 20.01.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende Berichtspunkte für die kommende Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 2. September 2021:

1. **Welche Rolle spielt die Sensitivität bei der Ausschreibung von Schnelltests für Kinder?**

Die Testungen in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und der Schule wurden neu ausgeschrieben und neu eingekauft. Aus Veröffentlichungen des Paul-Ehrlich-Instituts sind die neuen Tests in der Schule deutlich weniger sensitiv als die Vorgänger. Demnach verfügt der Wantai SARS-CoV-2 Ag Schnelltest (Kollodiales Gold) über eine Gesamtsensitivität von 50 Prozent, das Vorgängermodell von Siemens Healthineers hingegen von 76 Prozent. In einem Ministerschreiben verwies der Minister darauf, dass in Kitas und Kindertagespflege ein Antigen-Lollitest eingesetzt werden sollte, der noch sensitiver als das Vorgängermodell für Kitas.

Wir bitten die Landesregierung bei ihrem Bericht auch auf folgende Fragen einzugehen:

- Wurden die Angaben des Paul-Ehrlich-Instituts als Grundlage bei der Ausschreibung für die neuen Tests genommen?
- Welche Daten zur Sensitivität gibt das Paul-Ehrlich-Instituts zur Sensitivität des neuen Lolli-Tests und zu dem Vorgängermodell an? (Bitte auch auf die Sensitivität bei den Zyklusintervallen kleiner als 25; 25-30 und größer als 30 eingehen.)
- Welche genauen Anforderungen an die Sensitivität wurden bei der Ausschreibung des Schulministeriums und des Familienministeriums für Schnelltests formuliert? (Bitte im Wortlaut angeben.)

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



- Warum führte die Ausschreibung des Schulministeriums dazu, dass weniger sensitive Tests eingekauft wurden, während die Ausschreibung des Familienministeriums zum Einkauf sensitiverer Tests führten?
- Wurden dem Schul- und dem Familienministerium Tests angeboten, die über eine höhere Sensitivität verfügen, als die Modelle, die die Ausschreibung gewonnen haben?
- Sind Kinder in den Einrichtungen unter Umständen bereits bei Zyklenintervallen zwischen 25-30 infektiös und damit bevor die Tests sicher anschlagen?

2. Teststrategie in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung in Bezug auf Omikron

Bereits die grassierende Delta-Variante brachte im November und Dezember neue Höchststände bei der Infektion von Kindern. Berichte aus anderen Ländern zeigen deutlich, dass auch vermehrt Kinder an Omikron erkranken. Wir bitten die Landesregierung bei ihrem Bericht auch um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Welche Strategie fährt die Landesregierung, um die Ausbreitung in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung einzudämmen?
- Welche Maßnahmen werden getroffen, damit Kinder und Personal ausreichend geschützt sind?
- Wird die Landesregierung eine gesonderte Omikron-Teststrategie in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung ins Leben rufen?
- Wird dazu auch eine stärkere Verbindlichkeit von Tests gehören?

3. Umgang mit vollständig geimpften Kindern in den Einrichtung der frühkindlichen Bildung und bei Freizeitangeboten

Wir bitten die Landesregierung im Bericht auch auf die folgenden Fragen einzugehen:

- Wie wird im weiteren mit geimpften oder genesenen Kindern in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung verfahren?
- Werden geimpfte und genesene Kinder von Testungen oder Quarantäneanordnungen ausgenommen?
- Wie wird ein Nachweis über die Impfung und die Genesung erbracht?
- Wie wird mit diesen Kindern bei Freizeitangeboten verfahren?

4. Fortgang der Impfkampagne der 5-11 Jährigen in NRW

Seit dem 17.12.2021 können Kinder zwischen 5 und 11 Jahren gegen Corona geimpft werden.

- Wir bitten die Landesregierung im Bericht auch auf die folgenden Fragen einzugehen:
- Wie wurde das Angebot in NRW angenommen?
- Wie viele Kinder wurden seit Beginn der Kampagne ein- oder bereits zweimal geimpft? Wie viele Kinderarztpraxen gibt es in NRW und wie viele davon werden mit dem Impfstoff für Kinder beliefert?



- Wie viele Impfzentren bieten Kinderimpfungen an?

Wir bitten die Landesregierung jeweils um einen schriftlichen Bericht im Vorfeld der Sitzung und um die Anwesenheit der zuständigen Fachministerien in der Sitzung des Ausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dennis Maelzer



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PLATZ DES LANDTAGS 1, 40221 DÜSSELDORF

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Familie,
Kinder und Jugend
Herrn Wolfgang Jörg

– Im Haus –

Josefine Paul MdL

Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik
Sprecherin für Frauen- und Queerpolitik
Sprecherin für Sportpolitik

Mitarbeiter: [REDACTED]

Anschrift: Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-[REDACTED]

E-Mail: [REDACTED]@landtag.nrw.de

12.01.2022

Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 20. Januar 2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN melde ich folgenden
Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am
20. Januar 2022 an:

Mündlicher Bericht „Europäisches Jahr der Jugend“

Am 14. Oktober 2021 schlug die Europäische Kommission vor, 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend (kurz: Jugendjahr) auszurufen. Diesen Vorschlag übernahmen das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union und verkündeten das Europäische Jahr der Jugend.

Unter der Corona-Pandemie und den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung wurden auch junge Menschen besonders belastet. Junge Menschen mussten sich auf eine Umstellung der allgemeinen und beruflichen Bildung einstellen, Arbeitsplätze wurden verloren, die Zukunftsperspektiven wurden unsicher und es kamen gesundheitliche Belastungen hinzu. Deswegen sollen im Europäischen Jahr der Jugend junge Menschen im Zentrum stehen. Zudem sollen sie wieder eine positive Perspektive bekommen.

So sollen in allen EU-Staaten Initiativen und Events für junge Menschen organisiert werden.

Die Landesregierung wird gebeten sich in Ihrer Berichterstattung insbesondere auf folgende Fragen zu beziehen:

1. Welche Veranstaltungen, Konferenzen, Kampagnen und sonstige Vorhaben plant die Landesregierung im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend zu organisieren? Gibt es ein zusammenhängendes Programm zum Europäischen Jugendjahr?

2. Welche Mittel plant die Landesregierung im Rahmen der geplanten Vorhaben für das Europäischen Jahr der Jugend auszugeben?
3. Welchen Beitrag leistet die Landesregierung, um junge Menschen aus NRW am Europäischen Austausch teilhaben zu lassen?
4. Inwiefern leistet die Landesregierung einen Beitrag, um die EU-Jugendstrategie umzusetzen?
5. Welchen Beitrag leistet die Landesregierung, um die in der Europäischen Jugendstrategie enthaltenen „Förderung gerechten grünen Wandel“, „Förderung der sozialen Inklusion und der Erholung“, „Förderung einer gesunden und aktiven Lebensweise“ umzusetzen?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. B...' with a stylized flourish.